

PROTOKOLL

über die 42 ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 28. Juni 1990, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:

Heinrich Schwarz

VIZEBÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr
Karl Holub

STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber
Erich Sablik
Ing. Othmar Schloßgangl
Rudolf Steinmaßl
Leopold Tatzreiter
Dkfm. Mag. Helmut Zagler

GEMEINDERÄTE:

Josef Brandstötter
Gerhard Bremm
Franz Enöckl
Norbert Georgi
Walter Hahn
Karl Hochrather
Oskar Holub
Herbert Lang
Johann Manetsgruber
Rudolf Pickl

Franz Rohrauer
Hermann Ruprechter
Ing. Dietmar Spanring
Wilhelm Spöck
Franz Strasser
Walter Strobl
Hubert Sturmberger
Anton Vorhauer
Alfred Wallner
Christine Wieser
Wolfgang Wieser

VOM AMT:

HMagistratsdirektor OSR. Hofrat
Dr. Franz Knapp
Magistratsdirektor-Stellvertr.
OSR. Mag. Johann Rabl
Kontrollamtsdirektor SR. Dr.
Peter Gottlieb-Zimmermann
VOK. Augustin Zinedner
OAR Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MR.
Dr. Gerhard Alphasamer
Gerda Gugenberger

T a g e s o r d n u n g

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates:

Präs-554/90	Personalvertretung des Magistrates Steyr; Gewährung eines Darlehens zur Aufstockung der Vorschußkasse.
SH-2091/90	Küchenumbau im ZAH; Essenslieferung durch die Werksküche der Steyr-Daimler-Puch AG; Durchführung und Kosten des Essentransportes.
GHJ2-2911/90	Kindergarten Taschried; Terrasse instandsetzen.
GHJ2-3196/90	Fahrradabstellraum - VS Punzerstraße 73 - 75.
GHJ1-3113/90	Ankauf eines Dienstkraftwagens - Ersatzbeschaffung.
Ha-2853/90	Bundespolizeidirektion Steyr; Verkehrserziehung - Subventionsansuchen.
Bau5-1080/90	Firma Hackl GesmbH, Gewerbeförderung.
GHJ2-3361/90	Kindergarten und Hort Wehrgrabengasse 83 a; Neuverlegung der Gehwegplatten.
GHJ1-3836/90	Ankauf von Beschriftungsgeräten für die MA III; Mittelfreigabe.
GHJ2-1240/90	Ankauf von Einrichtungsgegenständen für den Stadtsaal Steyr, Volksstraße 5.
Ha-2036/90	Katholische Frauenbewegung; Bildungszentrum Dominikanerhaus; 10jähriges Bestandsjubiläum; Ansuchen um Subvention.
Ha-3477/90	Projekt-Gruppe INFLAGRANTI; Subventionsansuchen.
Ha-4062/90	ZAH; Kreditüberschreitung bei der VA-Stelle 1/4200/459000.6 (medizinische Versorgung der Patienten im ZAH).
Bau5-6385/87	Sanierung des Hallenbades; Baumeisterarbeiten und Fliesenlegerarbeiten.
GHJ1-4061/90	Ankauf einer Reinigungsmaschine für das Stadesamt Steyr und die Räumlichkeiten der Stadtkapelle Steyr (Schloß Lamberg).

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 1) Ha-6811/84 Lehrwerkstätte der Steyr-Nutzfahrzeuge AG; Subvention.
- 2) K-2584/84 Museum Schloß Lamberg, Phase 2; Verlegung eines Schiffbodens im mittleren Geschöß.
- 3) K-916/90 Schloßgalerie-Museum; Eintrittspreis.
- 4) Präs-607/90 Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Stadtrat a. D. Rudolf Pimsl.
- 5) GHJ1-5895/78 Vergabe der Druckarbeiten für das Amtsblatt; Kündigung des Vertrages mit der Druck- und Verlagsanstalt Gutenberg GesmbH Linz.
- 6) Bau1-6438/73 Änderung der Vergabeordnung.
- 7) Bau2-6446/86 Verein FAZAT; Umbau des ehemlaigen Direktionsgebäudes auf dem Areal der Hack-Werke; Subventionsgewährung.
- 8) K-7600/89 Stadttheater Steyr; Abwicklung der Gastspiel-saison 1990/91 - Abschluß eines Werkvertrages.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

- 9) Ge-7158/89 A. Doleschal GesmbH, Schaftgasse 2, 4400 Steyr; Gewerbeförderung.
- 10) Präs-599/90 Regulierung der Erschwerniszulage für das Schwesternhilfspersonal es Zentralaltersheimes.
- 11) Buch-7700/89 Rechnungsabschluß 1989.
- 12) Ha-3426/90 Gewährung einer Subvention an die Franz Hart-lauer GesmbH.
- 13) Pol-5864/84 Erweiterung der Tarifordnung für den Stadtsaal Steyr.
- 14) SanR-6412/87 Rotes Kreuz; Rettungsbeitrag.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

- 15) Bau5-4177/86 ZAH-Küchenerneuerung; Vergabe von Lieferungen und Leistungen (Adaptierung der Kühlräume bzw. Neuschaffung einer Tiefkühlzelle).
- 16) Bau5-4177/86 Küchenerneuerung ZAH Steyr; Vergabe von Leistungen (Schlosser-, Tischler-, Kunststein- und Spenglerarbeiten); Mittelfreigabe und Kreditüberschreitung.
- 17) JW-3620/90 Einrichtung von Halbtagsgruppen in einigen städt. Kindergärten; Festsetzung eines Halbtagsstarifes.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLİK:

- 18) F-395/73 Aktion "Essen auf Rädern"; Entgelt für Zustellpersonal; Regulierung.
- 19) Bau6-552/88 Straßenbau Fischhub im Zuge der Kanalisation; Antrag auf Auftragsweiterung und Mittelfreigabe für den Ausbau des Fischhubweges.
- 20) ÖAG-4076/90
Städt. Wi-Hof Ankauf eines Feuchtsalzstreugerätes, einer Soleaufbereitungsanlage und eines Salzsilos.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- 21) Bau6-647/88 Kanalisation Tabor-Taschried; NS A2 - 1. Teil - Steilstrecke; Vergabe und Mittelfreigabe.
- 22) Bau3-7320/89
Bau6-315/90 Industrieaufschließung Hinterberg; Vergabe der Arbeiten und Mittelfreigabe.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

- 23) ÖAG-3560/89
Stadtwerke Städtischer Verkehrsbetrieb - Regulierung der Beförderungspreise zum 1. 9. I. J.
- 24) ÖAG-3418/90
Stadtwerke Kanalisation Steinwändweg; Aufschließung dieses Siedlungsgebietes mit Erdgas; Auftragsvergaben.
- 25) ÖAG-1213/89
Stadtwerke Erdgasaufschließung Gründbergsiedlung II. Teil - Verlegung einer Erdgashochdruckleitung im Bereich Landeskrankenhaus Steyr; Auftragsvergaben.

**BERICHTERSTATTER STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT
ZAGLER:**

26) VerkR-1530/86

Umbau und Erweiterung der VSA Schwimmschul-
straße - Wehrgrabengasse.

27) VerkR-4056/89
VerkR-600/87

Generalverkehrskonzept Steyr; Honorar der Ver-
kehrsplaner; Mittelfreigabe.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf die heutige Sitzung eröffnen und feststellen, daß die Einladung ordnungsgemäß ergangen und die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Für die heutige Sitzung ersuche ich Herrn Gemeinderat Bremm und Herrn Gemeinderat Strasser um Übernahme der Protokollprüfung. Entschuldigt für die heutige Sitzung haben sich die Herren Gemeinderäte Otto Tremli, Engelbert Huber, Hermann Bachner, Roman Eichhübl und die Gemeinderätinnen Anna Jeloucan und Edith Radmoser. Bevor wir zu meinen Berichten kommen möchte ich erwähnen, daß keine Anfragen vorliegen. Ich darf bekanntgeben, daß zum Tagesordnungspunkt 23), das sind die Verkehrstarife, die entsprechend abgeänderten Unterlagen, wie in der Stadtsenatsitzung besprochen, ausgeteilt wurden. Es handelt sich um textliche Veränderungen, die aufgrund der Diskussion im Stadtsenat vorgenommen wurden, damit die Beschlußfassung auf dieser Basis erfolgen kann. Ich bitte um Austausch dieser Unterlagen mit den unrsprünglichen Unterlagen.

Ich habe schon gesagt, daß Anfragen nicht vorliegen, dieser Punkt entfällt daher. Wir kommen zu den Mitteilungen des Bürgermeisters. Hier darf ich, so wie immer, bekanntgeben, wie die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage aufgrund des Berichtes des Arbeitsamtes Steyr sich derzeit darstellt. Aus diesem letzten Bericht des Arbeitsamtes Steyr ergibt sich für den Monat Mai 1990 folgendes:

Auch im vergangenen Monat stand die Wirtschaft im lokalen Bereich ganz im Zeichen der Hochkonjunktur. Diese Situation wird wahrscheinlich noch längere Zeit andauern. Die Arbeitsmarktlage hat sich aus diesem Grund und wohl auch wegen des saisonell günstigen Zeitpunktes wieder gegenüber dem Vormonat weiter verbessert. Es waren Ende Mai 2.114 (983 Männer, 1.131 Frauen) Personen arbeitslos gemeldet. Verglichen mit dem Vormonat bedeutet das einen Rückgang um 98 Vorgekehrte oder 4,4 Prozent. In beruflicher Sicht entfiel der Schwerpunkt des Rückganges auf die Produktionsberufe (Bau, Metall) und die Dienstleistungsberufe (Fremdenverkehr).

Eine bedauerliche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zeichnet sich aber im Jahresvergleich des Vorgemerkenstandes ab: Gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres ist die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen um 6,3 Prozent oder 125 Personen gestiegen. Daß dies trotz der Hochkonjunktur und einer Zunahme der selbständig Berufstätigen um 6,7 Prozent im gleichen Zeitraum geschehen konnte, beweist, daß die Marktmechanismen auf dem Arbeitsmarkt in Unordnung geraten

sind. Wesentlich beteiligt an dieser Entwicklung ist das massive Eindringen von ausländischen Arbeitskräften auf den österreichischen Arbeitsmarkt, denn trotz der Behauptung mancher Arbeitgeber auf der angeblich unbeweglichen Bürokratie der Arbeitsmarktverwaltung ist der legale Zugang zu ausländischen Arbeitskräften offenbar sehr leicht, was auch die ständig stark steigende Zahl von beschäftigten Ausländern beweist. Dieser Punkt war auch Thema von Verhandlungen im Parlament. Während die Integration von bereits in Österreich beschäftigten ausländischen Arbeitskräften derzeit sicherlich keine Probleme macht, scheint hingegen die Hereinnahme von neuen Ausländern zu einem allgemeinen Druck auf das Lohnniveau und einer zunehmenden selektiven Haltung der Arbeitgeber bei der Einstellung von neuen Arbeitskräften zu führen. Die Zahl der offenen Stellen betrug Ende Mai 486, das sind um 16,8 Prozent weniger als im Vormonat und 33,9 Prozent weniger als im Vorjahr.

Soweit der Bericht der Arbeitsmarktverwaltung, den ich zur Kenntnis bringen möchte.

Vergangenes Wochenende wurde das Stadtfest zum 11. Mal abgehalten. Obwohl das Wetter teilweise nicht sehr günstig war, im besonderen am Samstag vormittag und in den ersten Nachmittagsstunden, hat dieses wirklich gute Fest einen positiven Verlauf genommen.

Ich möchte hier die Gelegenheit wahrnehmen, allen an der Abwicklung des Stadtfestes Beteiligten meinen persönlichen Dank auszusprechen. Wie in den vergangenen Jahren ist auch hier wieder die Aktivität der Steyrer Service-Klubs besonders deutlich in Erscheinung getreten. Ganz besonders ist auch die nach Ablauf des Festes rasch und problemlos durchgeführte Reinigungsaktion hervorzuheben. Ich wurde mehrmals von Besuchern des Stadtfestes diesbezüglich angesprochen und ich möchte hier im besonderen den Mitarbeitern unseres Wirtschaftshofes herzlich dafür danken. Sie haben am Sonntag um 1/2 4 Uhr früh bereits mit den Arbeiten begonnen und am Sonntag war alles wieder in Ordnung. Ähnlich war es von Sonntag auf Montag.

Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß seitens der Stadt Steyr zur gleichen Zeit eine Delegation in Plauen war, unter der Leitung von Kollegen Vizebürgermeister Holub. Es waren Kollege Schloßgangl und auch Kollege Sablik mit dabei. In Plauen, das ist unsere Partnerstadt, war zur gleichen Zeit das Spitzfest. Die Eröffnung war zum gleichen Zeitpunkt wie hier in Steyr. Es war daher notwendig, daß eine Delegation dort ist. Kollege Holub hat mir mitgeteilt, daß ihm die Plauerer die herzlichsten Grüße für die Stey-

rerinnen und Steyrer übermittelt haben. Ich möchte das hiermit tun.

Meine Damen und Herren, zu einer aktuellen Sache darf ich auch noch kurz Stellung nehmen, und zwar zur Grundverwertung des Reithoffer-Areals und des Geländes der Hauptreparaturwerkstätte an der Ennser Straße.

Der größte Teil des Reithofferareals, das von Baulichkeiten schon freigemacht wurde, ist als Wohngebiet gewidmet. Hinsichtlich der Verwertung der Grundstücke fand kürzlich eine Besprechung mit verschiedenen Wohnbauträgern, nämlich der Ersten Gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaft, der STYRIA, der WAG und der GWG der Stadt Steyr, statt. Die Wohnbauträger kamen grundsätzlich zur Übereinstimmung, auf dem Reithofferareal bei einem Gesamtprojekt mitzuwirken, sofern der von der Steyr-Daimler-Puch AG verlangte Grundpreis wirtschaftlich vertretbar erscheint. Hinsichtlich der Preisgestaltung fand am gleichen Tag eine Aussprache mit dem Vorstandsdirektor der Steyr-Daimler-Puch AG, Dr. Koch, statt und es wurde diesem gegenüber das besondere Interesse der Stadt an einer mehrstöckigen, verdichteten Wohnverbauung, dargelegt. Dr. Koch hat versprochen, daß es noch im Juli von seiner Seite aus zu einer Entscheidung kommen wird.

Eine weitere Erörterung fand hinsichtlich der künftigen Verwertung des Geländes der Hauptreparaturwerkstätte an der Ennser Straße statt, für das die Steyr-Daimler-Puch AG die Umwidmung von Betriebsbaugebiet in Geschäftsbaugebiet wünscht. Die Entscheidung kommt dem Gemeinderat zu und es sind dafür noch verschiedene Erhebungen notwendig. Aus der Sicht der Stadt sollte nämlich auf jeden Fall das Grunderwerbgesuch der Gesellschaft für Fertigungstechnik und Maschinenbau weiterhin unterstützt werden, damit diesem für die Stadt Steyr wichtigen Betrieb eine Expansionsmöglichkeit gesichert wird. Außerdem ist noch eine Prüfung notwendig, welchen Grundbedarf die Stadt Steyr selbst hätte. Ich darf darauf hinweisen, daß wir als Stadt Steyr auch bei den Steyr-Werken unser Interesse für einen Teil dieses Areals angemeldet haben.

Soweit diese Mitteilung. Wenn aktuelle Ereignisse in diesen Bereichen vorkommen, werde ich Sie selbstverständlich rechtzeitig informieren.

Gestern, das möchte ich auch noch kurz anführen, waren Kollege Leithenmayr und ich in Wien im Parlament und haben intensive Gespräche mit Herrn Mag. Raschak und Dr. Stracher, beides verantwortliche Sekretäre des Herrn Bundeskanzlers, gehabt und haben dort unsere Wünsche bezüglich der Nordspange,

der Errichtung des Parkdecks, aber auch im Zusammenhang mit unseren Wünschen bezüglich der Finanzierung des Forschungs- und Ausbildungszentrums FAZAT vorgetragen. Wir haben gebeten, daß die Vorstellungen, die seitens der Stadt hier vorliegen, mit besonderem Nachdruck auch seitens des Bundeskanzleramtes und den einzelnen zuständigen Ministerien betrieben werden. Man hat für diese unsere Vorstellungen Verständnis aufgebracht und uns zugesichert, daß man sich bemühen wird, die Abwicklung dieser ganzen Prozedur zu beschleunigen. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß wir die Gelegenheit im Parlament genutzt haben, auch mit einigen oberösterreichischen Abgeordneten zu sprechen. Wir haben auch denen diese Unterlagen übergeben. Unter anderem war darunter auch der Präsident des österreichischen Gewerkschaftsbundes Präsident Verzetnitsch. Er ist ja oberösterreichischer Abgeordneter, er kandidiert in unserem Wahlkreis. Wir haben mit ihm gesprochen und Kollege Leithenmayr hat auch mit Herrn Dr. Fischer diese Probleme behandelt. Ich habe mit den Steyrer Abgeordneten auch über diese Probleme gesprochen. Es hat verhältnismäßig lange gedauert, es war bekanntlich die längste Sitzung, und es war nicht ganz einfach, die Herrschaften herauszubekommen. Wie wir gefahren sind um 19 Uhr in etwa waren noch 100 Wortmeldungen im Parlament vorliegend und wir haben ja heute gehört, daß es die längste Sitzung in der 2. Republik gewesen ist.

Das wollte ich hier mitteilen und ich bitte um Kenntnisnahme.

Meine Damen und Herren, zur Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gemäß § 51 Abs. 3 StS. Hier wurden die Unterlagen zu den jeweiligen Stadtsenatsitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt und eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei.

Damit kommen wir bereits zu Punkt 5, zu den Verhandlungsgegenständen. Ich ersuche Kollegen Leithenmayr um Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche unseren Bürgermeister, seine Anträge vorzutragen.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, im ersten Antrag geht es darum, die letzte Rate einer Subvention für die Errichtung der Lehrwerkstätte zu behandeln bzw. zu beschließen. Ich darf darauf hinweisen, daß die Steyr-Daim-

ler-Puch AG 1985 und 1986 den Neubau der Lehrwerkstätte durchgeführt hat. Dies war erforderlich, da vorher die Ausbildung in der vorhandenen alten Lehrwerkstätte nur mehr aufgrund einer Sonderbewilligung des Arbeitsinspektorates ermöglicht wurde. Die Steyr-Werke beabsichtigten die Errichtung einer Lehrwerkstätte zur Ausbildung für den eigenen Bedarf mit einer Kapazität von 50 Lehrlingen, was gegenüber der vorherigen Ausbildung, die über den eigenen Bedarf hinausging, eine wesentliche Reduktion dargestellt hätte. Aufgrund von Interventionen der öffentlichen Hand - die Stadt Steyr hat sich ebenfalls daran beteiligt - waren die Steyr-Werke bereit, die Größenordnung dieser Werkstätte doppelt so groß auszubilden, um die Ausbildung von 100 Lehrlingen durchführen zu können. Natürlich haben sich daraus, durch diese größere Ausbildung, erhöhte Investitionskosten ergeben, die vom Unternehmen nicht alleine getragen werden konnten. Das Bundesministerium für soziale Verwaltung, aber auch die Stadt Steyr, waren bereit, hier unterstützend einzuspringen. Ich glaube, wir sollten diesem Vorhaben, das die Steyr-Werke hier finanziert haben, nach wir vor eine besondere Bedeutung zumessen.

Ich darf dazusagen, daß Steyr-Nutzfahrzeuge die Lehrwerkstätte übernommen hat und die gleichen Auflagen ebenfalls übernommen hat. Also auch Steyr-Nutzfahrzeuge wird mehr Lehrlinge ausbilden, als im Betrieb der SNF erforderlich sind.

Die neue Firma übernimmt sämtliche Dienstverhältnisse des Lehrkörpers und alle Lehrlingsverträge im bisherigen Umfang und wird per September 1990 weitere 100 Lehrlinge für das erste Lehrjahr aufnehmen. Mehr als die Hälfte der Lehrlinge wird für die Steyr-Daimler-Puch AG, für BMW und SKF Steyr ausgebildet. Die übrigen Lehrlinge stehen der Wirtschaft im Raum Steyr zur Verfügung. Wir alle wissen, daß gerade seitens der Wirtschaft immer wieder geklagt wird, daß Mangel an Fachpersonal vorhanden ist. Ich glaube, daß es eine weitsichtige Entscheidung war, daß sich die Stadt Steyr hier einer Förderung angeschlossen hat.

1) Ha-6811/84

Lehrwerkstätte der Steyr-Nutzfahrzeuge AG: Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 9. 5. 1990 wird der Steyr-Nutzfahrzeuge AG für den Neubau einer Lehrwerkstätte (als Zuschuß zu den Investitionskosten für über den Eigenbedarf des Unternehmens hinausgehende Ausbildungs- bzw. Ar-

beitsplätze) ein Subventionsbetrag in Höhe von S 1 Million gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 1.000.000,-- (eine Million)

werden bei der VA-Stelle 5/7820/776030.2 freigegeben.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Ich danke für die Berichte. Zu Wort gemeldet ist Herr Stadtrat Schloßgangl.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich hatte in den vergangenen Jahren des öfteren Gelegenheit, die prinzipiellen Überlegungen und die Gründe meiner Fraktion darzulegen, warum wir dieser Subvention die Zustimmung verweigert haben und auch diesmal verweigern werden. Bekanntlich wurde in den Jahren 1985 und 1986 die Lehrwerkstätte der Steyr-Daimler-Puch AG größer ausgeführt, und zwar so groß, daß um 50 Lehrlinge mehr als für den Eigenbedarf ausgebildet werden konnten. Die Mehrkosten betragen rund 25 Millionen Schilling, was umgerechnet auf die größere Zahl der ausgebildeten Lehrlinge eine Ausbildungsplatzförderung von S 500.000,-- ausmacht. Wenn Sie bedenken, daß weit mehr als die Hälfte aller Lehrlinge in der Privatwirtschaft, in Klein- und Mittelbetrieben ausgebildet werden, und diese die gleichen Kosten und Schwierigkeiten haben, aber keine Förderungen erhalten, dann können Sie verstehen, daß wir dieser Förderung und Subvention nicht zustimmen können. Das bedeutet jedoch nicht, daß wir prinzipiell gegen eine Förderung von MAN sind, von SNF oder wie sie heißen, die ja die desolat und darniederliegenden Steyr-Werke zum Großteil übernommen haben, und daher die Arbeitsplätze oder - wenn Sie wollen - gesichert haben von tausenden Beschäftigten in Steyr.

Ich möchte daher, sehr geehrter Herr Bürgermeister, einen Abänderungsantrag stellen und darf diesen überreichen.

Ich stelle folgenden Antrag:

Namens der ÖVP-Fraktion stelle ich zum Antrag Ha-6811/84 folgenden Abänderungsantrag gemäß § 11 des Stadtstatutes und dem entsprechenden Paragraphen der Geschäftsordnung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Steyr Nutzfahrzeuge AG wird aus Anlaß der Übernahme der Lkw-Sparte von der Steyr-Daimler-Puch AG ein Zuschuß zur Errichtung

von Arbeitsplätzen und zur Mitarbeiterausbildung in Höhe von S 1 Million gewährt. Wir bitten um geschäftsordnungsmäßige Behandlung.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Ich danke für diesen Beitrag. Zu Wort gemeldet ist Kollege Bremm.

GEMEINDERAT GERHARD BREMM:

Sehr verehrte Herren Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen des Gemeinderates!

Jetzt könnte man die Auffassung vertreten, es ist klar, der muß sich zu Wort melden, er ist ja in diesem Bereich Betriebsrats-Vorsitzender und redet ja in eigener Sache, er ist ja in dieser Frage Partei. Ich bin zwar schon lange Jahre in diesem Betrieb tätig, auch als Belegschaftsvertreter tätig, und ich habe immer mit Lehrlingen zu tun und kann mich auf einige Veranstaltungen erinnern. Auf eine besonders, und zwar die Aufdingfeier der Lehrlinge bei Steyr-Daimler-Puch, wo immer eine ganze Reihe von Festgästen und Ehrengästen aus der Wirtschaft, aus der Politik aus allen Lagern anwesend ist und immer die große Bedeutung der Lehrlingsausbildung der Steyr-Daimler-Puch AG hervorgehoben wurde. Ich glaube, daß das auch ein wichtiger Grund war, es hat ja nicht nur Steyr-Daimler-Puch profitiert aus der Lehrlingsausbildung. Gerade in den letzten Jahren, wo hunderte bzw. tausende Arbeitsplätze bei Steyr-Daimler-Puch abgebaut worden sind, und eine Abwanderung unserer hausproduzierten Facharbeiter stattgefunden hat und im Umkreis von Steyr, in der Wirtschaftsregion Steyr, hat man profitiert von den gut ausgebildeten Facharbeitern. 350 Lehrlinge befinden sich ständig in Ausbildung in unserer Lehrwerkstätte, 100 Lehrlinge werden Jahr für Jahr bei Steyr-Daimler-Puch bzw. ab 1. April bei der Steyr-Nutzfahrzeuge AG ausgebildet. Sie werden auch ausgebildet für BMW, für SNF, für SDP und für andere Betriebe in Steyr. Jeder hat die Möglichkeit, dieses Angebot der Ausbildung in Anspruch zu nehmen. Auch von der Handelskammer wird sehr positiv diese Lehrlingsausbildung hervorgehoben. Es werden auch Lehrlingswettbewerbe durchgeführt und gerade bei solchen Veranstaltungen ist immer wieder festzustellen, daß von der Lehrwerkstätte der Steyr-Nutzfahrzeuge AG hervorragende Leistungen in Oberösterreich, in Österreich und bei Wettbewerben in der ganzen Welt bei Weltmeisterschaften erbracht werden. Damit ist zu untermauern und sind auch gerechtfertigt die Subventionen bzw. Investitio-

nen in die Jugend, in dem Fall in die Lehrlingsausbildung, die wir dringendst brauchen. In der Aussendung bzw. in dem Artikel in der letzten Steyrer Zeitung über den Lehrlingswettbewerb der Sektion Industrie der Handelskammer wird darauf hingewiesen - auch von Herrn Dr. Leibenfrost, der ja Wirtschaftslandesrat der ÖVP ist - welche Bedeutung die Lehrlingsausbildung in Oberösterreich hat und wie dringend die Wirtschaft diese jungen Facharbeiter in der Zukunft, wo wir Europa angegliedert werden, wo wir im Wettbewerb mit der europäischen Wirtschaft stehen werden, braucht. Es ist für mich unverständlich, daß man möglicherweise aus parteipolitischen Überlegungen Kleinkapital daraus schlagen will und daß man einer solch wichtigen und bedeutenden Subvention für die Ausbildung unserer Jugend, die ja nicht nur einem Bereich der Wirtschaft, sondern der gesamten Wirtschaft zugute kommt, keine Zustimmung geben will.

Von Seiten der Belegschaftsvertretung der Steyr-Nutzfahrzeuge AG ist diese Vorgangsweise unverständlich. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Kollege Bremm, niemand hat die Qualität der Ausbildung in der Lehrwerkstätte auch der Steyr-Daimler-Puch AG und jetzt nunmehr bei SNF AG Steyr bezweifelt. Im Gegenteil, in den vergangenen Sitzungen, in all den Jahren ist das durch Redner der Österr. Volkspartei immer wieder betont worden, daß wir sehr wohl wissen, daß eine ausgezeichnete Ausbildungsarbeit in der Lehrwerkstätte der Steyr-Daimler-Puch AG geleistet wird. Wenn man sich die Mühe macht, in den Protokollen der letzten Sitzungen nachzulesen, dann findet man auch immer wieder die Argumente, die die Fraktion der ÖVP bewogen haben, der Subventionierung in diesem Umfang der Lehrwerkstätte, zweckgewidmet, nicht zuzustimmen. Es war halt einmal eine ausbildungsgrundsätzliche Diskussion, und zwar vor einem Jahr in diesem Gemeinderat, eine sehr lebhaft diskutierte Diskussion gewesen darüber. Es ist halt einmal eine ausbildungspolitische gegenseitige Stellung, daß zum einen die überbetriebliche Ausbildung forciert werden soll und daß nach unserer Ansicht das duale Ausbildungsprinzip, lerne am Arbeitsplatz, den Vorrang haben muß.

Soweit einmal zum Grundsätzlichen, zu unserem Abänderungsantrag.

Wir sind der Meinung, daß der Steyr-Nutzfahrzeuge AG durch die Übernahme der Lehrwerkstätte Kosten erwachsen sind, die es in der ursprünglichen Kalkulation nicht beinhaltet hat. Wir sind der Meinung, daß überhaupt durch die Übernahme eine große Menge von Investitionen getätigt werden muß, zu denen der Gemeinderat in weiterer Folge und in wahrscheinlich näherer Zukunft als Teilnehmer an einem gesamten Paket gewiß zur Kasse genommen wird. Wir meinen daher, daß man Formulierungen finden muß, und wir haben sie in diesem Abänderungsantrag auch gesucht, daß die Zuwendung in das zukünftige Paket mit eingerechnet werden kann.

Wenn der Vorschlag der sozialistischen Partei heute mit Mehrheit möglicherweise beschlossen wird, so ist durch die Argumentation der Fortführung der bisherigen Förderaktion a priori ausgeschlossen, daß diese 1 Million Zuwendung in das zukünftige Förderungspaket mit hineingerechnet werden kann. Dadurch wird der Stadt möglicherweise Nachteil erwachsen, und darum bitten wir Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der sozialistischen Fraktion, und auch Dich Oskar, von der GAL-Fraktion, dem Abänderungsantrag der ÖVP zuzustimmen. Der Zweck wird erreicht, daß die Erschwernisse, die SNF durch die Übernahme der Lehrwerkstätte und des gesamten Betriebes hat, durch 1 Million Schilling gefördert werden.

Ich glaube, es sollte doch die Vernunft vor der Parteipolitik siegen. Wenn Sie das tut, dann müßte es euch eigentlich möglich sein, unserem Antrag beizutreten.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Herr Bürgermeister bitte das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich möchte zu dieser Problematik sagen, zu den Ausführungen des Kollegen Schloßgangl, daß pro Lehrplatz etwa S 500.000,- hier zugewendet wurden, das ist sicherlich nicht von der Hand zu weisen. Ich glaube aber auch, daß wir ohne diese Lehrwerkstätte - das möchte ich sehr deutlich sagen - diesen hohen Ausbildungsstand von Facharbeitern in Steyr nicht hätten. Das ist eine wertvolle Ergänzung für einen Personenkreis, die bisher nicht vorhanden war. Eine wertvolle Ergänzung der Schulstruktur, möchte ich sagen, in Steyr.

Ich möchte genau das gegenteilige Argument von Kollegen Holub anwenden und möchte Ihnen empfehlen, den Abänderungsantrag der Österr. Volkspartei abzulehnen, und zwar

aus dem Grund, weil wir diesen Förderungsantrag - wir haben gestern ganz kurz im Parlament mit einigen Herrschaften gesprochen - nicht präjudizieren sollten. Das ist meine Auffassung. Ich glaube, daß eher, wenn wir jetzt eine Beschlußfassung vornehmen seitens der Stadt, schon indirekt ein Ja zu den positiven Ergebnissen gesagt wird. Das sollten wir uns offen halten, die Verhandlungen beginnen ja erst. Ich teile die Auffassung, daß wir als Stadt für zusätzliche Aufwendungen der SNF, die entgegen dem ursprünglichen Investitionsplan erfolgt sind, daß man darüber wird reden müssen. Wir sollten aber nicht jetzt schon sagen, dafür geben wir zunächst einmal 1 Million Schilling her. SNF hat sich verpflichtet, die Lehrwerkstätte weiterzuführen zu denselben Bedingungen und hat auch davon ausgehen können, daß sich Partner der Steyr-Daimler-Puch AG an Zusagen, an Verträge halten. Das wollen wir tun und ich bitte Sie daher um Ihre Zustimmung und um Ablehnung des Abänderungsantrages.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Ich danke für diese Ausführungen.

Ich darf vorerst über den Abänderungsantrag abstimmen lassen. Wer dem ÖVP-Antrag, dem Abänderungsantrag, seine Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke sehr. Gegenprobe?

Abänderungsantrag:

Für den Abänderungsantrag: 9 ÖVP; gegen den Abänderungsantrag: 20 SPÖ; 1 Stimmenthaltung: GAL.

Es steht nun der Hauptantrag zur Abstimmung.

Hauptantrag:

Wer mit dem vom Bürgermeister vorgetragenen Antrag einverstanden ist, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung?

Für den Hauptantrag: 20 SPÖ; gegen den Hauptantrag: 9 ÖVP; 1 Stimmenthaltung: GAL. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag geht es um die Mittelfrei-gabe für die Verlegung eines Schiffbodens im mittleren Geschoß des Museums im Schloß Lamberg. Es handelt sich um die Ausbauphase 2.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

2) K-2584/84

Museum Schloß Lamberg,
Phase 2; Verlegung eines
Schiffbodens im mittleren

Geschoß.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 14. 5. 1990 wird im Zusammenhang mit der Adaptierung des mittleren Geschoßes des ehemaligen Speichergebäudes Schloß Lamberg (Schloßmuseum Phase 2) der Verlegung eines Schiffbodens im mittleren Geschoß durch die Fa. Wögerer, Steyr, zum Preise von S 1.005.924,-- zugestimmt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 1.006.000,--

(eine Million sechstausend)

werden bei der VA-Stelle 5/3600/010290.8 freigegeben.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß §44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Ich darf fragen, ob jemand das Wort wünscht zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Ich bitte alle jene, die diesem Antrag zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag bitte ich Sie um Ihre Zustimmung zur Festlegung von Eintrittspreisen in der Schloßgalerie für eine Sonderausstellung. Der Antrag lautet:

3) K-916/90

Schloßgalerie-Museum;

Eintrittspreise.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA IX vom 21. 5. 1990 werden die Eintrittspreise für die Ausstellung "Schreibmaschinen im Wandel der Zeit" (8. Juni bis 2. September 1990, Schloßgalerie Steyr) wie folgt festgelegt):

Erwachsene S 25,--

Gruppen ab 15 Personen

S 15,--

Schüler

frei.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Oskar Holub bitte.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Ich möchte grundsätzlich Stellung nehmen zu Ausstellungen, die in letzter Zeit in Steyr stattfinden. Ich finde es durchaus für manche Leute interessant, sich eine Ausstellung über Schreibmaschinen anzusehen und die Mög-

lichkeit zu geben, daß so etwas durchgeführt wird. Nur finde ich genau so wie im Falle Meidl, den ich persönlich schätze und ich mich freue, daß das dokumentiert wird, was von malerischer Seite von der Familie gemacht wird, weil alle kreativ tätig sind. Aber ich habe schon gewisse Bedenken, daß die Stadt in der letzten Zeit nicht nur Banken sponsert bei diversen Ausstellungen durch die Übernahme der Druckkosten, sondern auch in diesem Bereich, daß mehr oder minder einer privaten Schreibmaschinenfirma indirekt die Werbung bezahlt. Ich denke mir schon, wenn eine solche Firma eine Ausstellung machen will, wo ihr Name ganz groß herauskommt, dann sollte sie das finanziell alleine bestreiten, das würde auch der Werbewirkung entsprechen. Genauso ist es bei der Firma Meidl, und ich sehe auch da nicht ein, daß das Kulturamt mitmacht. Wenn ein Friseur, den ich auch schätze, obwohl er mir zu teuer ist und ich deshalb nicht so oft hingehere, eine Ausstellung macht, würde ich es trotzdem angebracht finden, wenn Private ihre Ausstellungen machen, daß es in der Steyrer Zeitung steht oder im Amtsblatt, aber ich sehe nicht unbedingt ein, daß die Stadt das finanziell unterstützt. Das ist eine Kritik gegen die lockere Form der Subventionen auch im kulturellen Bereich. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Darf ich fragen, ob eine weitere Wortmeldung gewünscht ist? Das ist nicht der Fall. Doch, Herr Vizebürgermeister Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Das ganze heißt nicht Mayr und Mayr, sondern Holub und Holub. Die Wortmeldung von Kollegen Oskar Holub ist ja schon im vorvergangenen Kulturausschuß zu verzeichnen gewesen mit absolut demselben Inhalt. Und im letzten Kulturausschuß haben wir auch einvernehmlich dieselbe Antwort gegeben. Wir meinen, daß Kulturförderung eine städtische Aufgabe ist. Kultur fördern kann man durch ermöglichen von Veranstaltungen. Ermöglichen von Veranstaltungen kann man auf mehrere Weisen, das eine ist das Raum zur Verfügung stellen, das zweite ist das Material zur Verfügung stellen und das dritte ist die Öffentlichkeitsarbeit. Wenn man die Aktivitäten des Kulturamtes im jeweiligen Jahresbericht heranzieht, so wird keine Unterscheidung getroffen zwischen Veranstaltungen, die die Kulturverwaltung in stadt-eigenen Räumlichkeiten abwickelt, und jenen, wo fremde Räumlichkeiten oder fremde Exponate zur Verfügung gestellt werden. In Summe ergibt sich aus all den Aktivitäten der

Kulturbericht der Stadt Steyr. Also es ist im wesentlichen auch sehr begrüßenswert, daß eine Zusammenarbeit von privaten Initiativen, von privaten Institutionen und von privaten Unternehmungen mit der Kulturverwaltung stattfindet. Das Bild des kulturellen Angebotes wird dadurch ein weiteres und insofern kann man überhaupt nicht davon reden, daß indirekt Unternehmungen gefördert werden durch die Veröffentlichungen des Kulturamtes und durch die Einladungen, sondern daß die Kulturaktivitäten gefördert werden. Ich glaube, ich habe schon 100 Mal in diesem Saal gesagt und werde es ein 101. Mal sagen, daß Kultur nun eben die Summe aller bewußten Lebensäußerungen ist. Genau so muß man auch diese Schreibmaschinenausstellung sehen, weil eben ein Teil des menschlichen Lebens der Umgang mit Bürogeräten ist. Insofern ist auch die Präsentation der Entwicklung dieser Geräte eine kulturelle Aktivität. Ob man es wahr haben will oder nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:
Wird ein Schlußwort gewünscht? Bitte.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Im wesentlichen teile ich die Auffassung des Kollegen Vizebürgermeister Holub. Ich glaube, daß wir sehr froh sein müssen, daß alle Kreditinstitute immer wieder bereit sind, für längere Zeiten sogar ihre Einrichtungen kostenlos - das muß man ja auch sehen - zur Verfügung zu stellen. Das kostet ja etwas. Die Beheizung, die Beleuchtung, zum Teil auch die Betreuung. Es kann in keiner Weise hier die Rede davon sein, daß wir Kreditinstitute unterstützen oder fördern.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:
Das ist einmalig in Österreich, das gibt es nur in Steyr.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Dann ist halt in Steyr diese Lösung ganz günstig, besser wie woanders.
Ich würde Sie bitten, diesem Antrag zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:
Der Antrag steht zur Abstimmung. Wer dem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Im nächsten Antrag darf ich Sie bitten, der

Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Stadtrat Rudolf Pimsl zuzustimmen.
Ich glaube, ich kann es mir in diesem Kreis ersparen, eine gesonderte Laudatio zu halten und darf Sie bitten, diese Entscheidung zu treffen.

4) Präs-607/90
Verleihung des Ehrenringes
der Stadt Steyr an Stadtrat
a. D. Rudolf Pimsl.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des § 5 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr wird Herr Stadtrat a. D. Rudolf Pimsl in Anerkennung seines langen verdienstvollen Wirkens für die Stadt Steyr durch die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr ausgezeichnet.

Die Eintragung im Buch der Ehrenringträger der Stadt Steyr soll wie folgt lauten:

"Die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung seiner Verdienste als langjähriger Mandatar sowie als Stadtrat der Stadt, im besonderen in Anerkennung der geleisteten Arbeit für den Ausbau und die gedeihliche Entwicklung der Stadt.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:
Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir schreiten zur Abstimmung. Wer ist dafür? Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Im nächsten Antrag darf ich Sie bitten zuzustimmen der Kündigung des Vertrages mit der Druck- und Verlagsanstalt Gutenberg GesmbH in Linz. Grund dieser Maßnahme ist, daß wir vorhaben, die Gestaltung und den Druck unseres Amtsblattes zum Jahresende neu auszuschreiben. Dazu ist die Lösung dieses Vertrages unbedingte Voraussetzung.

5) GHJ1-5898/78
Vergabe der Druckarbeiten für
das Amtsblatt; Kündigung des
Vertrages mit der Druck- und
Verlagsanstalt Gutenberg
GesmbH.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 11. Juni 1990 wird das mit Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 5. 12. 1978 mit der Druck- und Verlagsanstalt Gutenberg GesmbH, Linz, Anastasius Grün-Straße 6, abgeschlossene Übereinkommen betreffend den Auftrag zur Ausführung der Druckarbeiten für das Amtsblatt der Stadt

mit 30. 6. 1990 zum 31. 12. 1990 aufgelöst.
Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Ich darf fragen, ob dazu jemand zu sprechen wünscht? Kollege Vizebürgermeister Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, es wäre eine versäumte Gelegenheit, wenn man sich nicht zu diesem Antrag zu Wort meldete. Wir haben uns in der vorvergangenen Sitzung des Gemeinderates sehr ausführlich in der Diskussion beschäftigt mit dem Thema Ankauf einer Druckmaschine. Ich habe damals auch schon mit die Befürchtung geäußert, gehört, daß man etwa beabsichtigt, das Amtsblatt der Stadt Steyr nunmehr in der Hausdruckerei drucken zu lassen. Indizien könnte man als Beweissicherung heranziehen. Das eine ist der doch sehr zeitungsgerechte EDV-Ausstattungs-Vorgang. Sowohl im Pressereferat als auch in der Hausdruckerei, die beiden Geräte sind direkt kompatibel, sie sind nicht vernetzbar mit den anderen EDV-Systemen im Haus. Nächstes Indiz ist dann zweifellos die Anschaffung der Druckmaschine und jetzt nächstes Indiz die Aufkündigung des Vertrages mit der Druck- und Verlagsanstalt Gutenberg. Wohl gemerkt bitte, gegen die Aufkündigung des Vertrages mit Gutenberg sind wir auf keinen Fall, weil wir wirklich der Meinung sind, daß man laufende Aufträge von Zeit zu Zeit auf die Preiswürdigkeit hin kontrollieren muß. Daher werden wir diesem Antrag dennoch zustimmen, was aber nicht heißt, daß wir dem ganzen anderen Equipment hier im Rathaus zustimmen, das angezogen war.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Wünscht noch jemand zu diesem Antrag das Wort? Kollege Rohrauer bitte.

GEMEINDERAT FRANZ ROHRAUER:

Ganz kurz zu diesem Tagesordnungspunkt. Es ist sicherlich erfreulich für die Vereinsdruckerei, daß sie jetzt die Möglichkeit hat, ein Anbot zu stellen, das Steyrer Amtsblatt drucken zu können. Es wäre aber vielleicht nicht schlecht von der ÖVP, wenn sie ihre neue Öko-Steyrer-Zeitung ebenfalls der Vereinsdruckerei zum Drucken gibt - diese wird beim Landesverlag gedruckt in der Druckerei Wels.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Noch eine Wortmeldung? Kollege Gemeinderat Holub.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Ich finde es auch sehr positiv, daß einmal eine neue Ausschreibung erfolgt, nachdem die Fa. Gutenberg dieses Monopol jetzt sehr lange besessen hat. Ich würde es auch sehr wünschenswert finden, nachdem Steyr sehr vielen anderen Firmen, vor allem größeren, sehr oft unreflektiert meiner Meinung nach Subventionen gewährt, die in größerem Ausmaß sind, wenn die Chance besteht, daß eine Steyrer Firma zum Zuge kommen könnte. Das würde mich freuen, falls das einmal in Steyr gedruckt würde und nicht in Linz, obwohl ich nichts gegen Gutenberg habe.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Schlußwort? Keines. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag, meine Damen und Herren, geht es darum, eine Änderung unserer Vergabeordnung vorzunehmen.

Ich glaube, daß es notwendig ist, daß wir unsere Vergabeordnung den geänderten wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen haben. Ich darf auf einige wesentliche Punkte hinweisen. Es soll im wesentlichen das Eintrittsrecht der Steyrer Firmen wegfallen. Ich möchte mich nicht verbreitern, darf aber aus dem Amtsbericht einige Passagen vorlesen. Ich meine, daß es richtig ist, daß man das macht. Ich darf sagen, daß wir seitens der Wirtschaft ursprünglich, wie wir den Beschluß gefaßt haben, am 2. 4. 1981, und eine Abänderung am 28. 7. 1984 - oder eine Änderung, immer wieder gerade von Seiten der Wirtschaft darauf hingewiesen wurden, - ich meine hier die Industriellenvereinigung konkret - und sogar in schriftlicher Form mehrmals protestiert wurde, daß diese Vergabeordnung wettbewerbshemmend wirken wird. Wir haben uns überlegt, in welcher Form diese Veränderung durchgeführt werden soll. Wir wollen allerdings auch eines mit dieser Vergabeordnung erreichen, nämlich dasselbe, was jeder Private auch für sich in Anspruch nimmt, daß man mit den drei Bestbietern nach Eröffnung der Angebote Verhandlungen führen darf. Rechtlich spricht dagegen nichts und ich glaube, es sitzt niemand hier herinnen, wenn er eine größere

Ausgabe hat und das ausschreibt, der nicht von sich aus als selbstverständlich annimmt, wenn er z. B. ein Siedlungshaus baut, daß nicht noch einmal mit dem Baumeister verhandelt, wenn er das Anbot hat, ob es nicht dort oder da ein bißchen billiger gehen kann. Ich glaube, dieses gleiche Recht müßte auch die öffentliche Hand haben. Schließlich haben wir öffentliche Gelder zu verwalten und sparsamst zu verwalten, das ist unsere Aufgabenstellung. Das muß ich also auch sagen, das gehört dazu. Ich glaube, daß wir uns dieser Möglichkeit nicht verschließen sollten, sondern wir sollten sie eröffnen. Daß wir also hier im Sinne einer vernünftigen Verwaltung unseres Budgets und im Sinne unserer Steuerzahler, der Verwendung der Mittel unserer Steuerzahler, hier diese Möglichkeit einbauen. Ich möchte mich aber nicht verbreitern, ich bin sicher, daß dazu noch die entsprechenden Stellungnahmen kommen. Ich bitte Sie um Zustimmung zur Änderung unserer Vergabeordnung.

6) Bau1-6438/73

Änderung der Vergabeordnung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 11. Juni 1990 wird die in der Anlage beigeschlossene Änderung der Vergabeordnung für die Stadt Steyr genehmigt (BEILAGE).

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Ich danke für den Antrag. Ich darf fragen, wer das Wort wünscht?

Kollege Stadtrat Schloßgangl.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Die Vergabeordnung der Stadt Steyr soll in drei wesentlichen Punkten geändert werden.

1. das Einstiegsrecht der Steyrer Firmen soll fallen. Dafür haben wir durchaus Verständnis, weil die Vorlage es nicht mehr unbedingt erforderlich macht. Es sollen die öffentlichen Ausschreibungen vermindert werden und daher mehr beschränkt ausgeschrieben werden, und es soll mit den drei Bestbiestern nachträglich preisverhandelt werden.

Eine Begründung ist für diese Preisverhandlung, daß in der jüngsten Vergangenheit die Preise eher hoch als angemessen und möglichst nieder waren. Es wurden auch des öfteren Bedenken geäußert, daß es zu Preisabsprachen gekommen ist. Wenn man nun von der öffentlichen Ausschreibung auf eine beschränkte zurückgeht, so erreicht man eigentlich das Gegenteil von dem, was man eigent-

lich will. Eine öffentliche Ausschreibung ermöglicht eine breite Streuung der Firmen und läßt daher eher angemessene und vertretbare Preise erwarten als eine auf wenige Bieter beschränkte Ausschreibung. Aber ein ganz wesentlicher Hauptgrund, weshalb meine Fraktion die Vergabeordnung ablehnt, ist die nachträgliche mögliche Preisverhandlung mit den 3 Bestbiestern, da dabei die Vergabe an einen der 3 Bieter jederzeit - verzeihen Sie den etwas harten Ausdruck - manipuliert werden kann. Die ÖVP-Fraktion und insbesondere die Vertreter der Wirtschaft haben fast 20 Jahre um eine objektive Vergabeordnung gekämpft. Nämlich um eine Vergabe an den Bestbieter. Jetzt soll diese so schwer errungene Objektivität wieder in Frage gestellt bzw. überhaupt abgeschafft werden. Ich kann selbst am besten die Situation beurteilen. In den 25 Jahren, in denen ich als Steyrer Unternehmer an Ausschreibungen und Anboten des Magistrates und der GWG Steyr teilgenommen habe, bin ich desöfteren als Bestbieter durchgefallen, weil wirtschaftliche - sprich politische - Gründe für den Zweit- oder Drittbietter gesprochen haben. So ist es aber nicht nur mir, sondern in viel stärkerem Maß auch vielen anderen Wirtschaftstreibenden in unserer Stadt ergangen. Diese Manipulationen sollen und müssen in einer demokratischen Stadtverwaltung der Vergangenheit angehören. Denn alle Wirtschaftstreibenden zahlen ihre Steuern in die Stadtkasse und haben daher auch ein Recht, als Bestbieter beauftragt zu werden.

Bei eventuell auftretenden gravierenden Kostenüberschreitungen, egal ob bei allgemeinen oder öffentlich geförderten Bauvorhaben, könnten und müßten die Ausschreibungen aufgehoben und die Arbeiten neu ausgeschrieben werden. Auch durch eine strenge Prüfung der Offerte und damit ein Ausscheiden von Spekulationsanboten, die den tatsächlich üblichen und angemessenen Preisen nicht entsprechen, z. B. wie wir es schon gehabt haben, Regiestundensätze von S 3,10 oder S 2,80 pro Mann statt 310,- und 280,- S, um ein Beispiel anzuführen, würden echte Preise und richtige vertretbare Angebote erzielt.

Eines ist aber auch klar, es gibt ein Marktgesetz: Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis. In Zeiten wie diesen, wo seit einigen Jahren Hochkonjunktur herrscht, ist es sicher nicht sinnvoll, so viele Bauvorhaben gleichzeitig auszuschreiben, daß sie vor allem von der heimischen Wirtschaft kaum oder nur mit erhöhten Kosten, Überstunden, Sonn- und Feiertagsarbeiten und dergleichen mehr bewältigt werden können. Eine gezielte Steuerung der

neuen Bauvorhaben, die zur Auslastung aber nicht zur Überlastung der Betriebe führt, trägt sicher zu einer geregelten und vertretbaren Preisgestaltung bei, wie sie nach 20jähriger Entwicklung die Vergabeordnung auch geprägt hat. Sie soll bis auf den Wegfall der 5 %igen Eintrittsoption unverändert beibehalten werden.

Werter Herr Bürgermeister, ich stelle daher einen Abänderungsantrag zur Vergabeordnung und darf diesen schriftlich überreichen.

Der Abänderungsantrag lautet wie folgt:

Die Gemeinderatsfraktion der Österr. Volkspartei stellt zu Punkt 6 der Tagesordnung der Sitzung des Gemeinderates vom 28. Juni 1990 "Änderung der Vergabeordnung" nachstehenden Abänderungsantrag und führt dazu folgendes aus:

Zur vorgesehenen Abänderung der Vergabeordnung der Stadt Steyr wird die Meinung vertreten, daß die ursprüngliche Absicht, durch die 5 %ige Eintrittsoption für Steyrer Bieter in Steyr ansässige Betriebe zu bevorzugen, in Anbetracht der derzeitigen Konjunktursituation den aktuellen Gegebenheiten nicht mehr Rechnung trägt. Das Eintrittsrecht zum Bestbieterpreis in der bisher vorgesehenen Form erscheint uns daher derzeit entbehrlich.

Die ÖVP-Gemeinderatsfraktion stellt daher nachstehenden Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Änderung der Vergabeordnung für die Stadt Steyr und die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, Beschluß des Gemeinderates vom 2. 4. 1981 in der gegenwärtigen Fassung, und die Gesellschafter und des Aufsichtsrates der GWG der Stadt Steyr vom 21. 5. 1981 in der gegenwärtigen Fassung, wird dahingehend zugestimmt, daß die bisherigen Absätze 4 und 5 des § 10 zu entfallen haben."

Ich bitte, über den Antrag abstimmen zu lassen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Ich danke für die Antragstellung und den Debattenbeitrag und darf fragen, ob noch jemand das Wort wünscht? Keine weitere Wortmeldung. Ich bitte den Bürgermeister um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich glaube, es kann sich jeder vorstellen, daß ich dafür bin, daß man dieser Änderung nicht zustimmt, sondern daß wir im Sinne einer vernünftigen - ich wiederhole mich nicht gerne, aber das möchte ich noch einmal sagen - Ver-

waltung unserer Budgetmittel die Vergabeordnung in unveränderter Form die Zustimmung geben. Ich glaube, das ist nur zum Vorteil der Steuerzahler und daß die Wirtschaft durchaus sich damit einverstanden erklären könnte.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Wir kommen zur Abstimmung. Zuerst lasse ich abstimmen über den Abänderungsantrag der ÖVP-Fraktion.

Ich darf fragen, wer für diesen ÖVP-Antrag stimmt?

Für den Abänderungsantrag: 9 ÖVP; gegen den Abänderungsantrag: 20 SPÖ. Die GAL hat nicht mitgestimmt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Hauptantrag, den der Bürgermeister eingebracht hat.

Ich frage, wer für den Antrag des Bürgermeisters "Änderung der Vergabeordnung" in der vorliegenden Fassung ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung? Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung?

Für den Hauptantrag: 20 SPÖ. 1 GAL; gegen den Hauptantrag: 9 ÖVP.

Ich bitte, fortzufahren.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Der nächste Antrag lautet:

7) Bau2-6446/86

Verein FAZAT; Umbau des ehemaligen Direktionsgebäudes auf dem Areal der Hack-Werke; Subventionsgewährung.

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 31. 5. 1990 wird dem Verein FAZAT für das Projekt "Beispielhafte Sanierung des ehemaligen Direktionsgebäudes auf dem Areal der ehemaligen Hack-Werke" eine nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von S 1,4 Millionen als Weiterleitung eines vom Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten in dieser Höhe gewährten nicht rückzahlbaren Beitrages gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 1.400.000,-

(eine Million vierhunderttausend)

werden bei VSt 5/2890/777000.2 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Dieser Antrag steht zur Diskussion. Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
In meinem letzten Antrag darf ich Sie bitten, dem Abschluß eines Werkvertrages für die Abwicklung der Gastspielsaison 1990/91 mit dem Landestheater Linz zuzustimmen. Der Antrag lautet:

8) K-7600/89

Stadttheater Steyr; Abwicklung der Gastspielsaison 1990/91 - Abschluß eines Werkvertrages.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 17. 5. 1990 wurde der Antrag betreffend die Abwicklung der Gastspielsaison 1990/91 zurückgestellt. Aufgrund des abgeänderten Amtsberichtes der MA IX vom 15. 5. 1990 wird nunmehr die Abgeltung von 16 Gastspielen des Landestheaters Linz in der Theatersaison 1990/91 genehmigt. Gleichzeitig wird der Magistrat der Stadt Steyr ermächtigt, einen entsprechenden Werkvertrag abzuschließen. Weiters werden die mit Beschluß des Gemeinderates vom 8. 6. 1989, K-7200/88, festgelegten Eintrittspreise für die Gastspielsaison 1990/91 um 8 Prozent erhöht wobei auf volle Schillingbeträge auf- bzw. abzurunden ist. Die Regelung für die Dienstsitze und dergleichen nach dem GR-Beschluß vom 16. 9. 1980, K-1800/80, wird beibehalten

Ich darf um Annahme ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Wünscht dazu jemand das Wort? Kollege Oskar Holub bitte.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Wie ich schon im Kulturausschuß gesagt habe, ist es schade, daß die Stadt Steyr das Auslaufen dieses Vertrages nicht dazu benützt hat, an der Monopolstellung des Landestheaters etwas zu rütteln. Ich glaube, daß das Budget für das Landestheater, ich glaube, das ist der größte Teil des Kulturbudgets, daß da die Chance bestanden hätte, auch andere Theater- oder Spielgruppen nach Steyr zu bringen, wie z. B. aus der Spielstadt Leonding, das Grazer Schauspielhaus etc. Ich glaube, daß die qualitativ bessere, aktuellere Stücke haben, die die Wirtschaftsregion Steyr betreffen, vergleichbar zu Linz mit Schriftstellern wie Baum und anderen, wie Bauer etc. Sehr gute Stücke, die nicht nach Steyr kommen mit dem Hinweis, daß das Kulturbudget in Steyr zu klein wäre und diese Gruppen so teuer sind. Ich bin nicht dieser Auffassung und wehre mich dagegen, daß eine Art - ich will nicht unbedingt sagen - Reservegarnitur des Linzer

Landestheaters in Steyr das Monopol für Hochkultur innehat und daß nicht andere Wege in der Kultur beschränkt werden. Außerdem finde ich das bedenklich, daß diese Erhöhung rein auf die Eintrittspreise übertragen wurde. Das heißt, daß der Besucher mehr bezahlen muß. Ich glaube, daß in Steyr zum Theater dringend eine Befragung notwendig wäre und man nicht nur darauf hinweist, daß diese Vorstellungen zum Großteil ausverkauft sind. Ich glaube, man könnte einmal eine repräsentative Umfrage starten, ob nicht andere Theatervorstellungen von anderen Bühnen auch gefragt wären. Ich glaube, das wird immer so hingenommen und von Jahr zu Jahr verschleppt. Dies wäre eine Chance, weil der Vertrag ausgelaufen ist und das wurde nicht genutzt, was mir sehr leid tut. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Herr Bürgermeister bitte das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Dazu möchte ich sagen, daß wir schon Versuche gemacht haben, mit anderen Landesbühnen Verträge abzuschließen. Das war einmal während einer Saison und wir haben keine guten Erfahrungen gemacht. Ich möchte keine Namen nennen, wir sind aber daher wieder auf das Landestheater zurückgekommen. Noch dazu ist das eine Landesbühne und weil das Land Oberösterreich, dem wir irgendwo auch verpflichtet sind, auch nicht unerhebliche Mittel aufwendet zur Finanzierung dieser Einrichtung.

Das möchte ich in diesem Zusammenhang sagen, zur Überwälzung der Preise. Der Zuschußbedarf ist allgemein bekannt und wir sollten diesen nicht noch erweitern.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Ich danke für das Schlußwort, wir kommen zur Abstimmung. Wer dem vorliegenden Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe? Der Antrag ist mit 1 Gegenstimme (GAL) angenommen.

Herr Bürgermeister, ich danke für die Berichterstattung und Antragstellung und gebe den Vorsitz wieder an Dich ab.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich ersuche gleich Kollegen Leithenmayr um seine Berichte.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemein-

derates, im ersten Antrag geht es um eine Gewerbeförderung für die Fa. Doleschal GesmbH. Diese Firma beschäftigt etwas mehr als 100 Mitarbeiter und hat einen Großauftrag aus der Sowjetunion an Land gezogen. Sie muß jetzt beträchtliche Investitionen tätigen, muß den etwas veralteten Betrieb umstrukturieren und wird dann aller Voraussicht nach auf diesem hohen Niveau beschäftigt bleiben. Es ist geplant, 20 bis 25 Personen neu einzustellen und aus diesem Grund ergeht folgender Antrag an den Gemeinderat:

9) Ge-7158/89

A. Doleschal GesmbH, Schaftgasse 2, 4400 Steyr; Gewerbeförderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsabteilung II vom 30. April. 1990 wird der A. Doleschal GesmbH, Schaftgasse 2, 4400 Steyr, eine Gewerbeförderung in der Form gewährt, daß für die zur Strukturbereinigung aufzunehmenden Kredite in Höhe von insgesamt S 6.000.000,- der Zinsendienst für die Jahre 1990, 1991 und 1992 bis zu einer Gesamthöhe von S 950.000,- übernommen wird. Die Auszahlung der einzelnen Zinsendienstsätze hat nach Vorlage von Bestätigungen über die Zinsdienstleistungen in den Jahren 1991, 1992 und 1993 zu erfolgen und bedarf einer gesonderten Beschlußfassung.

Um Zustimmung wird gebeten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Sie haben den Antrag gehört. Wünscht jemand dazu zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn zugestimmt wird? Danke. Gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmig so beschlossenen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Der zweite Antrag sieht eine Regulierung der Erschwerniszulage für das Schwesternhilfspersonal im Zentralaltersheim vor.

10) Präs-599/90

Regulierung der Erschwerniszulage für das Schwesternhilfspersonal des Zentralaltersheimes.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes des Personalreferates wird dem Hilfsschwesternpersonal im ZAH (geprüfte und ungeprüfte Stationsgehilfinnen) eine monatliche Erschwerniszulage in Höhe von S 855,- ab 1. 1. 1990 zuerkannt.

Die bisher bezogene Erschwerniszulage im Ausmaß von S 365,- p. M. wird gegen die neugewährte Erschwerniszulage aufgerechnet. Diese Zulage unterliegt der entsprechenden Valorisierung nach dem Ansatz von V/2 und gelangt 12 mal jährlich zur Anweisung. Die Rundung hat kaufmännisch auf volle Schillingbeträge zu erfolgen. Diese Zulagenzuerkennung ist als Vorgriff für künftige besoldungsmäßige Verbesserungen am Pflegesektor zu werten und hat bei künftigen Besserstellungen entsprechend aufgerechnet zu werden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Dazu hat sich Kollege Spöck gemeldet.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich habe bereits anlässlich der berechtigten Erhöhung der Erschwerniszulage beim diplomierten Personal auf S 1.565,- monatlich darauf hingewiesen, daß unter Umständen auch noch zusätzlich zu dieser finanziellen Maßnahme es überlegenswert wäre, mehr Teilzeitbeschäftigte einzustellen. Es würde auch als familienfördernde Maßnahme die Doppelbelastung bei den Frauen von Familie und Beruf zwar nicht wegfallen, aber zumindest gemildert werden. Wir haben derzeit im Zentralaltersheim 58 vollbeschäftigte Hilfsschwestern, davon leider nur 1 Teilzeitbeschäftigte. Mir ist schon klar, daß die Teilzeitbeschäftigung gerade im Pflegedienst Probleme mit sich bringt. Der Patient gehört ja rund um die Uhr betreut. Teilzeitbeschäftigung muß aber nicht unbedingt bedeuten 20 Stunden in der Woche, es könnten 30 sein oder es könnte eine flexible Arbeitszeit sein. Damit wäre die Patientenbetreuung sicherlich gewährleistet. Bei den Landeskrankenhäusern beträgt der Stand an teilzeitbeschäftigtem Pflegehilfspersonal in etwa landesweit um die 15 Prozent. Damit ist die Pflegequalität gewahrt und es gibt auch keine Probleme bei den Übergabezeiten, wie mir die Oberin des Landeskrankenhauses Steyr versichert hat. Unter Berücksichtigung der 58 Vollbeschäftigten könnten sicher auch im Zentralaltersheim beim Schwestern-Hilfspersonal in etwa 7 zusätzliche Halbtags-Arbeitskräfte geschaffen werden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Wird ein Schlußwort gewünscht?

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Ich kann nur bemerken, daß man sich intern mit dem Problem schon beschäftigt hat, auch aufgrund der Anregungen, die Sie, Herr Kollege Spöck, seinerzeit gemacht haben. Es ist allerdings auch festgestellt worden, daß die Schichtplan-Einteilung eine sehr schwierige und komplexe Angelegenheit ist. Wir meinen, daß hier organisatorisch durchaus Verbesserungen vorstellbar sind. Es ist halt ein Problem, die Teilzeitbeschäftigung wird von manchen Frauen gewünscht aber nur temporär. Es wird dann wieder eine ganzzzeitliche Beschäftigung gewünscht im Zusammenhang mit Ehefrauen, mit Scheidungen ist das nicht ganz unproblematisch. Ich möchte das nur festhalten, aber wir werden sicherlich auch diese Überlegungen mit anstellen müssen. Gerade bei den diplomierten Schwestern ist es ja sehr schwer, solche zu bekommen und man wird auch diese Überlegung mit einfließen lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn zugestimmt wird? Danke. Gegen diesen Antrag? Enthaltungen? Einstimmig so beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:
Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Der nächste Antrag betrifft den Rechnungsabschluss für das Finanzjahr 1989. Er ist sehr bedeutend und wichtig und ist eine zusammenfassende Auflistung aller finanziellen Auswirkungen der Beschlüsse, die Sie gefaßt haben. Es ist immer gesagt worden, wie umfangreich dieses Werk ist. Voriges Jahr hat mein Vorgänger gesagt, es ist ein neuer Rekord, 364 Seiten habe ich nachgelesen. Dieses Mal haben wir 378 Seiten, also der Rekord des Vorjahres ist überboten worden.

Ich glaube, daß an dieser Stelle auch Dank zu sagen ist an die MA II unter Leitung des Dr. Schmidl, die sich hier bemüht haben, dieses Zahlenwerk umfassend und sorgfältig aufzubereiten und zu gestalten.

Wir schließen ab im ordentlichen Haushalt mit S 655,477.244,60 und im außerordentlichen Haushalt mit S 124,180.026,38.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, generell gesehen ist der Rechnungsabschluss 1989 ein anschauliches Spiegelbild der positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Stadt und in der Stadtregion Steyr.

Die Einnahmen der Stadt stiegen gegenüber dem Voranschlag und auch dem Nachtragsvoranschlag deutlich an, so daß der ursprünglich präliminierte Abgang in einen Überschuß umgewandelt werden konnte. Im Voranschlag

1989 wurde noch mit einem Budgetdefizit in Höhe von 22,4 Millionen Schilling gerechnet, das aufgrund der im laufenden Jahr erzielten Mehreinnahmen im Nachtragsvoranschlag auf 7,7 Millionen Schilling reduziert werden konnte. Die Entwicklung in den letzten 3 Monaten des vergangenen Jahres war jedoch so unerwartet gut - und zwar sowohl auf der Einnahmen- und der Ausgabenseite - daß anstatt einer Rücklagenentnahme eine Rücklagenzuführung in Höhe von 20,4 Millionen Schilling möglich wurde. Auch die Neuverschuldung wurde deutlich gebremst. Hatte man im Voranschlag noch Darlehensaufnahmen in Höhe von 31,7 Millionen eingeplant, so mußten aufgrund zeitlicher Verschiebung einiger Projekte und vermehrter Rücklagenentnahmen nur 19,1 Millionen Schilling an Darlehen aufgenommen werden. Der Schuldenstand konnte dadurch um 7 Millionen Schilling auf 515,4 Millionen Schilling gesenkt bzw. reduziert werden.

Dieser für die Stadt äußerst günstige Abschluß darf aber nicht allein auf die gute konjunkturelle Entwicklung zurückgeführt werden, sondern ist auch ein Verdienst aller an der Entscheidung beteiligten Organe, die die vorhandenen Mittel sparsam, wirtschaftlich und gezielt einsetzten. So wurden die Mehreinnahmen des Jahres 1989 nicht gleich in der heimischen Wirtschaft umgesetzt, sondern im Sinne einer antizyklischen Konjunkturpolitik den Rücklagen zugeführt. Ich glaube, das ist auch etwas im Sinne dessen, was Herr Stadtrat Schloßgangl bei einem vorhergehenden Thema angeführt hat. Ich glaube, daß es eine Aufgabe kommunaler Wirtschaftspolitik ist, in Jahren wirtschaftlicher Prosperität das Auftragsvolumen der Gemeinde einzuschränken und in Jahren mit einer schwächeren wirtschaftlichen Entwicklung vermehrt Aufträge an die Wirtschaft zu vergeben. Lediglich die unaufschiebbaren kommunalen Vorhaben, wie z. B. das Sonderwohnbauprogramm und die Umbaumaßnahmen im Zentralaltersheim oder die Aufschließung des Industrieareals Hinterberg, sollen durchgeführt werden. Alle jene Vorhaben, deren Aufschub keinen unmittelbaren Schaden hervorrufen, sollen bzw. müssen in den kommenden Jahren realisiert werden. Aus einer solchen Vorgangsweise haben alle Beteiligten Vorteile. Die Stadt als Auftraggeber bezahlt für die von ihr erwünschten Leistungen keine überhöhten Preise und das Unternehmen als Auftraggeber erhält dann Aufträge von der öffentlichen Hand, wenn von Privaten keine nachgefragt werden.

Gegenüber dem Voranschlag 1989 weicht der Rechnungsabschluss im ordentlichen Haushalt

Rechnungsabschluß im ordentlichen Haushalt um 13,2 Millionen Schilling oder + 2,1 Prozent und im außerordentlichen Haushalt um 5,6 Millionen Schilling oder - 4,3 Prozent ab. Das sind Abweichungen, die bei einem Gesamtbudget von 779,7 Millionen Schilling und einem Umsatz von über 1 Milliarde Schilling sehr gering und durchaus akzeptabel sind. Das bescheinigt, daß sehr sorgfältig präliminiert wurde.

Die größeren Abweichungen, wie schon gesagt, sind im Rechnungsabschluß selbst ersichtlich und ergaben sich vor allem aus unvorhersehbaren bzw. nicht kalkulierbaren

Veränderungen in den letzten 3 Monaten des Jahres 1989. So waren vor allem bei der Gewerbesteuer nach Ertrag, der Lohnsummensteuer und den Ertragsanteilen im letzten Quartal des vergangenen Jahres starke unvorhersehbare Mehreinnahmen zu verzeichnen. Aufgrund von Überprüfungen durch das Finanzamt konnten bei der Gewerbesteuer 7,1 Millionen Schilling mehr eingenommen werden als im Nachtragsvoranschlag präliminiert. Wir sehen also, daß das Finanzamt auch für unsere Einnahmenpolitik sehr wichtig ist. Insgesamt wurden 1989 Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 37,1 Millionen Schilling erzielt. Das ist zwar um 32,2 Millionen Schilling oder 38,5 Prozent weniger als im Vorjahr, aber das Jahr 1988 kann nicht als Vergleichsjahr herangezogen werden, da in diesem - wie Sie wissen - eine Gewerbesteuernachzahlung in einem zweistelligen Millionenbetrag erfolgte. Betrachtet man die Entwicklung der Einnahmen aus der Gewerbesteuer in den letzten Jahren, so zeigt sich, trotz des Rückganges gegenüber dem Vorjahr, im langfristigen Verlauf eine steigende Tendenz. Bei der Lohnsummensteuer konnte man ein enormes Ansteigen feststellen. 1989 wurden 89 Millionen Schilling eingenommen, das sind 10,8 Millionen Schilling oder 13,8 Prozent mehr als im Vorjahr. Betrachtet man die Entwicklung der letzten 5 Jahre, so sieht man sehr deutlich, daß im Jahr 1989 in der Stadt Steyr ein Beschäftigungshoch geherrscht hat. Es zeigt sich, daß in den Jahren 1985, 1986 und 1987 und auch 1988 das Aufkommen in einer Größenordnung von 76 und 78 Millionen Schilling war, 1989 starker Konjunkturaufstieg, schnellst diese Einnahme auf 89 Millionen empor.

Trotz der in der Region Steyr nach wie vor bestehenden hohen Arbeitslosenquote, ist gerade die aufgezeigte Entwicklung am Arbeitsmarkt äußerst erfreulich. Diese darf uns aber nicht dazu verleiten, der künftigen

Entwicklung am Arbeitsmarkt konzept- und tatenlos gegenüberzustehen. Wir sind aufgrund dieser Entwicklung bei der Einkommenssteuer angehalten, alles zu tun und als Stadt mitzuwirken an der Vollbeschäftigungspolitik. Wir können dies auch mit Hilfe der Gewerbeförderung beeinflussen und wir tun das ständig und haben auch in der heutigen Sitzung wieder einige solche Gewerbeförderungsanträge einhellig beschlossen. An uns bzw. die Stadtverwaltung wird die Anforderung gestellt, am Weiterbestand der Arbeitsplätze mitzuwirken. Da jedoch das Potential an ansiedlungswilligen Betrieben und damit die Aussicht, neue Betriebe in unsere Stadt zu bekommen, immer geringer wird, müssen wir, um keine Standortnachteile zu erlangen, neue Wege in der kommunalen Wirtschaftspolitik gehen.

Wir müssen uns bemühen, daß die Attraktivität des Standortes Steyr gehoben wird, und zwar sowohl als Betriebs- als auch als Wohnstandort. Die Attraktivität eines Standortes wird bestimmt durch die kommunale Infrastruktur. Dabei handelt es sich nicht allein um die Erschließung und Entsorgung von Betriebsgebieten, sondern es werden zudem neue Infrastrukturvorleistungen notwendig, wie z. B. Telekommunikationsnetze, Technologiezentren und verbesserte Qualifikations- und Schulungsangebote für das Personal. Hier haben wir auch einen Ansatz, der in diese Richtung zielt.

Nicht vergessen werden darf, und dies besonders in Steyr, wo eine große Anzahl qualifizierter Arbeitskräfte lebt, auf den Wohn- und Freizeitwert der Stadt. Steyr wird bei der Standortwahl von Unternehmen oft deshalb in die engere Wahl gezogen, weil hier gut ausgebildete qualifizierte Arbeitskräfte vorhanden sind. Wir haben deutlich gesehen bei der Ansiedlung von BMW, beim Auftreten von SKF und jetzt bei MAN, daß es in Wirklichkeit die hochqualifizierten Ingenieure und Facharbeiter waren, die den Ausschlag für Investitionsentscheidungen und Betriebsansiedlungsmöglichkeiten gegeben haben. Es ist also wichtig, auf diesem Gebiet weiter als Stadt mitzuwirken und alles zu tun, daß diese Attraktivität für Betriebsansiedler vorhanden bleibt. Hier gebe ich sicher Kollegen Gemeinderat Holub recht, daß bis in diesen Bereich hinein die Investitionstätigkeit Platz greifen muß.

Meine Damen und Herren, wenn ich nach diesem kurzen Ausflug in die Wirtschaftspolitik wieder zum Rechnungsabschluß und zu den Einnahmenschwüchsen zurückkomme, so kann ich bei den Abgabenertragsanteilen ebenfalls von einer positiven Entwicklung be-

rechneten alle Fachleute auf dem Gebiet des Finanzwesens mit großen Einbrüchen bei den Abgabenertragsanteilen. Auch das Land Oberösterreich riet im Sommer vergangenen Jahres allen Gemeinden, die Abgabenertragsanteile um 10 unter den Istwerten des laufenden Jahres zur präliminieren. Das Rechnungsergebnis 1989 zeigt jedoch ein leichtes Ansteigen der laufenden Ertragsanteile von 205,1 Millionen im Jahr 1988 auf 207,1 Millionen Schilling im Jahr 1989. Lediglich aus den Unterschiedsbeträgen und den Abrechnungen der Vorjahre wurden Mindereinnahmen erzielt.

Insgesamt wurden 450,1 Millionen Schilling, das sind 68,7 Prozent der Gesamteinnahmen, durch Steuern, Gebühren und Ertragsanteile aufgebracht. Das ist ein seit Jahren ungefähr gleichbleibender Anteil, der nur bei Gewerbesteuernachzahlungen erhöht wird. Der verbleibende Teil der Gesamteinnahmen stammt mit 129,7 Millionen Schilling oder 19,8 Prozent aus Leistungsentgelten für verschiedene Gemeindeeinrichtungen, wie z. B. Kindergärten, Horte, Zentralaltersheim, Volkshochschule oder Wirtschaftshof. Geringere Beträge wurden durch Kostenersätze, Zuschüsse und Rückzahlungen von Gemeindedarlehen, aufgebracht.

Die größte Ausgabenposition ist die für das Personal. 1989 wurden für die aktiv Bediensteten 233,3 Millionen Schilling, für die Funktionäre 8,5 Millionen und für die Pensionen 36,5 Millionen Schilling ausgegeben. Bezogen auf die Gesamtausgaben des ordentlichen Haushaltes heißt dies, daß ca. ein Drittel für Gehaltszahlungen aufgehen. Für den Verwaltungs- und Betriebsaufwand wurden 169,9 Millionen Schilling, für Verbrauchsgüter 28 Millionen Schilling und für Transferzahlungen an das Land, andere Gemeinden sowie Privatpersonen, 91,1 Millionen Schilling ausgegeben.

Aufgrund dieser schon erwähnten positiven Gesamtentwicklung und der im Finanzjahr 1989 betriebenen Haushaltspolitik konnte - das will ich besonders herausstellen - der Schuldenstand der Stadt reduziert werden, und zwar von 522,4 Millionen auf 515,4 Millionen Schilling. Ein Vergleich des Schuldenstandes mit anderen Städten, insbesondere mit Wels oder Linz, ist nicht unmittelbar möglich, da z. B. in Linz die Schulden der ausgegliederten Unternehmen ESG und SBL nicht im Schuldenstand der Stadt Linz mitgeführt werden, in Steyr hingegen die Stadtwerke nicht ausgegliedert sind. Im Zusammenhang mit der Darlehensentwicklung ist auch der Rücklagenbestand zu

sehen. Dieser wurde im Berichtsjahr von 127,6 Millionen geringfügig auf 111,4 Millionen Schilling reduziert. Trotz der bewußt zurückhaltenden Ausgabenpolitik wurden im vergangenen Jahr viele und auch große Investitionen getätigt. So wurden für den Bereich Kunst, Kultur und Kultus insgesamt 5,3 Millionen Schilling ausgegeben, wovon 4 Millionen auf die Altstadterhaltung und Ortschaftspflege und 1,3 Millionen Schilling auf den weiteren Ausbau des Schloßmuseums entfielen.

Der Ausbau bzw. die Sanierung des Zentralaltersheimes beanspruchte 1989 5,8 Millionen Schilling. Wenn man die für das Zentralaltersheim in den letzten 10 Jahren getätigten Investitionen zusammenzählt, so kommt man auf die ganz beachtliche Summe von 22 Millionen Schilling. Dies zeigt, daß die Betreuung der älteren Menschen im Zentralaltersheim ein großes Anliegen ist und viel Geld dafür aufgewendet wird.

Auch im Straßen- und Brückenbau wurde im letzten Jahr viel investiert und neu geschaffen. So sind mit einem Kostenaufwand von 5,2 Millionen Schilling im Wehrgraben neue Brücken errichtet und bestehende saniert worden. Der Stadtplatz und die Enge sind mit einem Aufwand von 8,2 Millionen neu gepflastert worden, wobei 2,8 Millionen Schilling im Jahr 1988 und 5,4 Millionen im Jahr 1989 anfielen.

Große Ausgaben wurden, wie jedes Jahr, für die Abwasserbeseitigungsprojekte der Stadt getätigt. 1989 waren dies 28,6 Millionen Schilling. Im Zuge der Kanalbauarbeiten wurden jedoch auch Straßenbelagsarbeiten mit einem erheblichen Kostenaufwand realisiert.

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, dies war ein kurzer Überblick über den Rechnungsabschluß 1989 und ich darf nun den Antrag zur Verlesung bringen.

11) Buch-7700/89

Rechnungsabschluß 1989.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Rechnungsabschluß der Stadt Steyr für das Finanzjahr 1989 wird mit Einnahmen und Ausgaben (Anordnungs-Soll) im ordentlichen Haushalt von

655.477.244,60

im außerordentlichen Haushalt von

124.180.026,38

somit insgesamt von

779.657.270,98

genehmigt.

Weiters wird die Bilanz der Stadtwerke für das Finanzjahr 1989 mit Aktiva und Passiva in Höhe von S 341.940.478,56 genehmigt.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für den Vortrag des Rechnungsabschlusses 1989 und möchte bei dieser Gelegenheit Herrn Vizebürgermeister Leithenmayr aber auch der Mag. Abt. II, unter der Leitung des Herrn Dr. Schmidl, herzlich für die Erstellung des Rechnungsabschlusses und für die Erstellung des umfassenden Rechnungswerkes danken.

Der Rechnungsabschluß steht zur Diskussion. Kollege Holub ist der erste Debattenredner.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Die budgetmäßige Jungfernrede des Kollegen Leithenmayr - Ehre wem Ehre gebührt - war informativ und gut zusammengefaßt. Ich glaube, ich kann mir ersparen, die Zahlen nachzubeten oder ein wenig anders komponiert noch einmal darzustellen. Im wesentlichen deckt sich meine Betrachtung des Rechnungsabschlusses mit der vorgetragenen Meinung. Natürlich möchte auch ich im Namen der ÖVP-Fraktion den mit der Erstellung des Zahlenwerkes befaßten Beamten herzlichen Dank sagen. Ich möchte auch ein Kompliment zum Antrag machen und zu der Form, wie der Antrag präsentiert wird. Die graphische Auflösung war ja ein Wunsch mehrerer Mandatare hier im Gemeinderat, eine bessere graphische Auflösung zu den tabellarischen Zahlenaufstellungen zu liefern. Das wurde teilweise erfüllt.

Kollege Leithenmayr hat heute einen Überblick mittelfristig über 5 - 10 Jahre gegeben. Die Zahlenbetrachtung ist mir nicht fremd, weil ich den hohen Gemeinderat der Stadt Steyr seit langen Jahren mit Zahlenbetrachtungen über längere Jahre hin zum Teil nerve, zum Teil langweile. Aber ich glaube, daß es absolut notwendig ist, langfristige Entwicklungstendenzen zu betrachten, weil man auch aus der Dynamik der Vergangenheit unter Einrechnung der Prognosen auf die Zukunft wohl schließen kann. Genau das ist ja - Kollege Leithenmayr hat ja auch einen allgemein wirtschaftspolitischen Ausblick getan - auch die allgemeine wirtschaftspolitische Situation in Österreich gewesen. Man kann nicht sagen, daß nachlässig budgetiert war, man kann sagen, daß vorsichtig budgetiert war und ich muß sagen, daß ich zu dieser Vorsicht stehe. Vorsicht ist besser als Nachsicht und kein Mensch konnte annehmen, daß sich die Wirtschaftswachstumswahlen in Österreich, im ganzen westlichen Land, dermaßen dynamisch entwickeln werden. Wenn man nur die Prognosenentwicklungen vom vergangenen Jahr sich vor Augen führt, so ist der Unterschied im Wirt-

schaftswachstum, in den Wirtschaftswachstumsprognosen, nicht mehr und nicht weniger als 30 Prozent in der Fehleinschätzung. Um mehr als 30 Prozent ist unsere Wirtschaft schneller gewachsen als die Erwartungen der Wirtschaftsgurus das am Jahresanfang 1989 vorausgesagt haben. Genau die gleiche Dynamik trifft noch immer auf das heurige Jahr zu und die Werte des Jahres 1989 ja schon einmal in der Zwischenbilanz aus dem Halbjahr jetzt vor kurzem in die erste Vierteljahrsberechnung mit eingerechnet wurden und die Grunddaten, die Eckdaten des laufenden Jahres schon wieder eine gewaltige Fehleinschätzung nach unten erwarten lassen. Wir haben also keinen Grund im Jahr 1989 zum Pessimismus, wohl aber jeden Grund zur Vorsicht. Das hat Kollege Leithenmayr als Finanzreferent der Stadt angedeutet. Ich bin sehr froh darüber, daß das antizyklische Budgetverhalten zum Leitbild des Finanzreferenten erhoben wurde. Ich empfehle nur dazu den alten Wunsch, die alte Forderung, doch wieder sich zu Herzen zu nehmen, daß man sich nur dann korrekt antizyklisch verhalten kann, wenn man einen Maßnahmen- und Prioritätenkatalog erstellt hat. Darum bettle, dränge, schimpfe ich schon seit vielen Jahren, bis jetzt außer Zustimmung kein weiterer Fortgang. Es wird sicher eine der vordringlichsten Aufgaben des Finanzreferenten sein, die Bemühungen um einen Prioritätenkatalog voranzutreiben. Ich kann nur versprechen, daß wir von der ÖVP-Fraktion bei der Erstellung des Prioritätenkataloges konstruktiv mitarbeiten wollen, weil ich glaube, daß ein umfangreiches Zielesetzen einer Kommune der Kooperation bedarf und nicht der Opposition. So wie wir halt grundsätzlich als ÖVP kooperativ sein wollen. Nur Kooperation heißt nicht zu allem Ja sagen, Kooperation heißt, dort mitgehen, wo der Weg richtig ist und kooperieren heißt, auch Wege aufzuzeigen und versuchen, daß sie mitgegangen werden. Es gelingt nicht immer, politische Mehrheiten sind vorhanden. Es ist nur manchmal befriedigend, daß aufgezeigte Wege im nachhinein auch von der Mehrheit mitgegangen werden, wenn auch mit Zeitverzögerung von 2 oder 3 Jahren, so daß man nicht ganz klar mehr die Handschrift der ursprünglichen Bittsteller oder Vorschläger erkennen kann.

Das ist ein Wesenszug der Demokratie, das ist einer der großen Nachteile der Demokratie. Aber Demokratie ist dennoch die beste aller Gesellschaftsformen, die man sich vorstellen kann. Ich glaube nur, daß Kommunalpolitik herzlich wenig Platz hat für Parteipolitik im allgemeinen. Wenn man an die Bewältigung der kommunalen Aufgaben herangeht, die vor uns

liegen - da komme ich wieder zurück zum Prioritätenkatalog - so hast du, Kollege Leithenmayr die großen Aufgaben, Kanal, Entsorgungssystem und Zentralaltersheim, Weiterentwicklung angeführt. Ich möchte den Katalog wirklich noch ergänzen. Im Anschluß an die Entwicklung im Zentralaltersheim sollte man begleitend nicht vergessen die sonstigen Sozialmaßnahmen, vor allen Dingen in der offenen sozialen Betreuung unserer Mitbürger. Also nicht nur in der Heimbetreuung, sondern vor allen Dingen auch in der offenen Betreuung, sei das jetzt Altenbetreuung, sei das jetzt Hauspflege, Hauskrankenpflege oder sei das auch die offene soziale Betreuung von sozial defekten Mitbürgern. Auch das ist eine Aufgabenstellung, die wir nicht vergessen dürfen.

Ein weiterer großer Punkt wird in der nächsten Zeit sein die Bewältigung der Verkehrsprobleme in der Stadt. Wir werden darangehen müssen, in zögernden Tapfern tut man es ja, den öffentlichen Verkehr zu verbessern. Man wird Prioritäten finden müssen, den Individualverkehr benachteiligen, den öffentlichen Verkehr begünstigen müssen. Ich möchte das so deutlich sagen, man kann nicht nur sagen, man will den öffentlichen Verkehr fördern, man muß den Gegenschluß auch öffentlich und offen sagen, und sich dafür vielleicht von jedem anderen hauen lassen, daß, wenn man den öffentlichen Verkehr fördert, daß dann der private Individualverkehr benachteiligt werden muß, weil sonst die Förderung sicherlich sinnlos ist. Auch hier wird es umfangreicher Konzepte bedürfen. Ich glaube nur, daß es nicht genügt, auf das Sticklerische Verkehrskonzept zu warten, sondern - nicht genügt, auf das Sticklersche Verkehrskonzept zu warten, sondern bereits jetzt sich Strukturen gedanklich vorzuentwickeln, wie der öffentliche Verkehr verbessert werden könnte. Das hätte nämlich den Vorteil, daß man die erdachten Strukturen dann nur mit dem Verkehrskonzept zum konkurrenz Decken bringen muß und dann sehr schnell zu konkreten Maßnahmen kommen kann. Ich glaube, das erwarten unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger von uns seit vielen Jahren. Es genügt absolut nicht, daß wir die Stadtwerke als finanzschwach bezeichnen, sondern es muß tatsächlich an ein Konzept für den öffentlichen Verkehr geschritten werden.

Haargenau das gleiche gilt für dem Wohnbau in unserer Stadt. Es genügt nicht, wenn wir uns alle 14 Tage gegenseitig im Gemeinderat der Stadt Steyr erklären, daß wir über 2.000 Wohnungssuchende haben, es genügt nicht, daß wir uns alle Monate im Gemeinderat dr

Stadt gegenseitig erklären, daß wir daran denken, die Altstadt wieder herzurichten und wohnenswert zu gestalten, sondern auch hier gilt es, Konzepte zu erarbeiten und auch diese in den Prioritätenkatalog an dem Stellenwert einzuordnen, den sie im Interesse der Bürger bedürfen. Nur so werden wir das Problem Wohnbau und Altbau mit einem Streich zugleich erledigen können.

Die Dynamik der Zahlen wurde dargestellt. Ich habe bis jetzt händische Aufzeichnungen geführt, im Zeitalter der EDV ist es sicherlich sehr wahrscheinlich, daß es elektronische Fortschreibungen der kommunalen Eckdaten und Detaildaten gibt. Ich möchte die Anregung machen, daß die einzelnen Fraktionen mit dieser Fortschreibung der Zahlen beteiligt werden, nicht weil man zu faul ist, die Arbeit selbst zu machen, sondern - wenn man sich ein wenig eingelese hat in den Haushalt der Stadt, wie ich das jetzt seit vielen Jahren tue, dann ist auch die händische Bearbeitung möglich. Es wäre nur eine Vermeidung von verschiedenen Interpretationsmöglichkeiten, wenn man allen Fraktionen im Gemeinderat das gleiche Zahlenformblatt zur Verfügung stellt, weil dann gemeinsam konzeptiv an die Zukunft geschritten werden könnte und damit Mißverständnisse vermieden werden. Das wäre meine Anregung an den Finanzreferenten der Stadt, daß man konstruktiv anhand der ohnehin vorhandenen Zahlen in die Zukunft gehen kann.

Vielleicht auch noch eine Anregung bei der Gelegenheit (es ist eine etwas andere Betrachtung des Rechnungsabschlusses, als Sie liebe Kolleginnen und Kollegen es bisher von mir gewohnt waren). Man müßte vielleicht auch daran denken, dem Finanz- und Rechtsausschuß, den sich der Gemeinderat ja gegeben hat, einen anderen zusätzlichen Inhalt zu geben. Es wäre auch eine Aufgabe für den Finanz- und Rechtsausschuß, daß er sich mit den Zahlen, die ja da sind, mit den Prognosen, die ja da sind, auseinandersetzt, wenn er seinen Namen wieder verdienen will. Im Finanz- und Rechtsausschuß ist es ja wirklich Brauch geworden, nur die Tagesordnung des Gemeinderates im Grunde genommen noch einmal zur Kenntnis zu nehmen und dann abzuwarten, bis der Gemeinderat ist. Ich glaube, das ist nicht Aufgabe eines Ausschusses. Wir wollen - das ist die Meinung der ÖVP-Fraktion und ich weiß, daß es nicht nur die Meinung der ÖVP-Fraktion ist - dem Finanz- und Rechtsausschuß in der Stadt Steyr wieder eine Arbeitsaufgabe geben. Nicht nur eine Sitzungsaufgabe, sondern eine Arbeitsaufgabe und diese Arbeitsaufgabe ist die Bewältigung der zahlenmäßigen Gegenwart. Vielleicht sogar -

mag sein, daß es eine Utopie ist - die kollegiale Erarbeitung der Schritte in die Zukunft in diesem Ausschuß. Das demokratische Ziel sollte es jedenfalls sein. Die Zahlendaten sind ausreichend von Kollegen Leithenmayr kommentiert worden. Auch er hat die Konsequenzen aus der Wirtschaftsentwicklung auf das Steueraufkommen der Stadt abgeleitet. Er hat sogar unserem Freund Willi Spöck Freude bereitet, indem er gesagt hat, daß die Finanzämter auch für die Kommunen notwendig sind. Willi Spöck wäre schon fast in die Verlegenheit gekommen, weil er sich so gefreut hat, den ersten Steyrer Fenstersturz zu absolvieren, weil des einen Freud des anderen Leid ist. Erfolgreiche Finanzämter sind nicht immer die absolute Freude der Bürger. Die Rücklagenentwicklung dennoch ist ein Auswuchs der Tätigkeit der Finanzbehörden, denn ohne die tätigen Finanzbehörden wäre eben die Rücklagenbildung nicht möglich gewesen. Wenn man pessimistisch darstellen wollte, so könnte man sagen, die Rücklagen sind gesunken im Vergleich 1988 zu 1989. Dieses Sinken der Rücklagen ist aber bei realistischer Betrachtung tatsächlich kein Nachteil, weil ja damit die Mehrverschuldung vermieden wurde. Das möchte ich auch ganz deutlich sagen, das ist sicherlich eine gute Budgetpolitik gewesen im Jahr 1989, die wir hier in diesem Rechnungsabschluß dokumentiert sehen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, es ist ganz schön Schmalz auf das Brot gekommen im Jahr 1988 und im Jahr 1989. Eine Lage wird wahrscheinlich im Jahr 1990 noch dazukommen, die Wahrscheinlichkeit ist sogar sehr groß. Überessen wir uns nicht an diesem wohlgestrichenen Schmalzbrot. Der Aufruf zur antizyklischen Budgetpolitik, der Aufruf zur antizyklischen Ausgabenpolitik soll gerade in diesem Zusammenhang noch einmal verstanden werden. Wenn wir uns diese finanziellen Ressourcen, diese finanziellen Reserven für die Zukunft besser verteilen und bei der Verteilung gleich die Prioritäten mitdefinieren, wenn wir alle Finanzierungswege sorgsam nach der Zweckmäßigkeit - nicht nach der Optik - sondern tatsächlich nach der Zweckmäßigkeit durchdiskutieren, dann glaube ich, brauchen wir nicht mit Sorge vor unsere Bürger hintreten, die uns in diesen Gemeinderat gestellt haben oder gesetzt haben, sondern mit dem ehrlichen Gefühl, daß wir verantwortlich mit unserer Aufgabe und auch mit dem Geld, das die Steuerzahler gezahlt haben, umgehen. Die Zustimmung der ÖVP-Fraktion zum Rechnungsabschluß möchte ich ausdrücken. Das bedeutet natürlich keineswegs, daß wir im

nachhinein jene Punkte sanktionieren, die wir bei der Beschlußfassung nicht mitgetragen haben. Ich möchte eine Ausnahme machen, ich möchte sagen, daß wir uns zur Stadtwerkebilanz der Stimme enthalten wollen, weil die Kapitalsituation der Stadtwerke in jeder Hinsicht nicht befriedigend gelöst wurde. Ich möchte noch einmal den Gemeinderat daran erinnern, daß der Eigentümer eine Verpflichtung zur Kapitalausstattung seiner Unternehmungen hat. Diese Tatsache wurde sehr sehr oft gefordert, auch in großen Betrieben der Stadt, auch in dem großen Betrieb, aus dem Du, Kollege Leithenmayr und viele der Gemeinderatskollegen, kommt. Die Personalvertreter haben immer die Eigentümer daran erinnert, daß der Eigentümer Kapitalverantwortung hat für das Unternehmen. Die Personalvertreter haben immer daran erinnert, daß ein Unternehmen, das nicht ausreichend kapitalisiert ist, die Mitarbeiter in unverschuldete Schwierigkeiten bringt. Ich erinnere den hohen Gemeinderat, in Kosequenz dieser Erinnerung in der Personalvertretung der Steyr-Werke, an die Verpflichtung, die der Gemeinderat hat vor dem Kapital seiner Unternehmungen. Nur dann, wenn der Gemeinderat endlich einmal das Herz haben wird, bedingungslos Kapital an die Stadtwerke zuzuführen, können die Stadtwerke wieder eine Bilanz erstellen, die auch nach allgemeingültigen Wirtschaftsgrundsätzen zum Herzeigen sein könnte. Ich weiß schon, daß ich im Vorjahr den starken Ausdruck geprägt habe, die Stadtwerke sind konkursreif mit der Einschränkung, sie wären es, wenn sie ein privater Betrieb ohne die Finanzoberhoheit der Stadt wären. Bei der Aussage, glaube ich, kann mir wirklich niemand widersprechen, daher müssen wir bitte darangehen, die Stadtwerke besser zu kapitalisieren. Wir werden heute noch einen Tagesordnungspunkt haben, wo ein Fehlweg gegangen wird bei der Kapitalbedeckung der Stadtwerke. Es kann das Unternehmen - ich erinnere wieder an die Steyr-Werke - das teuer produziert sich nicht dadurch sanieren, daß es noch teurer wird. Punkt, Ende, aus. Unter diesem Gesichtspunkt muß man auch die kommenden Beschlüsse noch einmal überlegen. Zusammenfassend noch einmal ein Ja zum Rechnungsabschluß mit der Enthaltung - es ist ein Antrag, ich weiß, das geht daher nicht - aber mit dem Ausdruck, daß wir die Bilanz der Stadtwerke mit Stimmenthaltung zur Kenntnis nehmen. Noch einmal den Dank an den Rechnungsdirektor und an seine Mitarbeiter für die gute Arbeit und die Bitte an den Finanzreferenten um eine Ermöglichung einer gedeihlichen Kooperation. Zusammenarbeit ist nicht

Einbahnstraße, Zusammenarbeit ist offener Weg.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Nächster ist Kollege Oskar Holub.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Ich bin noch nicht so lange im Gemeinderat, ich habe gar nicht gewußt, daß man zum Rechnungsabschluß alle Themen so schön anreißen kann. Ich werde aber trotzdem nicht alles anreißen, sondern nur zwei Sachen herausgreifen. Zuerst möchte ich mich auch bedanken, daß die grafische Darstellung einfach besser geworden ist und das Ganze leichter lesbar ist. Zweitens, Herr Vizebürgermeister Leithenmayr hat unter anderem erwähnt die baulichen, die im Zentralaltersheim getroffen wurden. Das ist an sich positiv, falls sich nicht einmal herausstellen wird, daß das Zentralaltersheim in dieser Form überhaupt veraltet ist und das Altersheim in ein eigenes Altersheim gehört, nämlich daß in den einzelnen Stadtteilen kleinere Altenhäuser oder Altenheime errichtet werden.

Was aber glaube ich wesentlich ist, daß neben diesen baulichen Maßnahmen an soziale Maßnahmen gedacht werden soll und da fällt mir doch immer wieder auf, daß zwar hier im Gemeinderat wir regelmäßig beschließen neue Küchenumbauten, Einrichtungen etc., aber daß es bisher noch nicht gelungen ist, Sozialarbeiterinnen oder Sozialarbeiter, Animatoren, Erbetheapeuten etc. im Altersheim unterzubringen und anzustellen. Ich glaube, das sollte nicht an den Kosten scheitern, ich glaube, die alten Leute sollten uns auch in Steyr etwas mehr wert sein.

Zu einem anderen Thema, und zwar betreffend die sogenannten Randgruppen. Wir haben vor längerer Zeit Streetworker gefordert für Randgruppen, wie Neonazis, Drogenabhängige etc. Hier möchte ich nur ein Beispiel erwähnen. Am Stadtfest am Sonntag hat es entgegen den Berichten in den Medien, wo steht, daß es am Stadtfest zu keinen besonderen Exzessen gekommen ist, zu keinen schweren Unfällen, - diese doch gegeben. Es hat eine Gruppe von Neonazis, sogenannten Skins, einen Inder niedergeprügelt, hat ihn niedergeschlagen, daß er mit dem Kopf aufgeschlagen ist, hat ihn gewürgt, mit Füßen getreten. Er ist schwerverletzt in das Krankenhaus eingeliefert worden und ist erst heute aus dem Krankenhaus entlassen worden. Die Polizei hat es nicht der Mühe wert gefunden, die Täter festzunehmen, hat es nicht der Mühe wert gefunden, die Presse zu informieren. Hier kommt schon eine Tendenz zur Geltung, wo ich meine, daß es dringend notwendig wäre,

Aufklärung seitens der Stadt zu unternehmen und andererseits Streetworker einzusetzen, um mit diesen Gruppen auf eine Art Gespräche zu führen, wo eine Verhaltensänderung möglich ist. Ich glaube, das wäre dringend notwendig und die Stadt kann nicht mehr länger sagen, diese Gruppen gibt es nicht. Es werden immer mehr. Ich kann nur sagen, ich bin nach diesem Vorfall erst später dazugekommen, da sind diese Jugendlichen dort gestanden, ein Teil dieser Mittäter, die Polizei hat mir auf Anfrage gesagt, da können wir nichts machen, wir kennen diese Leute sowieso alle, die sind alle registriert. Aber die Personalien aufzunehmen hat keinen Sinn. Ich denke, da sollten wir wirklich etwas tun. Ein wesentlicher Beitrag wäre auch in Richtung Ausländerfeindlichkeit etwas zu machen. Ich finde es sehr schade, daß neben der FPÖ - in wohlbekannter Manier von Haider - auch die SPÖ mit Czap und Mauritius sehr ungute Erklärungen abgegeben hat. Ich glaube, es erscheint in diesem Licht dringend notwendig, auch in Steyr zumindest eine Solidarität insofern zu bekunden, daß man zumindest einige Flüchtlingsfamilien auch in Steyr aufnimmt. Ich bin nicht der Meinung des sehr geehrten Herrn Bürgermeisters, ich bin mir zwar bewußt, daß Steyr Probleme hat mit Wohnungen, aber ich glaube, daß es möglich wäre, zumindest Solidarität zu bekunden und 2, 3, 4 oder 5 Familien in Steyr irgendwo unterzubringen. Ich glaube, man braucht nicht mehr sagen, es handelt sich hier bei den Rumänen um Wirtschaftsflüchtlinge, wie gerade die letzten Ereignisse in Rumänien zeigen. Ich wünsche mir und verlange das seitens der GAL ganz unmißverständlich und sehr heftig, daß die Stadt darauf entsprechend reagiert.

Zu anderen Themen, weil die Brücken im Wehrgraben zitiert wurden, da ist auch der berühmte Gsangsteg darunter, der mittlerweile auch in der SP-Fraktion als nicht sonderlich attraktiv erkannt wird. Im Zusammenhang damit geht es mir vor allem um die Betonung der Frage Gestaltungsbeirat. Es ist uns immer wieder versprochen worden, daß der Gestaltungsbeirat in den nächsten Wochen zusammentritt. Das war allerdings im Februar oder März, in der Zwischenzeit hat er sich noch immer nicht der Öffentlichkeit vorgestellt. Es wird in Steyr munter darauf losgebaut, es werden Wohnprojekte geplant und sind teilweise schon im Ansatz errichtet. Man findet es nicht der Mühe wert, den Gestaltungsbeirat damit zu beschäftigen. Ich stelle die Frage an die verantwortlichen Politiker, wir können ja nur beratend tätig sein und nicht mitbestimmen, warum ist dem so, warum ist der Gestaltungsbeirat errichtet worden, warum trifft er nicht zusammen? Da kann ich nur Vizebürgermeister Holub un-

terstützen, im Bereich Planung ist es dringendst notwendig - nicht nur im Bereich Verkehr - und auch im Bereich Flächenwidmung, Natur, Erholungsräume, im Bereich Verbauung, Industrieaufschließung, vorzeitig Konzepte zu entwickeln und zuerst zu planen und dann umzusetzen, und alle notwendigen und möglichen Instrumentarien einzuschalten. Es gibt ja solche genug oder zumindest in den meisten Bereichen, nur werden sie nicht eingesetzt.

Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Ich möchte nur ganz kurz Stellung nehmen zur Stadtfestsituation. Ich habe mich selbst bei der Polizei erkundigt, ich war mehrmals im Wachzimmer Rathaus. Mir haben die dort diensthabenden Sicherheitskräfte gesagt, daß es von den Vorkommnissen her eines der ruhigsten Stadtfeste der letzten Jahre war. Ich habe das jetzt das erste Mal gehört. Ich bin dankbar für den Hinweis, weil dem wird von mir nachgegangen. Wir haben immer ein Abschlußgespräch mit allen Verantwortlichen, da ist die Polizei selbstverständlich auch dabei, und da werde ich auf dieses Problem besonders hinweisen.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Nebenbei bemerkt gab es auch noch Leute mit Nasenbeinbrüchen, die in das Krankenhaus eingeliefert wurden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Das habe ich das erste Mal gehört, ich kann nicht mehr dazu sagen.

Zum Gestaltungsbeirat möchte ich kurz sagen, wir haben vor, bedeutende Bauwerke in Steyr vom Gestaltungsbeirat beurteilen zu lassen. Das ist die Aufgabe. Derzeit ist ein solches Bauwerk nicht in Arbeit und nur zur Konstituierung den Gestaltungsbeirat einzuladen, finde ich nicht sehr sinnvoll. Er wird Arbeit genug in der nächsten Zeit bekommen, das darf ich sagen. So ist es ja nicht, aber wir wollen wirklich maßgebliche Bauvorhaben, die auf das Stadtbild Einfluß haben, von diesem Gestaltungsbeirat beurteilen lassen. Derzeit sind einige Projekte in Ausarbeitung, wenn die fertig sind, wird dieser Beirat einberufen. Wir haben auch den Mitgliedern dieses Beirates das schriftlich mitgeteilt. Das war eine kurze Zwischenmitteilung.

Wünscht zum Rechnungsabschluß noch jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Meine Damen und Herren, eine ganz kurze Schlußbetrachtung. Vorerst ein herzliches Dankeschön an die beiden Vorredner, Vizebürgermeister und Gemeinderat Holub, für die Darstellung, für die grafische Darstellung und Aufarbeitung und das Zahlenwerk, daß das so positiv beurteilt wurde. Das freut sicher die Mitarbeiter der Magistratsabteilung II. Ich freue mich auch darüber, daß sichtliche Übereinstimmung herrscht, was antizyklische Wirtschaftspolitik anbelangt. Es ist also jedenfalls meine Überzeugung, daß das richtig ist und wir werden uns danach ausrichten. Ich glaube, daß es wirklich zweckmäßig ist, einen Prioritätenkatalog zu erstellen. Man kann - da pflichte ich auch bei - die Mittel kurzfristig in einer Rezensionsphase, wenn man sie hat und das wollen wir hoffen, daß wir sie haben, durch Rücklagenerstellung einsetzen, wenn man fertige Projekte hat. Das heißt also, wir müssen die Projekte uns zulegen, wir müssen Prioritäten setzen und in dieser Weise, glaube ich, sollten wir vorgehen. Es ist notwendig, in vielerlei Bereichen klare Vorstellungen bei uns zu gewinnen, es wird sicher auch über die Themen, die auch von allen Fraktionen hier gleichermaßen besetzt werden, keine allzu großen Auseinandersetzungen geben. Es ist vieles bereits in Angriff genommen, wenn ich nur die Altenbetreuung sehe außerhalb des Altersheimes. Das ist ja angesprochen worden, da wurden in der Vergangenheit große zentrale Einrichtungen in dieser Art geschaffen. Mittlerweile ist der Zeitgeist fortgeschritten und es gibt da andere Überlegungen, wir können aus den Strukturen nicht so einfach heraus und wir sollten uns das auch eingestehen. Aber es ist gut und richtig, wenn wir mit den heutigen Möglichkeiten die Menschen länger in ihrer gewohnten Umgebung lassen. Das wird für alle Beteiligten angenehmer und für uns auch billiger sein. In jedem Fall gibt es dafür Ansätze. Aber wir werden auch die Struktur unseres bestehenden Altersheimes überdenken müssen, es gibt hier schon die Erkenntnisse, daß wir im Pflegebereich große Probleme nach wie vor haben und wir mehr Nachfragen haben als wir befriedigen können. Frau Stadtrat Ehrenhuber könnte davon ein Lied singen, sie ist wöchentlich mehrmals mit solchen schwierigen Fällen, die einer sofortigen Lösung bedürfen, konfrontiert. Vielleicht kann man etwas mehr Raum schaffen, wenn man im offenen Bereich auch neue Aktivitäten setzt. Ansätze dafür sind vorhanden. Selbstverständlich ist der Verkehr ein äußerst wichtiges Thema für die Stadt. Der Bürgermeister hat in seiner Berichterstattung am Beginn der Sitzung auf die Bemühungen hingewiesen, die

wir über die Stadt hinausgehend auf Landesebene, auf Bundesebene entwickeln, und hier im Bereich Verkehr großräumige Umfahrungen planen, Nordspange z. B., aber auch im Bezug auf den ruhenden Verkehr müssen wir Lösungen finden und wir suchen solche. Selbstverständlich ist der Wohnbau ein zentrales Thema, das uns sehr bedrückt und auch hier ist es so, daß natürlich etwas geschieht und wir schon in der letzten Zeit mit den beiden zuletzt durchbesprochenen Projekten neue Wege gehen, eigenes Geld in die Hand nehmen, um hier etwas voranzubringen. In diesem Bereich hat der Bürgermeister von den Bemühungen geredet, zusätzlichen Grund anzukaufen. Wir haben uns gerade diese Woche bemüht, wir haben gleichzeitig hier schon den zuständigen Landesrat Habringer informiert über dieses neuerliche Vorhaben der Stadt. Es ist hier ein großes und weites Betätigungsfeld für uns gegeben. Im Bereich der Umwelt ist es notwendig, neue Maßstäbe zu setzen, wir haben hier die Nase ziemlich weit vorne. Aber das ist auch eines der Projekte, die in den Prioritätenkatalog sicher hinein müssen. Ich glaube, wenn wir in dieser Weise vorgehen, werden wir sicherlich auch Möglichkeiten finden, das Vorgehen abzustimmen, um für die Stadt und ihre Bewohner das beste zu tun. Wir werden uns auch nicht verschließen, wenn hier im Zuge der Verhandlungen über die Quoten, die in den Bundesländern unterzubringen sind von Asylwerbern, wenn hier Steyr auch aufgerufen wird. Das war immer unsere Meinung, daß wir uns hier auch kooperativ zeigen werden.

Zu Gemeinderat Holub möchte ich bemerken, daß ich berichtet habe, weil er gesagt hat, die Alten sollten uns viel wert sein, sie sind uns viel wert. 22 Millionen Investitionen baulicher Natur in den letzten 10 Jahren und jährlich ein Abgang für das Budget von 25 Millionen, einen laufenden, den man hinzurechnen muß. Das zeigt, daß wir diese Aufgabe sehr ernst nehmen.

Den Gestaltungsbeirat hat der Herr Bürgermeister angesprochen. Konkrete große Projekte, die das Stadtbild prägen, die von einer großen funktionalen Bedeutung für die Zukunft sind, die sollten von diesem Beirat, der übrigens auch nicht geringe Kosten verursachen wird, wenn ich mir die Besetzung anschau. Das ist keine Gelegenheit, die man nur für Zusammenkünfte anberaumen sollte, sondern hier sollte es konkrete Projekte zur Bearbeitung geben. Einige dieser Projekte stehen wahrscheinlich unmittelbar bevor und werden Gegenstand dieses Prioritätenkataloges sein. Ich glaube, damit habe ich die meisten angeschnittenen Probleme noch einmal behandelt

und ich bitte neuerlich, diesem Rechnungsabschluß die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke auch für das Schlußwort ist. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Ich darf noch darauf hinweisen, daß aufgrund der Bestimmungen die Abstimmung in einem zu erfolgen hat. Selbstverständlich wird die Anmerkung der Österr. Volkspartei protokollarisch entsprechend festzuhalten sind. Das ist eine Selbstverständlichkeit.

Wer ist für den Antrag? Danke. Ist jemand gegen diesen Antrag? Ubt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag ist mit 1 Stimmenthaltung (GAL) angenommen.

Ich bitte um den nächsten Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Der nächste Antrag sieht eine Subvention an die Franz Hartlauer GesmbH vor. Die Fa. Hartlauer hat das Gerichtsgebäude, Stadtplatz 13, erworben, baut dieses Objekt nunmehr um, wird es zum Teil in Geschäftslokale umwandeln und wird gleichzeitig eine Passage errichten vom Stadtplatz zum Ennskai. Diese Passage soll nicht nur den Kunden, sondern allen Bewohner und Besuchern der Stadt auch außerhalb der Geschäftszeiten zur Verfügung stehen wird. Zur Sicherung dieses Durchgangsrechtes hat die Stadt das grundbücherlich sicherzustellende Gehrecht in Form einer Dienstbarkeit einzuräumen und daher wird diese Subvention gewährt. Der Antrag lautet:

12) Ha-3426/90

Gewährung einer Subvention an die Franz Hartlauer GesmbH.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes wird der Franz Hartlauer GesmbH eine Subvention in Höhe von S 1.500.000,- zur Gestaltung der Innenfassade am Objekt Stadtplatz 13 gewährt. Die hiefür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 1.500.000,-

(eine Million fünfhunderttausend)

werden bei VA-St. 5/3630/776000.2 als Kreditüberschreitung bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht jemand dazu zu sprechen? Das ist nicht der Fall und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dafür sind? Danke. Gegenprobe? Danke. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Der nächste Antrag betrifft die Erweiterung der Tarifordnung für den Stadtsaal Steyr.

- 13) Pol-5864/84
Erweiterung der Tarifordnung für den Stadtsaal Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschlüssen des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 26. 6. 1980 und 29. 11. 1984 wurde die derzeit gültige Tarifordnung für den Stadtsaal Steyr erlassen. Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 5. 6. 1990 wird nunmehr diese Tarifordnung für den Stadtsaal Steyr wie folgt erweitert:

Dem Punkt C wird ein fünfter Absatz angefügt, der folgend zu lauten hat:

"Bei Inanspruchnahme des Konzertflügels ist der Betrag von S 500,- (fünfhundert) zu entrichten."

Diese Neuregelung tritt mit Ablauf des Tages der Beschlußfassung durch den Gemeinderat der Stadt Steyr in Kraft.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand das Wort? Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es eine Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Im nächsten Antrag geht es um das Rote Kreuz, und zwar um den Rettungsbeitrag.

Mit Verordnung der OÖ. Landesregierung vom 26. 3. 1990 über die Höhe des Rettungsbeitrages, LGBl. Nr. 23/1990, wurde die Höhe des Rettungsbeitrages für das Jahr 1990 mit S 16,70 je Einwohner der Gemeinde festgesetzt. Entsprechend dieser Verordnung ist daher der von der Stadt Steyr zu leistende Rettungsbeitrag unter Zugrundelegung dieser Kopfquote von S 16,70 je Einwohner zu berechnen, wobei die Zahlen der letzten Volkszählung heranzuziehen sind. Nach dem Volkszählungsergebnis von 1981 weist die Stadt eine Einwohnerzahl von 38.942 auf. Der errechnete Rettungsbeitrag für 1990 beträgt daher S 650.331,40. Dieser Betrag ist in zwei gleichen Teilen am 1. 4. und 1. 10. eines jeden Jahres zur Anweisung zu bringen.

- 14) SanR-6412/87
Rotes Kreuz; Rettungsbeitrag.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 31. Mai 1990 wird dem Österr. Roten Kreuz, Landesverband Oberösterreich, für das Jahr 1990 entsprechend dem OÖ. Rettungsgesetz der zu entrichtende Rettungsbeitrag in Höhe von S 650.331,40 in Form einer Subvention gewährt. Dieser Betrag ist in zwei gleichen Teilen zu S 325.165,70 zum einen Teil unmittelbar nach Beschlußfassung und zum anderen Teil am 1. 10. 1990 an den Landesverband Oberösterreich des Österr. Roten Kreuzes auszus zahlen.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von S 465.300,-

(vierhundertfünfundsechzigtausenddreihundert)

bei VSt 1/5300/757000.2 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 185.00,-

(einhundertfünfundachtzigtausend)

bei der gleichen VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch allgemeine Deckungsmittel zu erfolgen.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmig beschlossen. Ich danke für die Berichte und bitte nun Frau Stadtrat Ehrenhuber um ihre Berichte.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Werte Herren Bürgermeister, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen drei Anträge zur Beschlußfassung vorlegen, wobei meine beiden ersten Anträge die Vergabe von Lieferungen und Leistungen im Zusammenhang mit der Küchenerneuerung im ZAH.

Der erste Antrag des Stadtsenates lautet:

- 15) Bau5-4177/86
ZAH-Küchenerneuerung; Vergabe von Lieferungen und Leistungen (Adaptierung der Kühlräume bzw. Neuschaffung einer Tiefkühlzelle).

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 1. 6. 1990 wird im Zusammenhang mit der Küchenerneuerung im ZAH der Adaptierung der Kühlräume bzw. der Neuschaffung einer Tiefkühlzelle durch die Fa. Löttsch, Steyr, zum Anbotpreis von netto S 468.000,- zugestimmt. Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 469.000,-

(vierhundertneunundsechzigtausend)
bei der VSt 5/4200/043020.8 genehmigt.
Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.
Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich darf um ein Zeichen mit der Hand bitten, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegen den Antrag? Danke. Stimmenthaltung? Einstimmig beschlossen.

STADTRAT INGRID EHREHUBER:
Bei meinem zweiten Antrag geht es um

- 16) Bau5-4177/86
Küchenerneuerung ZAH Steyr;
Vergabe von Leistungen
(Schlosser-, Tischler-,
Kunststein- und Spengler-
arbeiten); Mittelfreigabe und
Kreditüberschreitung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 11. 6. 1990 wird im Zusammenhang mit der Fortführung der Arbeiten in der Zentralküche des ZAH Steyr der Vergabe nachstehender Aufträge zugestimmt:

1. Schlosserarbeiten (Brandabschlüsse, Toranlagen) Fa. Weichselbaumer, Steyr,
netto S 304.913,-
2. Tischlerarbeiten (Innentüren) Fa. Hackl, Steyr,
netto S 36.130,-
3. Kunststeinarbeiten (für Flurbereiche) Fa. Lachner, Steyr
netto S 90.800,-
4. Spenglerarbeiten (Hohlkehle für Fußbodenanschluß) Fa. Wittner, Steyr
netto S 74.000,-

Zum genannten Zweck wird einschließlich eines Betrages von S 40.000,- für Leistungen, welche mittels Bestellschein beauftragt werden, eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 546.000,-

(fünfhundertsechsvierzigtausend)
bei der VA-Stelle 6/4200/010300.3 bewilligt.
Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.
Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wortmeldungen zu diesem Antrag? Es liegen keine vor. Gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmig beschlossen.

STADTRAT INGRID EHREHUBER:
Aufgrund der bevorstehenden Novellierung des öb. Kindergarten- und Hortegesetzes, aber auch um der Nachfrage und dem Wunsch der Steyrer Elternschaft nach Halbtagsgruppen Rechnung zu tragen, wird vorgeschlagen, in einigen städtischen Kindergärten schwerpunktmäßig Halbtagsgruppen einzurichten. Diesbezüglich vorgesehen werden die Kindergärten Gleink, Taschfried, Promenade, Arbeiter- und Leharstraße.
Der Antrag des Stadtsenates lautet:

17) JW-3620/90

Einrichtung von Halbtagsgruppen in einigen städtischen Kindergärten, Festsetzung eines Halbtagsstarifes.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA V vom 11. 6. 1990 werden im Zusammenhang mit der Einrichtung und dem Betrieb von Halbtagsgruppen im Rahmen der städtischen Kindergärten die zuletzt mit Gemeinderatsbeschlüssen vom 12. 3. 1973, 14. 6. 1977 und 9. 6. 1988 festgesetzten Elternbeiträge wie folgt ergänzt:

- 1) Für den Besuch der Halbtagsgruppen wird der Elternbeitrag mit einem Betrag von 70 Prozent es jeweils zur Anwendung kommenden Ganztagsstarifes festgesetzt.
- 2) Die sonstigen Bestimmungen der zitierten Beschlüsse des Gemeinderates über die Vorschreibung und Einhebung der Beiträge finden auf den Halbtagsstarif Anwendung.
- 3) Dieser beschluß tritt mit Wirkung vom 3. 9. 1990 in Kraft.

Ich bitte auch hier um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Kollege Spöck hat sich zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:
Ich habe bereits, werter Präsidium, werter Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, in der letzten Sitzung des Gemeinderates darauf hingewiesen, daß mit der Einrichtung von Halbtagsgruppen in den Kindergärten Gleink, Taschfried, Promenade, Arbeiterstraße und Leharstraße endlich zu rechnen ist. Wie richtig und wichtig die Einrichtung von Halbtagsgruppen ist, - ich habe in den vergangenen Jahren immer wieder von einem Schnuppertarif für

Kindergartenanfänger gesprochen, da ja gerade diese Gruppe den Kindergarten entweder nur vormittags, nachmittags oder gar nur stundenweise besucht. Wie wichtig dieser Schnuppertarif ist zeigt, daß ich ohne den Wechselbetrieb in der Dieselstraße, also ohne den 67 Halbtagskindergarten-Kindern im Resthof sich bereits 157 Kinder für den Halbtagsbesuch angemeldet haben bzw. angemeldet worden sind.

Da nun diese berechnete Forderung erfüllt worden ist, sehr geehrte Frau Stadtrat Ehrenhuber, wie schaut es aus mit der Staffelung der Kindergartentariife?

Ich darf nochmals in Erinnerung rufen - ich habe das bereits betont bei der letzten GR-Sitzung - von derzeit insgesamt 992 Kindern zahlen 723, das sind rund 73 Prozent, den Höchstbeitrag von S 700,- plus S 20,- für Spiel- und Beschäftigungsmaterial monatlich bei einer Bemessungsgrundlage von S 12.000,-. Eine breitere Staffelung wäre auch hier sicherlich wünschenswert und auch unumgänglich. Lenken Sie hier bitte ein, sehr geehrte Frau Stadtrat Ehrenhuber, dann bin ich ganz zufrieden im Interesse der Steyrer Familien. Ich sehe nicht ein, daß jemand, der S 12.000 oder S 13.000 verdient, S 700,- bezahlen muß und wenn jemand S 20.000,-, S 30.000,- oder mehr verdient, ebenso nur S 700,-. Hier wäre sicherlich eine breitere Staffelung angebracht.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. wünscht noch jemand das Wort zu diesem Antrag? Ich bitte die Referentin um das Schlußwort.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:
Die Gebühren des Kindergartens wurden beschlossen, bei meinem heutigen Antrag geht es um die Beschlußfassung der Gebühren für den Halbtagsbesuch. Ich bitte Sie in diesem Sinne, dem vorgeschlagenen Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.
Ich danke für die Berichte. Nächster Berichterstatter ist Stadtrat Sablik.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLİK:
Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe Ihnen drei Anträge vorzulegen.
Der erste betrifft:

18) F-395/73
Aktion "Essen auf Rädern";
Entgelt für Zustellpersonal;
Regulierung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsabteilung V vom 8. Mai 1990 wird mit Wirkung vom 1. Mai 1990 das im Punkt VI des Werkvertrages zwischen der österr. Gesellschaft vom Roten Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt und der Stadt Steyr im Rahmen der Aktion "Essen auf Rädern" vereinbarte entgelt von je S 150,- auf je S 195,- (in Worten Schilling einhundertfünfundneunzig) erhöht.
Gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLİK:
Weiters ersuche ich Sie um Genehmigung folgenden Antrages:

19) Bau6-552/88
Straßenbau Fischhub im Zuge der Kanalisation; Antrag auf Auftragserweiterung und Mittelfreigabe für den Ausbau des Fischhubweges.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Mit Beschluß des Gemeinderates vom 14. 4. 1988 wurden im Zusammenhang mit der Errichtung der Kanalisation Fischhub - Plenkberg die hierfür erforderlichen Aufträge an die ARGE Kanal Fischhub - Plenkberg, Fa. Beer & Janischofsky und Fa. Negrelli, zum Preise von S 13m,786.787,60 oM für den Kanalbau, von S 2,453.000,- iM für den Straßenbau und S 248.140,- iM für die Beleuchtung, vergeben.
Mit GR-Beschluß vom 22. 3. 1990 wurde aufgrund von Trassenverschiebungen einer Auftragserweiterung für die Errichtung der NS 17, 18 samt zugehörigem Straßenbau, an die ARGE Kanal Fischhub, Steyr, zum Preise von S 2,100.000,- eM für den Kanalbau und S 500.000,- iM für den Straßenbau, zugestimmt. Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 8. 5. 1990 wird nunmehr im Zusammenhang mit dem Ausbau des Fischhubweges der Vergabe nachstehender Arbeiten an die Fa. Negrelli, Steyr, in Form

einer Auftragsverlängerung, zugestimmt:
Straßenbauarbeiten

S 845.491,44 iM.

Beleuchtungsarbeiten S 29.000,-- iM.
Gleichzeitig wird der Auftrag zur Lieferung von
Leistensteinen an die Fa. Poschacher, St. Ge-
orgen a. d. Gusen, zum Anbotpreis von S
72.,912,- iM. vergeben.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Aus-
maß von

S 500.000,-- (fünfhunderttau-
send)

bei der VA-Stelle 5/6120/002050.2 freigege-
ben sowie eine Kreditüberschreitung im Aus-
maß von

S 447.400,-

(vierhundertsechszehntausendvier-
hundert)

bei der gleichen VA-Stelle bewilligt. Die Dek-
kung dieser Kreditüberschreitung hat durch
Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der
Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes
für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug
dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wortmeldungen dazu? Das ist nicht der Fall.
Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist
so beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLİK:

Mein letzter Antrag behandelt die Anschaffung
eines modernen Salzstreugerätes mit den
notwendigen Zusatzeinrichtungen.

20) ÖAG-4076/90

Städt. Wi-Hof

Ankauf eines Feuchtsalz-
streugerätes, einer Soleauf-
bereitungsanlage und eines
Salzsilos.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der MA VII vom
11. 6. 1990 wird im Zusammenhang mit dem
Ankauf eines Feuchtsalzstreugerätes, einer
Soleaufbereitungsanlage und eines Salzsilos
nachstehenden Auftragsvergaben zuge-
stimmt:

1. Feuchtsalzstreugerät: Fa. Toni Kahlbacher,
Kitzbühl, S 503.643,17 iM.

2. Soleaufbereitungsanlage: Fa. Rudolf Mit-
tendorfer, Vöcklabruck S 234.000,-- iM.

3. Salzsilos: Fa. Rudolf Mittendorfer, Vöckla-
bruck S 686.400,-- iM.

Gesamterfordernis S 1.424.043,17

Zum genannten Zweck werden Mittel in Höhe
von

S 1.425.000,--

(eine Million vierhundertfünfundzwanzigtau-

send)

bei der VA-Stelle 6/8200/020000.3 freigege-
ben.

Ich ersuche um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wortmeldungen dazu? Keine. Gibt es Gegen-
stimmen? Stimmenthaltungen? Der Antrag ist
so beschlossen.

Ich danke Kollegen Sablik für seinen Beitrag.
Nächster Berichterstatter ist Kollege Schloß-
gangl.

**BERICHTERSTATTER STADTRAT ING.
OTHMAR SCHLOSSGANGL:**

Werte Kollegen des Gemeinderates. Bei mei-
nem ersten Antrag geht es um die Kanalisation
Tabor-Taschfried.

21) Bau6-647/88

Kanalisation Tabor-Taschl-
ried; NS A2 - 1. Teil - Steil-
strecke; Vergabe und Mittel-
freigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 4.
5. 1990 wird im Zusammenhang mit der Errich-
tung der Kanalisation Tabor-Taschfried NS A2 -
1. Teil der Vergabe der Arbeiten an die Fa.
Niederndorfer, Attnang-Puchheim, zum Preise
von S 1.628.805,-- exkl. USt. zugestimmt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 1.630.000,--

(eine Million sechshundertdrei-
ßigtausend)

werden bei der VA-Stelle 5/81100450.4 frei-
gegeben.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der
Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für
die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses
Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersu-
chen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der
Fall. Gegen den Antrag? Stimmenthaltung?
Einstimmig beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Beim nächsten Antrag geht es um die Vergabe
der Arbeiten und Mittelfreigabe der Industrie-
aufschließung Hinterberg.

22) Bau3-7320/89

Bau6-315/90

Industrieraufschließung Hin-
terberg; Vergabe der Arbei-

ten und Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 18. 5. 1990 wird im Zusammenhang mit der Industrieaufschließung Hinterberg der Auftragsvergabe zur Durchführung nachstehender Arbeiten an die Arbeitsgemeinschaft "Traunfellner, Negrelli, Mayr-Bau, Zwettler und Hamberger" zugestimmt.

1. Baumeisterarbeiten

S 8,873.760,-- inkl. MWSt.

2. Kanalbauarbeiten

S 5,275.036,80 exkl. MWSt.

Zum genannten Zweck werden als erste Bau-
rate für den Straßenbaun Mittel im Ausmaß von

S 3,000.000,--

(drei Millionen)

bei der VSt 5/6120/002030.4 freigegeben
und eine Kreditübertragung im Ausmaß von

S 2,900.000,--

(zwei Millionen neunhunderttau-
send)

von der VSt 5/8110/050380.3 auf die VSt
5/8110/004100.2 bewilligt. Die Deckung die-
ser Kreditübertragung hat durch die VSt
5/8110/050380.3 zu erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der
Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für
die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses
Beschlusses ermächtigt.

Auch hier ersuche ich um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen sehe ich keine. Gibt es Ge-
genstimmen? Stimmenthaltungen? Der Antrag
ist so beschlossen.

Ich danke Kollegen Schloßgangl für seine Bei-
träge. Nächster ist Kollege Steinmaßl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates, bei meinem ersten Antrag handelt es sich um die Regulierung der Bustarife mit 1. September.

Die Beförderungspreise beim städtischen Verkehrsbetrieb wurden letztmalig zum 1. 7. 1986 entsprechend der vorangegangenen Teuerungsrate angehoben und sind fast auf den Tag genau vier Jahre in Geltung. Begründet wurde die seinerzeitige Anhebung damit, daß der Verlust in den letzten Jahren auf rund 6,5 Mio S angestiegen ist und die Verdichtung des Verkehrstaktes sowie die Einführung der Linie nach Gleink zu beträchtlichen Aufwandssteigerungen führten und Verluste bis zu 7,5 Mill. S erwartet wurden. Diese Verluststeigerungen hätte die Stadtwerke einerseits zu einem fast völligen Einstellen der Investitionen für neue Omnibusse gezwungen und andererseits deren Kapitalkraft erheblich vermindert. Da sich in dem nunmehr fast vierjährigen Geltungszeitraum die Verluste von rund 5,4 Mill. S auf 10 Mill. S (+ 46 Prozent) erhöht haben und die Stadtwerke bemüht sind, die Investitionen in komfortable Omnibusse weiter fortzusetzen, wurde eine Anhebung der Beförderungspreise zum 1. September bei der Kraftfahrlinienbehörde beim Amt der OÖ. Landesregierung begehrt und durch diese durch Erteilung eines Genehmigungsbescheides als gerechtfertigt erachtet. In diesem Zusammenhang soll nicht unerwähnt bleiben, daß aus der Nahverkehrsmilliarde des Bundes die OÖ. Landesregierung dem Verkehrsbetrieb der Stadt Steyr bis 1981 1 Mill. S als Landesbeihilfe gewährt hat, diese ab 1982 auf S 400.000.— ab 1987 auf S 360.000.— und ab 1989 auf S 110.000.— verringert hat. Die OÖ. Landesregierung hat damit den angehobenen Bedienungskomfort, z. B. 1/4 Std. Takt, neue kundenfreundliche Busse der städtischen Verkehrslinien, der eine 46 %ige Steigerung des Verlustes bewirkt hat, mit der Kürzung der Landesbeihilfe auf 1/10 des Wertes von 1981 beantwortet. Eine 1989 von seiten der Stadt Steyr beim Landeshauptmann von OÖ. schriftlich dargestellte Bitte um Aufstockung bzw. zumindest Beibehaltung des Beihilfensatzes wurde mit dem Ausdruck des Bedauerns beantwortet. Es ist somit klargestellt, daß die OÖ. Landesregierung dem öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt Steyr nicht allzuviel Bedeutung beimißt und letztlich die finanzielle Last fast zur Gänze der Stadt Steyr überläßt. Bemerkenswert ist, daß diese Kürzung der Landesbeihilfe gerade in jenem Jahr eingetreten ist, in dem das Land Oberösterreich zu Sonderbegünstigungen im Jahr der Familie

aufgerufen hat.

Mit der Änderung der Beförderungspreise, die im Vergleich zu anderen Städten lediglich ein Nachziehen darstellt, wird auch die Tarifstruktur für Zeitkartenbenützer fahrgastfreundlicher gestaltet. Die Absicht der Stadtverwaltung besteht darin, daß möglichst viele, die bisher ihre eigenen Pkw benutzten, auf das öffentliche Verkehrsmittel umsteigen. Es sind daher alle Steyrer Bürger aufgerufen, durch den Kauf von Mehrfahrtscheinen und Zeitkarten die äußerst günstigen Tarifmöglichkeiten auszunützen. Bei Nutzung der Mehrfahrtscheine und Netzkarten treten für den Benutzer des öffentlichen Verkehrsmittels wesentliche Verbilligungen gegenüber dem Einzelfahrschein auf, die je nach Kartentyp bis zu ein Sechstel des Einzelfahrscheinpreises, das sind S 2,33 je Fahrt, betragen. So sind durch den Fahrgast beim 5-Fahrten-Schein je Fahrt S 12.—, das entspricht dem Altfahrtpreis je Einzelfahrt beim 10-Fahrten-Schein S 11.—, beim 20-Fahrten-Schein S 9.—, bei Monatskarten und Monatsnetzkarten je nach Inanspruchnahme bis zu den bereits erwähnten nur S 2,33 je Fahrt zu entrichten. Darüber hinaus bietet man den Familien mit Kindern einen besonderen Anreiz bei Einzelfahrten. Hier sind auch bei Einzelfahrten Ermäßigungen im Ausmaß von 50 Prozent vorgesehen. Letztlich will man auch den Schülern den Umstieg auf das öffentliche Verkehrsmittel durch Einführung der Jahresnetzmarke und Ferien-Netzmarke erleichtern. Wird von der Bevölkerung diese von mir dargestellte kostengünstige Tarifgestaltung vermehrt in Anspruch genommen, so nimmt die Stadtverwaltung eine Defizitanhebung durchaus in Kauf, da damit einerseits eine erhebliche Verbesserung der Lebensqualität im Stadtkern - durch geringere Abgasbelastung - gegeben ist und andererseits viele Millionen für die Gestaltung des Verkehrswegenetzes eingespart werden können. Ich darf daher nochmals zusammenfassen, daß die Tarifierhöhung für den Einzelfahrschein auf S 14.— die Bevölkerung zu einer wesentlich stärkeren Inanspruchnahme der Mehrfahrtscheine und Zeitkarten veranlassen soll. Völlig klarstellen möchte ich, daß die bisher bestehenden sozialen Regelungen keine Einschränkung erfahren und weiterhin voll aufrecht bleiben.

Die berechtigte Kritik, daß für Schüler im Pflichtschulalter während der Hauptferien des Schuljahres 1989/90 wegen des Wirksamkeitsbeginnes des Neutarifes ab 1. September 1990 noch keine besonderen Begünstigungen gegeben sind, hat mich veranlaßt, den Stadtwerken die Weisung zu erteilen, daß diesem Personenkreis (Schüler bis zum vollende-

ten 15. Lebensjahr) in der Zeit vom 8. Juli bis 9. September gegen Altersnachweis die kostenlose Benützung aller städtischen Verkehrslinien innerhalb der Betriebszeiten gewährt wird. Diese Maßnahme stellt eine wesentliche Verbesserung gegenüber den Vorjahresregelungen dar und soll die Schüler im Pflichtschulalter auf die Bedeutung der Benutzung des öffentlichen Verkehrsmittels hinweisen.

Mit der zum 1. Juli. vorgenommenen Änderung des Fahrgeld- und Fahrscheinentwertungssystems wird der Vertrieb von Mehrfahrtscheinen, das sind 5-, 10- und 20-Fahrtscheine als Streifenkarte vorerst auf alle Bankinstitute und deren Filialen ausgedehnt; an eine weitere Ausdehnung ist gedacht und soll mit Wirksamkeitsbeginn des Neutarifes (1. September) in Kraft treten. Diese kundenfreundlichere Gestaltung bewirkt aber, daß die Stadtwerke den betroffenen Dienststellen für den manipulativen und administrativen Aufwand eine entsprechende Entschädigung zu leisten haben, die naturgemäß in der Gestaltung des Beförderungspreises den Niederschlag fand. In diesem Zusammenhang möchte ich nochmals auf die bereits im Juni-Amtsblatt veröffentlichte Umtauschmöglichkeit für angekaufte Mehrfahrtscheine vor dem 1. Juli verweisen und feststellen, daß die Stadtwerke zur leichten Erreichbarkeit im Erdgeschoß, das ist der Geräteverkauf des Gaswerkes in der Färbergasse, für den Umtauschzeitraum eine eigene Umtauschstelle eingerichtet haben.

Als stadträtlicher Referent ist mir bewußt, daß jede Anhebung des Beförderungspreises von den derzeitigen und künftigen Kunden des Steyrer Verkehrsbetriebes nicht kritiklos aufgenommen wird und möchte deshalb nochmals auf die finanzielle Lage des Unternehmenszweiges verweisen. Da die Ertragslage in direktem Zusammenhang mit den notwendigen Investitionen steht und diese letztlich für den Benutzerkomfort des öffentlichen Verkehrsmittels von eminenter Bedeutung sind, sahen sich die Stadtwerke zu dieser Maßnahme veranlaßt. Mit den Investitionen für den Fahrgastkomfort zeichnet sich auch eine Wende in der Haltestellengestaltung ab. Durch die Stadt werden derzeit zwei Musterwartehäuschen aufgestellt (Haltestellen Plenkberg stadteinwärts und Kreuzung Bundesstraße Gleinker Hauptstraße stadteinwärts), die neben einer kundenfreundlichen Gestaltung auch einen wesentlich verbesserten Witterungsschutz für den wartenden Fahrgast bieten.

Zusammenfassend möchte ich die Steyrer Bevölkerung nochmals um Verständnis für diese

Anhebung der Beförderungspreise ersuchen und gleichzeitig auf die erheblichen Änderungen in der Tarifstruktur für Zeitkarten- und Mehrfahrtscheinbenützer verweisen. Diese Tarifierhöhung soll aber auch Anlaß dazu sein, daß durch Anhebung des Bedienungskomforts im Rahmen des Generalverkehrsplanes die Attraktivität für die Benützung des öffentlichen Verkehrsmittels steigt. In der Augustfolge des Amtsblattes der Stadt Steyr werden die Stadtwerke für die kostengünstige Benützung der städtischen Linienbusse im Zusammenhang mit der Tarifstrukturänderung weitere Hinweise veröffentlichen.

23) ÖAG-3560/89

Stadtwerke

Städtischer Verkehrsbetrieb - Regulierung der Beförderungspreise zum 1. 9. I.J.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 7. 5. 1990 wird der Regulierung der Beförderungspreise mit Wirkung 1. 9. 1990 gemäß der diesem Amtsbericht angeschlossenen Zusammenstellung zugestimmt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wer wünscht dazu zu sprechen? Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Werte Kolleginnen und Kollegen, es war an sich zu erwarten, daß der stadträtliche Referent in Argumentationsengpässe gerät und daher den Fluchtweg hin auf die Nahverkehrsmilliarde findet. Ich bin mir nicht ganz sicher, ich habe vor einigen Tagen schon das Bild vom Geistesblitz geprägt und habe mich bei anderer Veranlassung nicht gerade geblendet gefühlt. In der Befindung befinde ich mich heute auch nicht. Der Ghost-Writer, der Dir das Argument vorgegeben hat, blendet nicht absolut durch Geistesblitze, weil das eine mit dem anderen absolut nichts zu tun hat. Die politische Mißübung ist es freilich, daß man bei jeder Gelegenheit Schwarz-Peter spielt und lieber den Dreck vor die andere Tür schaufelt als vermeidet, daß Dreck gemacht wird.

So weit, so nicht gut.

Die Argumentation, die Stadtrat Steinmaßl vorgebracht hat, ist nicht ganz neu. Die Gegenargumentation ebenso. Die Geleise scheinen relativ eingefahren, obwohl wir gar kein städtisches Schienen-Verkehrsmittel zur Verfügung haben, sondern sehr sehr vorgegebene Meinungen. Hier die Meinung der Stadtwerke und der sozialistischen Mehrheitsfraktion, die bedauerlicherweise zur Ansicht gelangt sind, daß man die Kapitalverbesserungen in städtischen Unternehmen über den Fahrpreis ermöglichen müßte. Ich habe vorhin beim Rechnungsabschluß den Vergleich mit einem Betrieb gebracht, der schwer veräußerbare Produkte hat und glaubt, daß er seine Kapitalsituation dadurch verbessern kann, daß er das ohnehin schwer veräußerbare Produkt noch verteuert. Das Resultat ist, glaube ich, klar ersichtlich. Es wird nicht ein Konsumationsplus das Resultat sein, nicht einmal ein Einnahmenplus das Resultat sein, sondern vermutlich ein Einnahmenminus, das sich nicht nur aus den hoch dargestellten Mehrfahrten-Vorverkaufssystemen ergeben kann, sondern das sich schlicht und einfach aus der bedauerlichen nicht Mehrinanspruchnahme des öffentlichen Verkehrs ergeben wird. Ich meine sogar - das haben wir ja bei der letzten Tarifierhöhung auch klar erkennen können, - daß es zu einem Rückgang in der

Fahrgastfrequenz auf kürzere Zeit kommen wird und muß. Genau das ist den Absichten der Stadt kontraproduktiv. Auf einer Seite will man den Individualverkehr reduzieren - dreii Viertel von Steyr schreit um einen autofreien Stadtplatz - man bietet keine Alternativen außer Preiserhöhungen. Das ist also ziemlich wenig. Natürlich muß ich einräumen, daß man einigen Tarifvorschlägen, die die ÖVP-Fraktion seit längerem macht, bei den vorgeschlagenen neuen Tarifen Rechnung trägt. Die bessere Ausgestaltung der Mehrfahrtscheine, die Netzmarken für die Schüler, die Familienkarte, Monatskarten übertragbar, Monatsnetzmarken. Leider Gottes bleibt eine ganze Reihe von Möglichkeiten durch diese Tarifvorschläge unbearbeitet. Wir haben daher von der ÖVP-Fraktion im Stadtsenat einen Abänderungsvorschlag gemacht, den ich dem Gemeinderat zur Kenntnis bringen möchte. Keine Bange, ich werde jetzt nicht Stück für Stück vorlesen, sondern nur die grobe Tendenz dieses Abänderungsvorschlages mitteilen. Wir haben den Vorschlag zur Güte gemacht, man möge doch bei den alten Tarifansätzen bleiben und man möge hochrechnen die alten Ansätze auf die neuen Mehrfahrtsysteme. Das hätte z. B. ergeben eine sehr geringe Differenz bei den Mehrfahrtscheinen. Der 5-Fahrten-Schein hätte nach unserer Vorstellung S 50,- gekostet und nicht S 60,-, der 10-Fahrten-Schein für Erwachsene hätte S 100,- gekostet und nicht S 110,-. Wir haben einfach den alten Preis S 12,- für die Einzelfahrt als Basispreis hergenommen und haben umgerechnet auf die Mehrfahrtsysteme. Wir waren sogar so weit, allerdings unbedacht der eingegebenen Hochtarife, daß wir die Strafgebühren höher angesetzt hätten, insbesondere die Reinigungsgebühr, denn wer nicht ordentlich weiß sich zu benehmen, der soll wenigstens ordentlich Strafe zahlen. Wie kommt denn der Autofahrer dazu, wie kommt das Reinigungspersonal dazu, wie kommen die anderen Fahrgäste dazu, daß sie die Unannehmlichkeit von Ferkeln zur Kenntnis nehmen müssen. Leider Gottes war dann der Weg der Dinge so, daß man im Stadtsenat

zur Meinung gelangt ist, überlegenswert wäre es ja ohnehin gewesen, aber wir haben eine Fraktionsmeinung. Dabei bleiben wir, Schluß aus, Ende. so sinngemäß war die Situation und das ist das Bedauerliche daran. Bedauerlich ist dabei, daß man zwar ab 1. September 1990 Studenten mit gültigem Studiausweis den Halbtarif ermöglichen wird, wenn Sie das jetzt beschließen, mit S 7.—. Wenn Sie es nach unseren Meinungen beschlossen hätten S 6.—. Wahr ist, daß ab 1. 9. der ordentliche Präsenzdiener, Zivildienener den Halbpriis auf den Einzelfahrschein haben wird, obwohl seit vielen Jahren in den Wehrdienstbüchern und Zivildienstausweisen drinnen steht, daß dieser Ausweis an sich zum Halbpriis berechtigt. Warum dann erst mit 1. September? Der Bürgermeister hat dem Hinweis Rechnung getragen, daß das mit den Schülern sehr sozial unausgewogen wäre, wenn man ausgerechnet am Ende der Ferien mit der Ferienbegünstigung beginnt. Kompliment für das Reagieren, Herr Bürgermeister, Du hast aus der mißlichen Situation das Beste gemacht und hast wenigstens diese soziale Härte vermieden. Ich weiß, daß das Deiner Grundeinstellung entspricht, daß Du den Weg gehst, soziale Härten zu vermeiden. Leider Gottes ist dabei das mit den Studenten glatt übersehen worden, leider Gottes auch das mit den Präsenzdienern. Dort, wo an sich ein Ausweis zur verbilligten Inanspruchnahme berechtigt, sollte man nicht Fristen von 3 Monaten dann noch in die Zukunft setzen. Noch dazu, wo das Problem seit vielen Jahren bekannt ist. Das ist mir völlig unverständlich. Ich sehe da überhaupt keine Argumentation dafür, wenn die Stadtwerke gemeint haben, daß man die Schülermarken erst drucken muß und daher die neuen Karten erst drucken muß und daher erst im September den Halbpriis ermöglichen könnte. So bin ich der Auffassung, daß es jetzt auch schon Halbpriiskarten gibt und man bis September halt S 6.— einheben müßte, so wie die Ausweise zur Halbpriis-Inanspruchnahme berechtigen.

Die Neigung, Verständnis zu zeigen für den Konsumenten, die Neigung, Verständnis zu zeigen für den Benützer, den möglichen Benützer der öffentlichen Verkehrsmittel, ist

dramatischerweise eine außerordentlich geringe. Wenn wir nicht seit vielen Jahren diese Mehrfahrten-Vorverkaufssysteme gefordert hätten, wenn wir nicht seit vielen Jahren den Familientarif gefordert hätten, wäre das heute auch noch immer nicht so weit. Es ist wirklich trostlos, wie wenig man darangeht, Systeme zu überdenken. Es ist wirklich trostlos, wie wenig Bereitschaft vorhanden ist, auf Änderungsvorschläge in der Linienführung einzugehen. Und es ist wirklich trostlos, die Konsequenz zu sehen, daß aus einer nicht verbesserten Attraktivität - noch einmal, Attraktivität kommt ja nicht nur von den neuen Autobussen. Die sind ja ohnehin in Ordnung, kommt nicht nur von den verbesserten Einstiegsmöglichkeiten, kommt schon gar nicht von dem elektronischen Fahrgeld-Erhebungssystem - aber schon gar nicht und überhaupt nicht. Sondern die kommt von einer Linienführung und die kommt von Vorverkaufssystemen, die gut durchdacht sind, die den Konsumenten zum Benützen des öffentlichen Verkehrsmittel besser anleiten als bisher. Ich habe in der Budgetdebatte im Dezember gesagt, es muß die Benützung des öffentlichen Verkehrsmittels gleich leicht fallen als die Benützung eines betankten Fahrzeugs. Das impliziert die Anwendung von Vorverkaufssystemen, logisch. Jeder Mensch nimmt zur Kenntnis, daß er sein Fahrzeug betanken muß. Er tritt da auch in Vorleistung für das Fahrgeld. Nur beim öffentlichen Verkehrsberieb will er es nicht machen. Da bitte geht man den richtigen Weg mit den Mehrfahrtscheine. Man geht auch - übrigens war es ohnehin meine Initiative - den Weg über Außer-Haus-Verkaufsstellen. Wenn Sie sich zurückerinnern, mußten die Mehrfahrtscheine im 1. oder 2. Stock bei der Betriebsleitung - ich weiß nicht, wo das jetzt ist, ich glaube noch immer 1. Stock - gelöst werden. Das ist sicher der kundenfreundlichste Vertriebsweg. Es ist uns dann gelungen, mit den Stadtwerken gemeinsam die Banken davon zu überzeugen, daß sie den Vorverkauf bei der 20-Fahrten-Karte gratis übernehmen sollten. Das haben Sie dann auch unentgeltlich getan und ich schäme mich - das sage ich ganz ehrlich - ich

schäme mich wirklich für die Banken, auch wenn ich Mitarbeiter in einem Geldinstitut bin, daß man diese Kundendienstleistung in Zukunft nicht mehr gratis machen will. Ich schäme mich dafür, weil die Banken hier die Bemühung der Stadt falsch unterstützen. Ich schäme mich dafür, weil man den Kartenverkauf in den Banken tatsächlich als Dienstleistung am Kunden oder am möglichen Kunden sehen könnte. Natürlich nicht unterstützen, das "Nicht" hat jetzt gefehlt. Aber fest steht, daß ich mich wirklich für die Geldinstitute schäme, die sonst sehr gerne öffentliche Dienstleistungen unterstützen. Siehe heute die Diskussion um die Kulturveranstaltungen. Kann sein, daß ich da beruflichen Ärger kriege, aber ich stehe nicht an zu sagen, was mir nicht gefällt, egal, ob ich da jetzt dem Direktor eines Geldinstitutes auf die Zunge rede oder nicht. Es ist einfach unverständlich, daß solche Stellungnahmen von der Geldwirtschaft abgegeben werden. Unverständlich ist es auch, daß die Kapitalsituation der Stadtwerke noch immer nicht bearbeitet wird hier in diesem Gemeinderat. Wir müssen erfahren, daß z. B. der Gasabnehmer die Stadtwerke subventioniert beim Verkehrsbetrieb. Das ist doch ein Thema, das schon seit langem bekannt ist, warum gehen wir nicht an Lösungen? Warum suchen wir denn den so primitiven Weg der Fahrpreisverteuerung und glauben, daß wir damit unseren Bürgern Anleitungen geben? Und hoffen, daß wir da auf Verständnis unserer Mitbürger kommen. Und bezeichnen dann die Aktion, die wirklich gemeinsam spontan entstanden ist, als opportunistisch? Glauben denn Sie, meine Damen und Herren der Mehrheitsfraktion ...

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Aber die Wahlen im Herbst spielen da schon eine Rolle?

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Die Wahlen im Herbst spielen überhaupt keine Rolle. Wenn ich so blöd wäre anzunehmen, daß über den Verkehrstarif der Stadt Steyr ich eine Nationalratswahl gewinne oder verliere, dann wäre ich wirklich nicht wert, Parteiohmann einer doch immerhin erheblich

großen Partei zu sein. Wenn ich so blöd wäre, das anzunehmen, dann würde ich auch nicht versuchen, ein halbes oder dreiviertel Jahr vorher und viele Jahre vorher auf die Tarifgestaltung Einfluß zu nehmen, und dann würde ich nicht versuchen, viele viele Vorschläge zu machen, wie man die Linienführung verbessern könnte. Wenn das so einfach wäre, daß man nur schwarz-weiß malt, dann wäre das auch ein sehr schlechtes Bild für die Zusammenarbeit hier in diesem Gemeinderat. Die Wahrheit ist schlicht und einfach die, liebe Freunde von der sozialistischen Partei, Ihr geht mit diesem Antrag den falschen Weg, Ihr weist in die falsche Richtung. Schlicht und einfach das ist die Wahrheit. Und da sind die Bürger zusammen gekommen über Parteigrenzen hinweg und haben gesagt, diese falsche Richtung zeigen wir gemeinsam auf. Glaubt Ihr denn, das war so lustig, sich im Regen hinzustellen. Ich danke wirklich allen. Glaubt Ihr, daß das wirklich so ist, daß man da nachzählen muß, wer jetzt innerhalb von Steyr und wer außerhalb von Steyr ist? Daß der Gemeindegänger von St. Ulrich, der in Steyr das Verkehrsmittel benützt, weil er in Steyr seinen Arbeitsplatz hat, sich dazu äußert, ist sein gutes Recht. Daß der Gemeindegänger von Haidershofen, der mit der Bahn nach Steyr kommt und dann mit dem öffentlichen Verkehrsmittel zum Arbeitsplatz fahren muß, sich dazu äußert, das ist doch sein gutes Recht. Daß die Bürger gemeinsam sich fragen, warum man denn nichts tut, nach der Einführung eines Verkehrsverbundes zumindest Steyr und Umgebung mit Fernziel auf Oberösterreich, das ist doch das legitime Recht des Bürgers. Es wundert mich ja, daß der Schrei nicht viel lauter ist. Seit Jahren reden wir in diesem Gemeinderat - Stadtrat Pimsl war der Erste, der das zur Sprache gebracht hat, und soviel ich weiß, war der sicher nicht in der Beeinflussung, daß die ÖVP jetzt gemeinsam mit anderen Parteien eine Wahlvorbereitung macht. Das sicher nicht. Heute ist er nicht da, er aber würde dazu stehen, daß er den Verkehrsverbund hier im Raum in die Diskussion gebracht hat. Und dann geht man wieder den falschen Weg und sagt, ja, das sollen die anderen verlangen.

Wir werden nicht initiativ, wir warten bis jemand kommt. Die Nahverkehrsmilliarde, liebe Freunde, geht dann zu mehreren Mitteln in den Zentralraum Linz und stützt dort den Verkehrsverbund. Wir machen uns durch Verschweigen schuldig, schuldig vor den Subventionsgebern der öffentlichen Hände der Übergeordneten, und schuldig vor den Bürgern, die die Verkehrssysteme benutzen müssen. Wo ist denn der Unterschied, ob einer von Ottensheim nach Linz fährt, oder ob einer von Ternberg nach Steyr fährt? Beide pendeln von und zum Arbeitsplatz. Die Initiative in Linz hat ergeben, daß es den Verkehrsverbund gibt, die Nicht-Initiative in Steyr hat ergeben, daß es ihn hier eben nicht gibt. Jetzt ist der Steyrer Bürger in der drolligen Situation, daß er nach Linz fährt, dort im Rahmen des Verkehrsverbundsystems bei der Fahrt vom Bahnhof zum Arbeitsplatz oder zu seiner Erledigung eine Begünstigung hat, beim Heimfahren hat er sie aber nicht mehr.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Das kannst Du ja nicht vergleichen, Karl. Du kannst doch nicht Birnen mit Äpfel vergleichen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Nein, das ist nicht Birnen mit Äpfel vergleichen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
In Linz ist doch die ganze Verkehrssituation anders.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Dann begreift man eben die Materie nicht. Das tut mir wirklich leid, wenn ich das so sagen muß. Dann begreift man nicht, worum es wirklich geht. Ich unterstelle Dir wirklich nicht, daß du das nicht begreifst, aber ich unterstelle Dir, daß Du einfach nicht zustimmen willst, weil Du im Grunde Deines Herzens ganz genau weißt, daß ich recht habe. Aber natürlich die eingefahrene Parteebene ermöglicht das einfach nicht. Minderheiten haben das Recht, recht zu geben, aber Mehrheiten offenbar nicht. Das ist auch gelebte Demokratie.

Ich habe seit vielen Jahren die Verkehrstarifsysteme der anderen Städte vorgestellt. Der Städtebund hat sich bei seiner diesjährigen Tagung mit dem öffentlichen Verkehr auseinandergesetzt. Gute Aufsätze sind da geschrieben worden, wirklich gute Aufsätze. Gute Beispiele gibt es. Wo ist die Befolgung dieser Beispiele? Es ist wirklich traurig, wir werden von der ÖVP-Fraktion diesem Antrag sicher nicht zustimmen. Aber nicht weil Wahlen kommen, sondern weil er mit Respekt gesagt ein Unsinn ist.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich danke für diesen Beitrag. Kollege Holub Oskar Holub ist der Nächste.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:
Ich tue mir jetzt sehr schwer, nachdem der Herr Vizebürgermeister Holub das Thema sehr ausführlich behandelt hat. Ich kann dem grundsätzlich nur zustimmen. Ich bin auch der Meinung, daß sogenannte "Ausländer" sehr wohl Bus fahren dürfen. Aber ich würde auch sagen, daß z. B. jemand, der aus dem Salzkammergut nach Steyr als Tourist kommt, sehr wohl interessiert daran sein darf, günstig Bus zu fahren. Ich würde sogar sagen, sie sollen Bus fahren, sie sollen das Auto am Stadtrand stehen lassen und nicht in das überfüllte Zentrum hineinfahren. Zum Zweiten. Ich glaube, daß der Verkehrsverbund, der geforderte, wirklich eine ganz wesentliche Sache ist und sehr wohl dazu führen würde, daß viele auf die öffentlichen Verkehrsmittel umsteigen. Wenn sich da Steyr nicht beteiligt, so gehen wir wirklich am allgemeinen Trend gänzlich vorbei. Zur Imagewerbung. Ich glaube, daß die Verkehrsbetriebe wirklich sehr unkreativ sind in diesem Bereich, überhaupt was Werbung betrifft. Ich habe noch nie eine Werbung gelesen in irgend einer Form für den öffentlichen Verkehr, zumindest keine spezielle. Ich glaube, daß das Geld, daß das kostet sehr wohl wieder hereinkommt. Weiterhin glaube ich, daß man einen Teil dieser Kosten, die durch eine Tarifierhöhung hereingebracht werden sollen, auch durch vermehrte Benützung der Autobusse als Werbeträger vermarkten kann und dadurch

wieder zurückkommen. Ich glaube, die Werbeflächen auf den Autobussen werden viel zu wenig ausgenutzt.

So generell würde ich sagen, um das nicht allzu lange zu machen, es ist ohnehin schon so viel darüber geredet worden. Ich habe das schon mehrmals in der Öffentlichkeit gesagt. Ich glaube einfach, daß es noch immer so ist, daß in der Hierarchie der Verkehrsteilnehmer es so ausschaut, daß das Auto eindeutig bevorzugt wird. Daß also der motorisierte Individualverkehr einen höheren Stellenwert einnimmt. Das sieht man ja am Straßenbau. Wenn man das Geld, das man in den Straßenbau hineinsteckt, und wo man es den Autofahrern etwas schwerer machen könnte, vor allem im Altstadtbereich, als ständig wieder zu Flüsterasphalts und ähnliche Dinge umzusetzen. Da könnte man ja wirklich City-Busse einsetzen, z. B. von außerhalb des Altstadtbereiches liegenden Parkdecks oder Parkflächen, wie z. B. das berühmte Beispiel Parkdeck Schiffmeisterhaus, das positiv wäre. Ja, das soll kommen und wir begrüßen das. Aber genau so für Steyrdorf, da brauchen wir etwas Ähnliches. Ich glaube, die Lösung ist nicht eine Tiefgarage, weil die wirklich nur den Verkehr hineinzieht. Es gibt genügend Probleme im Bereich Sierninger Straße - Mittlere Gasse. Die Leute streiten jetzt schon untereinander, wer wieviel Verkehr übernehmen soll. Ich finde diese Überlegung sehr absurd. Ich kann mir vorstellen, daß es sinnvoll wäre, im Bereich des ehemaligen Steyr-Markt-Geländes einen Großparkplatz zu schaffen und von dort eine City-Bus-Linie nach Steyrdorf zu führen. Genau so vom Parkdeck Schiffmeisterhaus in das Zentrum und diese beiden Linien - in den Medien ist das in einer Zeitung falsch vermittelt worden. Ich würde vorschlagen, daß es da einen Nulltarif gibt, weil das wirklich der Stadt sehr viel an Kosten erspart im Bezug auf Straßenerhaltung etc. Dann am Beispiel Fußgeher, da gibt es primär ein Beispiel. Das Auto kann zwar sehr elegant über die beiden Enns- und Steyrbrücken fahren, also über Zwischenbrücken. Der Fußgeher aber hat erhebliche Probleme, wenn er hinübergeht, denn dort gibt es nicht einmal einen Zebrastreifen. Es gehen sehr

viele Leute gerade im Kurvenbereich über die Straße, da gibt es null. Dort ist der Fußgeher seit Jahren benachteiligt. Es ist da überhaupt keinem Politiker oder einem zuständigen Referenten, geschweige denn der Polizei, aufgefallen, daß das vielleicht dort dringend notwendig wäre.

Ein weiteres Beispiel die Radfahrer. Früher hat es eine Verbindung gegeben zumindest vom Kai, daß man hinaufradeln hat können, heute muß man absteigen, denn da steht eine Tafel groß Fußgängerzone. Umgekehrt genau so. Wenn da eine Familie mit Kindern, die vielleicht im Wagerl sitzen, und die müssen alle absteigen, die Stufen sind ja nicht umsonst, glaube ich, geschliffen worden und man hat die Möglichkeit, dort hinunter zu fahren. Ich habe nicht den Eindruck, daß die Radfahrer so gut 50 km/h hinunterfahren, daß sie Fußgänger behindert hätten oder gefährdet. Das ist ein weiteres Beispiel, wie man behindert. Ganz abgesehen davon, wenn man in Steyr Radfahrwege benützt, daß man darauf kommt, daß es zwar am Papier relativ lange Wege gibt, daß aber in der Praxis, wenn man sie benützt vor allem mit Kindern, gibt es massive Klagen und auch bei uns sehr viele Anrufe über Kanten und schlechte Ausführung, daß das einfach sehr gefährlich ist und nicht sehr attraktiv. Man könnte also wirklich etwas erreichen, wenn man da Abhilfe schafft. Die Herren Bürgermeister Schwarz und Leithenmayr haben beim letzten Gespräch bei der Übergabe der Unterschriften, - wo ich vorgeschlagen habe, warum fährt nicht der Gemeinderat einmal die ganzen Radwege ab, dann könnte man sich selbst ein Bild davon machen, - gesagt, das wird gemacht. Ich sage das jetzt bewußt vor den Medien, weil ich in der letzten Zeit den Eindruck habe, daß sehr oft Ankündigungspolitik betrieben wird, die dann nicht umgesetzt wird, wie z. B. Gestaltungsbeirat usw.

Zum Thema öffentlicher Verkehr nur kurz. Ich glaube auch, daß die Ausführungen von Kollegen Vizebürgermeister Holub sehr umfangreich waren. Aber ich glaube, daß in den Nachtstunden auf jeden Fall eine Verbesserung wäre, daß die Außenrandbezirke in irgend einer geeigneten Form, das heißt durch

Sammeltaxis oder City-Busse, verstärkt eingebunden werden müßten.

Zu den Preisen oder zur Erhöhung. Es ist klar, daß der öffentliche Verkehr ein Defizit ist, das ist er in jeder Stadt. Aber ich glaube, daß es einfach notwendig ist, daß man den öffentlichen Verkehr forciert und daß man längerfristig dadurch Geld einspart und das Geld vom Straßenbau etc. auch dort wieder einbringen kann.

Eine Anmerkung zu dieser speziellen neuen Preisliste, zur vorgeschlagenen. Da finde ich, daß der SK Vorwärts sozialer ist als die Stadtgemeinde, der bezieht wenigstens die Arbeitslosen mit ein, für die gibt es nämlich hier keine Ermäßigung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Leithenmayr bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Tarife anzuheben war noch nie eine populäre Angelegenheit. Das glaube ich wissen alle aus mehrfacher Erfahrung, ob das da geschehen ist oder sonst wo geschieht. Aber wenn ich mir so überlege, daß vier Jahre und zwei Monate diese Tarife jetzt in Kraft sind, und daß in dieser Zeit, in diesem langen Zeitraum natürlich die Preise gestiegen sind, natürlich die Löhne gestiegen sind, alle Dienstleistungen gestiegen sind, die Kraftstoffpreise gestiegen sind, dann ist es auch verständlich, daß die Defizite der städtischen Unternehmungen steigen und daß wir uns Gedanken machen müssen, irgendwann Gedanken machen müssen, zu sagen, welche Größenordnung von Defizit wollen wir uns leisten? Es ist gesagt worden, solche Unternehmungen werden immer Defizite haben. Kollege Holub war sogar der Meinung, daß man durch eine bessere Kapitalausstattung möglicherweise auch Defizite reduzieren, wegbringen könnte. Ich stelle halt fest, daß in Wels, soweit ich informiert bin, ein privates Unternehmen das macht, da zahlen die Leute mehr. Wahrscheinlich wird da noch eine Gewinnspanne drinnen sein. Es wird auch nicht einfach sein, es ist die Frequenz schlechter, das Angebot schlechter, es ist das öffentliche

Verkehrsmittel sicher nicht attraktiver als bei uns. Es hat aber alles etwas auf sich, was hier gesagt wurde. Ich glaube, in manchen Bereichen haben wir durchaus ähnliche Gedanken und es gibt Annäherungsmöglichkeiten. Ich weiß, das hat der Herr Bürgermeister in einem Zwischenruf gesagt, die zeitliche Nähe zu einem Wahlgang ist nicht gerade förderlich für manche, einer unpopulären Maßnahme zuzustimmen. Aber man muß sich bitte die Geschichte ansehen, wir haben uns ja auch den Termin nicht unmittelbar gewünscht. Es ist ein sehr schwieriges Prozedere, ein langer Weg. Man muß Anträge stellen, die Interessensvertretungen müssen das begutachten, man muß die Vorschläge unterbreiten. Keine Einwendungen wurden gemacht von den Interessensvertretungen. Alle, auch die Arbeiterkammer, die das immer sehr kritisch unter die Lupe nimmt, hat das akzeptiert und zur Kenntnis genommen, weil der Zeitraum so lange war, weil es allgemeine Preissteigerungen gegeben hat. Man kann des Prozentrechnen-Spielchen natürlich machen, das wissen wir alle, nur man muß auch einrechnen, wenn man das schon tut, daß man hier auch Verbesserungen gemacht hat und daß hier Verbesserungen drinnen sind. Ich freue mich, daß Vizebürgermeister Holub zumindest das akzeptiert hat und eingeräumt hat, daß hier eine Reihe von Vorschlägen, Überlegungen zur Verbesserung der Attraktivität, die auch von der ÖVP-Fraktion gekommen sind oder wiederholt urgiert wurden, realisiert worden sind in diesem Zusammenhang. Ich glaube, man muß das alles in der Zusammenschau sehen. Wir sind in einem Zeitpunkt jetzt momentan, wo wir eigentlich kaum Spielraum haben. Ein Jahr hat das gedauert, jetzt ist der Bescheid gekommen. Wir haben uns entschlossen, so unpopulär das ist, nach langer Beratung und Diskussion, diese Tarifanpassung vorzunehmen. Gleichzeitig haben wir uns entschlossen, hier eine Reihe von Verbesserungen zu bringen. Wir möchten eigentlich und das sollte man doch nicht ganz außer acht lassen, daß mehr Leute vom Individualverkehr umsteigen in den Bus. Es ist ja durchaus interessant, wenn ich dasselbe zahle. Wir wollen ja, daß die Leute fünfmal

fahren statt einmal, und zwar um denselben Preis. Man kann also durchaus sagen, der Ansatz einer Lenkungsmaßnahme ist hier schon vorhanden. Noch lieber ist uns natürlich der 20-Fahrten-Fahrschein, die Netzkarte usw. Hier sind sehr positive Ansätze drinnen. Es ist gesagt worden, unsozial. Ich glaube, wir sollten hier überhaupt unterscheiden, was wir wollen. Wollen wir Lenkungsmaßnahmen hier uns zurechtlegen, um die Leute in den Bus zu bringen, oder wollen wir Sozialpolitik in dem Bereich betreiben. Die Sozialtarife sind ja nicht angetastet worden, sie sind ja erhalten geblieben. Das lassen wir uns nicht auf das Zeug flicken, daß wir da massive Erhöhungen gemacht haben. Aber es war halt eine Anpassung nach unserer Meinung hier notwendig. Ich glaube, daß hier noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Ich bin durchaus der Auffassung, daß hier Verbesserungen im Sinne dessen, was hier von meinen beiden Vorrednern gesagt wurde, möglich erscheinen. Sowohl was die Bewerbung des öffentlichen Verkehrs anbelangt, sowohl was die Linienführung des öffentlichen Verkehrs anbelangt, als auch was die Vermarktung der Fahrscheine, Fahrkarten usw. anbelangt. Auch hier ist sicher vieles möglich. Ich pflichte bei, - es freut mich, das war eine mutige Aussage, Herr Vizebürgermeister Holub - daß Du Dein Schamgefühl zum Ausdruck gebracht hast. Ich muß nur sagen, ich verstehe ohnehin die Banken nicht. Eigentlich sind das lauter präsumtive Kunden, die hineingehen. Und bei der Gelegenheit macht er vielleicht einmal einen Bausparvertrag oder eröffnet ein Konto oder ähnliches. Es muß ja nicht gleich ein Bausparvertrag sein, es gibt ja andere Bankgeschäfte auch. Ich sehe das durchaus so, daß sich die Banken wünschen müßten, daß viel mehr Leute in die Banken hineingehen, weil sich hier Berührungspunkte ergeben und das auch für das Bankgeschäft sehr positiv sein könnte. Daher ist auch dort nicht so eine progressive Linie vorhanden wie wir uns das vorstellen würden.

Ich bin auch durchaus der Meinung, daß der City-Bus in einer Stadt wie unserer mit der ganz spezifischen Topografie, mit den engen

Gässchen, unbedingt eine Zukunft hätte und haben soll. Ich persönlich jedenfalls vertrete die Auffassung, daß in einem zukünftigen Verkehrskonzept die Einrichtung von City-Bussen im Sinne von Shuttle-Verkehr, wie die Amis das machen, eine gesicherte Position haben wird. Ich kann mir gar nicht vorstellen, daß man ohne dem auskommt. Wir haben große Vorhaben vor uns. Prioritätenkatalog, Verkehrsberuhigung, Verkehrspolitik für die Stadt zu machen, haben Sie einvernehmlich festgestellt, ist ein Thema, ein Feld, das wir beackern müssen, es ist eines der brennenden Themen, die uns berühren. Aus diesem Grund müssen wir, ohne daß wir eine Ausrede gebrauchen, auf dieses Verkehrskonzept warten. Ich möchte mich nicht hinausreden, das tun sehr viele in letzter Zeit, wann dieses Stickler-Konzept kommt, dann haben wir die Lösung. Ich glaube nicht, daß wir die Lösung für alle unsere Probleme haben. Wir werden - das glaube und hoffe ich - erstmals Unterlagen in einer Dichte und in einer Breite haben, wie sie vorher nicht vorhanden waren. Ich hoffe das. Dann werden wir uns auf Basis dieser Unterlagen zusammensetzen müssen und werden darauf aufbauend ein neues Verkehrskonzept machen müssen. Da wird der Stadtplatz wesentlich anders aussehen, er wird sehr sehr verkehrsberuhigt sein. Ich will nicht mehr sagen und es ist ja auch nicht möglich, daß ein Einzelner meint, seine Meinung durchsetzen zu können oder zu wollen. Beitragen können wir alle gemeinsam. Es wird notwendig sein, für den ruhenden Verkehr neue Flächen zu machen, es wird notwendig sein, diesen ruhenden Verkehr, die Parkflächen zu bewirtschaften, die neu gebaut werden müssen. Aber auch die bereits bestehenden, sonst wird das nicht funktionieren. Damit sind wir schon in dem Bereich von Lenkungsmaßnahmen und in diesem Zusammenhang, da sehe ich schon die Notwendigkeit eines zeitlichen Zusammenhanges, Parkdecks, Parkflächenbewirtschaftung, neues Verkehrskonzept, Stadtplatz verkehrsberuhigt. Dort sehe ich auch die Chance und die Notwendigkeit, sehr mutige Entscheidungen auch im Bereich der Tarifgestaltung zu treffen. Ich glaube, daß

dann der Zeitpunkt gekommen ist, daß wir ein großes Konzept umsetzen. Es wird nur notwendig sein - da möchte ich jetzt schon bitten darum - ich sehe das jetzt atmosphärisch aufgrund der heutigen Debatte nicht so klar vor mir. Es wird notwendig sein, daß wir hier sehr konstruktiv mitsammen arbeiten. Es wird auch notwendig sein, einigermaßen mutige und vielleicht dort und da auch unpopuläre Entscheidungen herbeizuführen. Aber nur, wenn wir uns dazu durchringen können, haben wir eine Chance, wirklich etwas zum Wohle der Stadt und der Verkehrssituation zu verändern. Jetzt ist sicherzustellen, daß das Bleibende existiert, daß es auch finanziert werden kann. Daher trete ich nochmals mit Nachdruck für den vorliegenden Antrag ein.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Ich darf kurz den Vorsitz an Kollegen Leithenmayr übergeben, denn ich möchte mich auch an der Diskussion beteiligen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:
Ich übernehme den Vorsitz und erteile Herrn Bürgermeister das Wort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates, es gehört zur Aufgabe von verantwortungsvollen Politikern, daß sie auch unpopuläre Maßnahmen zu vertreten haben. Es ist eine unangenehme Aufgabe, sie ist vorhanden und das müssen wir halt auch tun, dazu sind wir auch gewählt. Das muß ich ganz eindeutig sagen. Ich glaube, daß diese Aktion, diese Unterschriftenaktion - das möchte ich positiv herausstellen, das habe ich auch bei der Übergabe gesagt - zur Meinungsbildung sehr wesentlich beigetragen hat, daß der öffentliche Verkehr in der Meinung der Menschen, der Bevölkerung einen erhöhten Stellenwert bekommt. Das finde ich von großer Bedeutung und für wichtig. Wir müssen natürlich schauen, daß wir die Situation, so wie sich das die Bevölkerung vorstellt, verbessern. Und da teile ich in vielen Bereichen und Belangen die Aussagen des Kollegen Holub, das möchte ich

sehr deutlich sagen. Wir alle wissen, wie schwierig das ist. Er hat auch gesprochen von der Stadtplatzfreimachung usw., daß da nichts geschehen ist. Meine Auffassung ist - ich glaube, ich bin da in guter Gesellschaft, daß vor dem Vorhandensein von Alternativen das keinen Sinn hat. Das ist meine Auffassung, denn wir wollen ja nicht das Geschäftsleben im inneren Bereich abtöten. Ich glaube, daß die Regelungen, die wir jetzt treffen wollen, der Umstieg zum Mehrfahrtenschein, dazu führen, wenn das entsprechend - das wäre ja auch eine Aufgabe dieser Organisatoren, daß sie sagen, wirken wir mit, machen wir die Leute aufmerksam, welche Möglichkeiten sind. In Wirklichkeit ist es nämlich so, daß jeder, der will und bereit ist, umzusteigen auf einen Mehrfahrtenschein, billiger fährt wie mit einem Einfahrtenschein. Außerdem kommt dazu, wenn er sich einen Mehrfahrtenschein kauft, dann wird er den auch ausnützen und nicht den Einzelfahrschein. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit. Das wollte ich dazu sagen. Kein Wort bitte sehr ist heute gesprochen worden von den Schüler-Freifahrten. Niemand von den Debattenrednern hat bisher etwas gesagt. Wenn wir diese Regulierung nicht vornehmen, verzichten wir auf 3 Millionen Schilling. Das kostet der Stadt nichts, das sind Mehreinnahmen, das möchte ich sagen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Das wurde schon erwähnt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Dann habe ich das überhört.
Außerdem möchte ich darauf hinweisen, daß insgesamt in Steyr 1.200 Behinderte, die aufgrund gesundheitlicher Behinderungen nicht in der Lage sind, ihre Gehwege so zu erledigen, wie das ein Gesunder machen kann, im Besitz von Freifahrtsscheinen sind. Die bezahlen überhaupt nichts, das ändert sich nicht. Diese Zahl ist sehr groß. Alleine von den Seniorenpässen haben wir im vergangenen Jahr 147.000 Fahrten gehabt, kostenlose Fahrten, für unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger. Das sind

gewaltige Zahlen, die wir da sehen. Ich glaube, man muß auch darauf hinweisen, daß die Förderung des öffentlichen Verkehrs und die Verbesserung halt mit Kosten verbunden ist. Und daß diese Kosten auch aufzubringen sind. Das ist auch eine Notwendigkeit. Es ist nichts umsonst, wir brauchen - das ist heute schon angeschnitten worden von Kollegen Leithenmayr, er hat darauf hingewiesen, es wäre interessant, wenn wir City-Busse kaufen würden. Unter 2 Millionen Schilling wird da nicht viel gehen für ein Fahrzeug. Und mit einem kommen wir nicht aus und für jedes Fahrzeug brauchen wir 2 - 3 Chauffeure. Das sind auch zusätzliche Kosten, die hier heranstehen. Wir wollen uns dem nicht verschließen.

Dann möchte ich noch sagen, wir haben, wenn wir etwas weiter zurückgehen, im Jahre 1975 bei den Verkehrsbetrieben 1 Million Schilling Zuschußbedarf gehabt, 1975 - also vor 15 Jahren - und haben 1989 einen Zuschuß von 10 Millionen Schilling. Diese Schere sollte wir alle, die Verantwortung haben, trachten, daß sie nicht übermäßig weit auseinandergeht. Das ist meine Auffassung. Ich sage noch einmal, mir wäre es lieber, wenn man einer Tarifiermäßigung das Wort reden könnte. Die Verantwortung bei uns liegt aber da, daß die Betriebe in Ordnung sind, daß man das entsprechende Angebot auch weiterhin leisten kann und daß wir in dieses Angebot auch viele Verbesserungen, die gemeinsam erarbeitet wurden, einbauen konnten. Das möchte ich schon sehr deutlich sagen. Bei gut überlegter Inanspruchnahme ist diese Erhöhung, so glaube ich, für viele Steyrerinnen und Steyrer gar keine Erhöhung, sondern es wird in vielen Bereichen möglich sein, sogar billiger zu fahren.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr, ich gebe den Vorsitz an den Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es noch Wortmeldungen? Kollege Spöck bitte.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Ich selbst, wertee Präsidium, werte Damen und Herren, habe auch an der gemeinsamen Protestaktion des Verkehrsclubs Österreich der ÖVP Steyr, der GAL Steyr, der KPÖ Steyr, der FPÖ Steyr und der sozialistischen Jugend Steyr - ich betone der kritischen sozialistischen Jugend Steyr - an dieser Aktion gegen die Erhöhung der Bustarife, teilgenommen. Mit ihrer Unterschrift - wir haben gehört über 1.000 Steyrer haben unterschrieben gegen die Erhöhung der Bustarife - war bei vielen Steyrern die Hoffnung verbunden, daß es doch zu keiner Erhöhung kommt, die einfach zurecht auf Verständnislosigkeit stößt. Wenn man für eine einzelne Fahrt nun S 14,- bezahlen muß, ist einfach damit sicherlich die Schmerzgrenze überschritten und damit das Verständnis, den Bus zu benutzen. Auch wenn neue Begünstigungen eingeführt worden sind, die richtigerweise von Kollegen Vizebürgermeister Holub und von Herrn Bürgermeister betont wurden. Begünstigungen, wie die lange von uns geforderte Familienkarte. Hier wäre vielleicht noch eine Änderung möglich. Ich sehe nicht ein, daß man für die Familienkarte extra wieder einen Ausweis benötigt. Es müßte doch der ÖBB-Ausweis gehen. Die Ferien-Netzkarte für Schüler, wie wir gehört haben von Herrn Bürgermeister anlässlich des Stadtwerke-Ausschusses, hier gibt es eine einmalige Sonderbegünstigung für die Schüler bis zum 15. Lebensjahr, und zwar in den Ferien. Das ist trotzdem, glaube ich, nicht der richtige Weg, auch wenn die Bilanz 1988 im Vergleich zu 1987 eine Verlufterhöhung gebracht hat, eine Verlufterhöhung von runden 37 Prozent und einen Umsatzrückgang von 4,4 Prozent. Über die Liquiditätskennzahlen habe ich in der Vergangenheit auch schon des öfteren gesprochen. Bei der Liquidität ersten Grades waren es in der Bilanz 1988 1,5 Prozent, zweiten Grades 89 Prozent und dritten Grades von 19,3 Prozent, ist es trotzdem nicht der richtige Weg. Einsparungen und auch damit die Verbesserung der Zahlungsbereitschaft dürfen in meinen Augen auf keinen Fall über den Fahrpreis und auf keinen Fall über die Verschlechterung des Angebotes gehen. Es

ist vielleicht im Augenblick der einfachste, aber ich glaube auch der nutzloseste Weg. Es sind ja in der Vergangenheit im Gemeinderat - hier ist sicherlich ein Widerspruch zur Aussage von Herrn Bürgermeister zur zeitlichen Nähe der Nationalratswahl - einige sehr gute Vorschläge, nicht nur heute, sondern schon in den vergangenen Jahren gefallen. Bessere Werbung vor etlichen Jahren, Umsteigtarife für Autofahrer, versuchtes park-and-ride-System, Überdenkung der Linienführung, Verkehrsverbund - das ist heute schon von Kollegen Holub angesprochen worden worden. Ich glaube, 1985 hat Stadtrat Pimsl erstmals diesen Vorschlag hier in die Gemeindestube eingebracht. In Linz, meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, hat sich halt ein Generaldirektor Dr. Traxler von den ESG selbst das Ziel gesetzt, den öffentlichen Verkehr attraktiver zu gestalten durch Schaffung des Verkehrsverbundes. Oder in Wien, Kollege Holub hat das in der letzten Sitzung betont, wurde das Motto "Nerven sparen - Umwelt schützen und Bus benützen" auch tatsächlich umgesetzt. Dort ist das Bekenntnis zum öffentlichen Verkehr nicht nur ein Lippenbekenntnis.

Die übertragbare Monatsnetzkarte, 8-Tage-Umwelt-Streifenkarte und und und. Es gibt eine Fülle von Begünstigungen. Auch über das Sammeltaxi ist gesprochen worden in der vergangenen Gemeinderatsitzung und auch heute. Wo das Sammeltaxi eingeführt worden ist, funktioniert es - nur bei uns in Steyr nicht.

Daher abschließend, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates und von der sozialistischen Fraktion, stellen wir diesen Antrag zurück, versuchen wir vielleicht im Sinne des Vorgesagten, andere Lösungen zu finden im Interesse unserer Bürger, andere Lösungen im Interesse unserer Umwelt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich danke für diesen Beitrag. Wünscht noch jemand zu sprechen? Kollege Zagler bitte.

STADTRAT MAG. DKFM. HELMUT ZAGLER:

Geschätztes Präsidium, liebe Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Gäste auf den Presetischen oder -bänken!

Klarerweise muß, wenn es um so ein Thema geht, auch der Verkehrsreferent seine Stimme erheben. Gerade hier in den letzten Tagen in Steyr hat man das Plakat der SPÖ gesehen "Ich halte den Verkehr nicht mehr aus". Uns allen ist das also auf den Plakatwänden nahegebracht worden. Während ich an dieses Plakat dachte und ab und zu beim Fenster hinausgeschaut habe - in diese Richtung, nicht wo Karl Holub hinschaut Richtung Ortskai, oder wo Willi Spöck hinschaut zu den ehemaligen Bürgermeistern unserer Stadt - sind etwa 2.000 Autos trotz der so niedrigen Tarife für den öffentlichen Verkehr vorbeigefahren, in er Zeit, wo wir hier herinnen sitzen und über dieses Problem diskutieren. Sie waren nicht bereit, diese Autofahrer, obwohl die Tarife noch so niedrig und so gut sind, das Verkehrsmittel zu wechseln.

Als Verkehrsreferent muß ich auch eine Sache klarstellen und das ist auch durch andere Debattenredner unserer Fraktion schon dargeboten worden. Ein klares Bekenntnis zum öffentlichen Verkehr, aber nicht ein Bekenntnis zum öffentlichen Verkehr, ohne hier Alternativen anbieten zu können. Es hätte keinen Sinn, heute den öffentlichen Verkehr auf gratis umzustellen oder andere Maßnahmen zu setzen, wenn man nicht die Gesamtstruktur, die Gesamtkonzeption und damit ein ganzheitliches Denken einführt. Klarerweise wäre es schön, wenn heute City-Busse den Stadtplatz, den Grünmarkt, die Enge Gasse bedienen würden und irgendwo eine Parkkaverne, ein Parkkeller vorhanden wäre. Das ist heute noch nicht der Fall, das ist Zukunftsmusik und das ist eine Zukunft, an der wir alle gerne mitarbeiten wollen. Klarerweise ist nicht nur für den öffentlichen Verkehr unser Interesse erwacht, und das seit Jahren, sondern auch für die Fußgänger und für die Radfahrer. Klarerweise können wir eines nicht wegdiskutieren in unserer Stadt und deswegen sind alle Vergleiche, die ich höre mit Linz, mit Wien, mit Schweizer Beispielen, ein Vergleich mit Äpfel und Birnen, weil dort andere Tatsachen vorhan-

den sind. Wir haben Stärken und Schwächen in Steyr. Eine verkehrsmäßige Schwäche ist unsere Topografie, eine verkehrsmäßige Schwäche ist unsere mittelalterliche Stadt, der mittelalterliche Stadtkern. Touristisch, vom Städtebaulichen, von der Altstadterhaltung hochrangige Werte, aber für den Verkehr denkbar ungeeignet. Wir müssen mit dem Leben und mit dem Auskommen und unsere Strategien und auch die Taktik auf diese Dinge abstimmen. Wir haben auch Stärken. Und obwohl gerade in den letzten Tagen, Wochen und Monaten der öffentliche Verkehr in Steyr sehr negativ kritisiert worden ist, speziell die Stadtwerke sehr vieler negativer Kritik ausgesetzt worden sind, eine unserer Stärken ist es, daß wir als Stadt einen eigenen Verkehrsbetrieb besitzen. Sie können mir vielleicht nachweisen, daß ich auch hier einen unerlaubten Vergleich mache, ich mache ihn aber trotzdem. Das stärkt uns gegenüber vergleichbaren Städten, wenn man den öffentlichen Verkehr in Steyr mit Wels und anderen Städten dieser Größenordnung vergleicht, wo kein Stadtbetrieb, kein Betrieb, auf den wir direkten Einfluß haben, die ganzen Verkehrsgegebenheiten abdeckt. Mit einem schlechteren Bedienungsnetz, mit einem schlechteren Komfort, mit schlechteren Fahrplänen und zu viel höheren Kosten als das bei uns in der Stadt der Fall ist.

Auch das ist ein Teil des Gesamtkunstwerkes Budget. Heute haben wir den Rechnungsab-schluß gehabt und wir müssen schauen, daß wir nicht immer nur geben können, sondern irgendwo auch dort an die Bevölkerung herantreten müssen, um zu sagen, auch hier müßt Ihr einen Beitrag leisten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen?
Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Einige Worte seien mir bitte noch gestattet zur Klarstellung. Der Vergleich eigener Stadtbetrieb oder eingekaufte Dienstleistung, es gibt ja verschiedene Modelle, es könnte sein, den Bundesbus einzukaufen zur Dienst-

leistung. Das machen einige nieder-österreichischer und burgenländische Gemeinden bis hin zur Landeshauptstadt Eisenstadt, oder aber private Unternehmungen einzubeziehen. Das Gute liegt so nah. So ist das in Wels. Beides ist sicherlich in der direkten Umsetzung für den Konsumenten die schlechtere Lösung, da stimme ich zu. Nur wenn man weiß, daß etwas woanders schlecht läuft, so sollte das nicht die Begründung sein, daß man sich nicht darum bemüht, das Eigene besser zu machen. Ich bin niemals einer gewesen, der gefordert hätte, in Steyr den Betrieb zu privatisieren. Nicht etwa deshalb, weil er verlustbringend ist, wie man böswillig unterstellen könnte, sondern weil ich meine, daß das eine kommunale Dienstleistung ist, die auch von der Kommune verbracht werden soll. Das ist durchaus richtig und jetzt kommt das Aber dazu. Aber man sollte sich des privaten Potentials unterstützend bedienen - Anrufsammelsysteme, Sammeltaxisysteme. Es tut einem ja das Herz weh, wenn der Bus - ich glaube, er fährt alle 2 Stunden in den Waldbrandsiedlung - mit 10 Leuten besetzt dort auf und ab fährt. Ich weiß schon, der Fahrer kostet gleich viel, ob er einen großen Bus führt oder einen kleinen. Der kleine Bus kostet verhältnismäßig mehr pro angebotenen Fahrplatz als der große Bus. Ich weiß schon, daß das stimmt. Aber ich glaube, wenn wir diese Kostenvergleiche - Kollege Zagler hat gesagt, ganzheitlich denken - uns vernetzt anschauen, dann kommen wir darauf, daß die Bezuschussung von vereinbarten und verordneten Taxitarifen - nicht daß da Mißbrauch geöffnet wird, sondern ordentlich vereinbarte Tarife, die den einen leben lassen, aber nicht blödsinnig verdienen lassen aus dieser von der Stadt vermittelten Dienstleistung, gemeinsam mit einer Unterstützungszahlung der Stadt - siehe Linzer AST-Systeme - zu einer wesentlich kostengünstigeren, konsumentenfreundlicheren und umweltentlastenderen Lösung führen können. Ich vermisse auch die Umweltkomponente beim Verkehrsbetrieb auf langen Linien, die geradflächig sind mit nicht sehr engen Biegungen. Warum denkt man eigentlich nicht

wirklich nach, nach Mönichholz einen O-Bus zu führen? Eine idealere Strecke gibt es kaum. Warum denkt man nicht wirklich nach? Genau das meinen wir von der ÖVP, wenn wir sagen, die Erhöhung alleine ist sicherlich nicht die Quelle zur Vermeidung von höheren Defiziten. Es gibt zwei Möglichkeiten, einen Abgang zu vermeiden. Das eine ist, den Preis zu erhöhen, bis der Abgang abgedeckt ist, und das andere ist, den Umsatz zu erhöhen, die Stückzahl der Beförderten. Das ist die zweite Methode. Das kann man bei erhöhten Preisen etwas lukrativer als bei gleichbleibenden Preisen, das gebe ich schon zu, aber gleichbleibende Preise wären ein besserer Anreiz, die Frequenz zu erhöhen, als gesteigerte Preise. So einfach ist das. Das ist die Rechnung dabei. Mein Cousin hat schon gesagt, die Stadt muß vernetzt denken - siehe Zagler - muß auch den Sekundäreffekt erkennen. Sie erspart sich Geld für Parkhäuser im Zentrum, sie erspart sich Geld für Straßenbelagserneuerungen, sie erspart sich Geld für zusätzliche Brückenbauten, die in Steyr unerlässlich sind, wenn man nicht grundlegend etwas ändert an der Führung des öffentlichen Verkehrs, die aber gerade in Steyr mit dem historischen Stadtbild immer wieder ein Problem sein werden. Ganz egal, was man tut, es ist ein Eingriff in das historische Gefüge. Das ist die reine einfache Wahrheit. Gerade darum wird es sehr sehr notwendig sein, nicht nur alle Jahre immer wieder einmal zu sagen, wir möchten ganz gerne den City-Bus im Shuttle-Verkehr rund um den Stadtplatz, sondern bitte tun wir es einmal. Es wäre ja nichts dabei, es einmal zu versuchen. Es ist die unwahre Aussage der Vergangenheit bewältigt, daß der City-Bus der Steyr-Daimler-Puch AG in Steyr nicht fahren kann, weil er angeblich beladen die Steigungen nicht überwunden hätte. Das ist bewältigt. Es gibt gelungene Beweise, daß er das kann. Warum nützen wir nicht die Möglichkeit? Ich könnte mir auch immer noch vorstellen, daß die Steyr-Daimler-Puch AG - es ist jetzt 15 Jahre aus, daß wir den Versuch gestartet haben, ein Vorführgerät herzubekommen - vielleicht nach 15 Jahren einmal so mobil ist, über das Autobusunternehmen uns ein Vorführgerät

herzustellen. Ich könnte mir vorstellen, 15 Jahre ist ja nichts gegen die Ewigkeit, aber 15 Jahre sind unendlich lange, wenn man auf etwas wartet.

Sehen wir das positiv und ich weiß, ich kann Euch nicht mehr umstimmen, Ihr habt Eure Entscheidung gefaßt. Der Tarif wird erhöht werden. Ein hier im Haus - jetzt ist er in Pension - sehr bekannter Mann hat früher einmal gesagt, die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter. Ich nehme an, das wird auch die Haltung des heutigen Tages sein. Ich hoffe nur, daß Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der sozialistischen Partei, den Versuch, Fehler aufzuzeigen, nicht als Hundegebell auffassen und das nicht in der Richtung abqualifizieren. Sondern daß Sie zumindest, wenn Sie schon jetzt durch Ihre Fraktionsmeinung gezwungen sind, die Hand aufzuheben, erkennen, daß es Möglichkeiten gibt, konstruktiv gemeinsam und rechtzeitig nachzudenken. Die Rechtzeitigkeit ist ja auch bei diesem Antrag nicht erfolgt. Es hat ja keine Gespräche gegeben. Es hat zwar Anträge gegeben bei der Landesregierung, die Tarife sind in zumutbarem Maß nach Meinung der Preisprüfungsbehörden und damit hat sichs. Man könnte sich jetzt bequem zurücklehnen und den üblichen Weg einschreiten und sagen, die Preise entsprechen der Verordnung des Landeshauptmannes. Solche Töne hat es auch schon gegeben. Und die wird es sicher auch wieder geben.

Fest steht, es wird ein strategischer Fehler gemacht, fest steht, ich kann den Fehler durch reden nicht mehr vermeiden. Ich kann nur mehr dazu aufrufen, denken wir in Zukunft doch besser und denken wir in Zukunft doch besser gemeinsam nach.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Kollege Leithenmayr bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Erlauben Sie mir noch eine kurze Replik. Diese menschenverachtende Einstellung haben wir nicht, daß wir sagen, die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter. Es gibt ,

man kann sagen, das Bessere ist der Feind des Guten. Vielleicht kommen wir durch diese Diskussion zu Besserungen. Es ist ja den Schweiß der Edlen wert hier, für das Bessere einzutreten gerade in diesem Bereich. Es ist nur so, daß man auch immer die andere Seite der Medaille jeweils anschauen muß. Man kann sagen, kaufen wir City-Busse, das ist eine klasse Sache, aber man muß auch den Bedeckungsvorschlag machen. Man kann sagen, nachen wir einen Null-Tarif, Herr Kollege Gemeinderat Holub. Ich bitte aber dazu um den Bedeckungsvorschlag. Dann müssen wir sagen, wem nehmen wir die Marie weg oder wem geben wir die Subvention nicht mehr, oder sparen wir bei der Gewerbe-förderung oder ich weiß nicht wo. Man muß das sagen, wenn man hier konsequent diese Gedankengänge zu Ende geht. Daher ist es so schwierig für diejenigen, die die Verantwortung tragen müssen. Aber das Bemühen sollte auch in dieser Diskussion her-auskommen.

Ich habe zuerst vergessen, auf den Verkehrs-verbund einzugehen. Es ist doch nicht so, daß die Wiener vor den Linzern daraufgekommen sind, daß sie einen Verkehrsverbund machen müssen, weil sie gescheiter sind. Oder die Steyrer kommen noch später darauf als die Linzer, weil die Linzer noch gescheiter sind als wir. Ich sage nicht das Umgekehrte. Von woher kommen denn diese Regelungen? Aus den Metropolen, wo es den Verkehrsstau gibt, wo der Verkehr täglich dreimal zusammenbricht. Wenn auf der Süd-Ost-Tangente in Wien 77.000 Fahrzeuge fahren in 24 Stunden und wenn die Partie zum Stehen kommt. Da werden die Menschen reif für den öffentlichen Verkehr. So ist das, nicht weil sie so klug sind, weil sie nicht weiterkommen. Das ist in Wien zuerst geschehen und in Linz nachgelagert. In Steyr zeichnet es sich ab. Ich bin heute zu Mittag heimgefahren in den Wehrgraben, da war eine kleine Baustelle bei der Schwimmschul-Kreuzung, eine ganz kleine, und trotzdem haben die Linksabbieger nicht abbiegen können in die Wehrgrabengasse und die Partie ist ge-standen, und zwar herauf bis zum Arbeitsamt oder so in etwa. Die höhere Verkehrsfre-

quenz, die zunehmenden Pkw's, die Ver-kehrsstaus, der Zusammenbruch des Ver-kehrs, der immer öfter passiert - ganz beson-ders zu Stoßzeiten - macht uns alle reif dazu, die Maßnahmen, von denen wir zuerst ge-sprochen haben, umzusetzen. Die werden dort und da schmerzhaft sein, sie werden nicht immer populär sein, aber sie werden gravierend sein, was ihren Ausfluß anbelangt. Wir sind am Weg, dorthin zu gehen. Es ist eine wichtige Etappe, die heute auch - glaube ich - schon stattgefunden hat, weil wir uns diese Probleme viel mehr bewußt gemacht haben, als wir vielleicht dort und da vorher bereit waren, uns das zuzugestehen.

Eines jedenfalls möchte ich noch zum Schluß sagen. In der Steyrer Zeitung glaube ich ist es gestanden, - nicht ganz richtig, aber im Ansatz richtig- um 180 Prozent sind die Tarife der städtischen Verkehrsberiebe in 10 Jahren gestiegen. Also mir ist mitgeteilt worden, es waren 180 Prozent in 15 Jahren, damit wir das richtig vor Augen haben. Obwohl diese drastische Steigerung, wenn man das so zum Ausdruck bringt, stattgefunden hat, ist es aber auch so, daß wir die Frequenz dennoch gewaltig erhöht haben. Um 700.000 Menschen pro Jahr werden mehr befördert als vor 15 Jahren, obwohl die Tarife um 180 Prozent ange-hoben wurden. Es zeigt sich also, daß da an-dere Dinge auch noch mitspielen und daß ge-rade die Attraktivität des Angebotes wahr-scheinlich hier auch entscheidend ist und auch Lenkungsmaßnahmen bedürfen, die wir zu beschließen haben. Daher sage ich noch einmal und hoffe zum letzten Mal, beschließen wir heute diesen Antrag.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wünscht noch jemand zu sprechen zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Ich bitte den Referenten um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL.
Aufgrund der detaillierten Ausführungen un-seres Bürgermeisters und Vizebürgermeisters kann ich mir ein Schlußwort ersparen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um

ein Zeichen mit der Hand, wer zustimmt?
Danke. Wer ist gegen diese Tarifregelung?
Der Antrag ist mit 10 Gegenstimmen (9
ÖVP, 1 GAL) angenommen.
Damit ist dieser Punkt erledigt und ich bitte
um den nächsten Antrag.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:
Bei meinem nächsten Antrag geht es um die
Erdgasanschließung im Siedlungsgebiet
Steinwändweg.

24) ÖAG-3418/90
Stadtwerke
Kanalisation Steinwändweg;
Anschluß des Sied-
lungsgebietes mit Erdgas;
Auftragsvergaben.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion
der Stadtwerke vom 7. 5. 1990 werden im
Zusammenhang mit der Verlegung eines
Erdgasversorgungsstranges im Bereich des
Siedlungsgebietes Steinwändweg
nachstehende Auftragsvergaben bewilligt:
1. Tiefbauarbeiten: ARGE Negrelli - Illma,
Steyr, zum Preise von

S 480.170,- exkl. USt.

2. Rohrtransport: Städt. Wi-Hof zum Preise
von ca.

S 6.000,- exkl. USt.

Die für die Verlegung erforderlichen Sphäro-
gußrohr (ca. 350 lfm. DN 150 sowie ca. 360
lfm DN 100) und die erforderlichen
Formstücke zum Gesamtpreis von S
380.000,- exkl. USt. sind aus dem bei den
Stadtwerken bestehenden Rohrlager zu
entnehmen. Die hierfür erforderlichen Mittel
sind von den Stadtwerke aufzubringen.
Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der
Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes
für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug
dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersu-
chen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wünscht jemand zu sprechen zu diesem An-
trag? Ist jemand gegen den Antrag oder gibt
es eine Stimmenthaltung? Das ist nicht der

Fall., einstimmig beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:
Bei meinem dritten und letzten Antrag geht
es um die Erdgasanschließung Gründ-
bergsiedlung II. Teil - Verlegung einer Erdgas-
hochdruckleitung im Bereich Landeskranken-
haus Steyr.

25) ÖAG-1213/89
Stadtwerke
Erdgasanschließung Gründ-
bergsiedlung II. Teil - Verle-
gung einer Erdgashochdruck-
leitung im Bereich Landes-
krankenhaus Steyr; Auf-
tragsvergaben.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion
der Stadtwerke vom 15. 5. 1990 werden im
Zusammenhang mit der Erdgasanschließung
Gründbergsiedlung, II. Teil, zur Verlegung ei-
ner Erdgashochdruckleitung im Bereich Lan-
deskrankenhaus Steyr nachstehenden Auf-
tragsvergaben zugestimmt:

1. Tiefbauarbeiten: ARGE Heno-Bau-GesmbH
und Illma GesmbH, SteyrS 538.300,- exkl.
USt.

2. Druckprobe: Techn. Überwachungsverein,
Linz, ca. S 10.000,- exkl. USt.

3. Rohrtransport: Städt. Wi-Hof
ca. S 4.000,- exkl. USt.

Die für die Verlegung erforderlichen Sphäro-
gußrohre (ca. 490 lfm DN 100) zum Gesamt-
preis von S 220.000,- exkl. USt. sind aus
dem bei den Stadtwerken bestehenden
Rohrlager zu entnehmen. Die hierfür
erforderlichen Mittel sind von den
Stadtwerken aufzubringen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der
Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes
für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug
dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht
der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag?
Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig
beschlossen.

Ich danke für die Berichte. Kollege Zagler ist der nächste und letzte Berichtersteller.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Nachdem ich gleich zweimal daran bin, als Nächster und als Letzter, habe ich auch zwei Anträge vorzutragen. Beim ersten handelt es sich um die Verkehrslichtsignalanlage an der Kreuzung Schwimmschulstraße - Wehrgrabengasse, und zwar geht es darum, daß hier die einzige Ampel im Stadtgebiet, die noch nicht den Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung entspricht, nämlich grünblinkende Fußgängerampeln. Daß hier eine Anpassung erforderlich ist. Und in diesem Zusammenhang auch eine Einbeziehung der Fußgängerampel vor der Bundesbildungsanstalt für Kindergartenpädagogik. Es wurde eine beschränkte Ausschreibung noch nach diesjähriger Vergabeordnung durchgeführt. Dabei wurde als Bestbieter die Fa. EBG Linz sowohl für die Steuergerätelieferung als auch für die Montagearbeiten vorgesehen.

26) VerkR-1530/86

Umbau und Erweiterung der
VSA Schwimmschulstraße -
Wehrgrabengasse.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 14. 5. 1990 wird im Zusammenhang mit dem Umbau und der Erweiterung der VLSA Schwimmschulstraße - Wehrgrabengasse nachstehenden Auftragsvergaben an die Fa. EBG, Linz, zugestimmt:

- 1) Steuergerätelieferung zum Preise von
S 384.992,40
- 2) Montagearbeiten zum Preise von
S 324.915,96.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 695.000,--

(sechshundertfünfundneunzigtausend)
bei der VA-Stelle 5/6400/050000.4 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 15.000,--

(fünfzehntausend)

bei der gleichen VA-Stelle bewilligt. Die Dek-

kung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Eröffnung der Diskussion bzw. um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es Wortmeldungen dazu? Nicht. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmig angenommen.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ein wichtiger Akt, der auch auf die heutige Diskussion oder mehrfach heutige Diskussion Bezug nimmt, ist der nächste Antrag. Es geht um die Mittelfreigabe bezüglich des Honorars des Verkehrsplaners Prof. Dr. Stickler. Wie bekannt war im Jahre 1989, und zwar im November, ein Beschluß des Gemeinderates, die Ing.-Gemeinschaft Dr. Stickler und Dipl. Ing. Spirk mit der Ausarbeitung eines zentralen Verkehrskonzeptes für Steyr zu beauftragen. Dieser Beschluß wurde gefaßt, allerdings ohne die finanzielle Bedeckung einen Beschluß zu fassen. Es wurde dann ein Betrag von 1 Million Schilling in das Budget des Jahres 1990 aufgenommen und aufgrund der bisherigen Vorarbeiten von Prof. Stickler kommt es zu einem Kostenanteil für die Stadtgemeinde Steyr von 1,7 Millionen Schilling - zumindest vorläufig - da die ursprünglich geplanten Kosten von 1,6 bis 2 Millionen Schilling aufgrund von Auftragsenerweiterungen bzw. Auswertungsvermehrung hier auf 2,177.000.-- die Kosten angestiegen sind. Unter anderem waren die Gründe die Rücklaufquote bei der Befragung der Haushalte, die mit 80 Prozent einen sensationell hohen Anteil erreicht hat. Was uns wieder die Hoffnung gibt, daß aufgrund der Dichte dieser Rückmeldungen auch ein entsprechend gutes Konzept erwartet werden kann.

Es ergeht heute der Antrag:

27) VerKR-4056/89
VerKR-600/87
Generalverkehrskonzept
Steyr; Honorar der Verkehrs-
planer: Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Mit GR-Beschluß vom 22. 11. 1989 wurde
der Auftrag zur Erstellung eines
Generalverkehrsplanes für die Stadt Steyr an
die Ing.-Gemeinschaft Dr. Stickler, Dipl. Ing.
Spirk übertragen. Eine Mittelfreigabe für das
diesbezügliche Honorar blieb einer
gesonderten Beschlußfassung vorbehalten.
Entsprechend dem Amtsbericht der MA III
vom 21. 5. 1990 wird nunmehr zur
Begleichung der anteiligen Honorarkosten in
der Höhe von insgesamt S 1.724.342,40 für
die Ing.-Gemeinschaft Dr. Stickler- Dipl. Ing.
Spirk ein Teilbetrag in Höhe von S
1.000.000,- freigegeben. Der Restbetrag
bleibt einer gesonderten Beschlußfassung
vorbehalten.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Aus-
maß von

S 1.000.000,--
(eine Million)

bei der VA-Stelle 5/6129/728060.4 freigege-
ben.

Dieser Antrag steht zur Diskussion bzw. Be-
schlußfassung. Ich darf vorbehaltlich der Zu-
stimmung zu diesem Antrag sagen, daß ich an
die MA II, an unseren Rechnungsdirektor Dr.
Schmidl, die Bitte richten möchte, diese 1
Million in jenem Zeitablauf auszubezahlen, der
dem Anbot zugrunde liegt. Das heißt, daß
diese S 1 Million nicht sofort fällig wird, son-
dern erst in einer bestimmten Rate jetzt und
das andere gegen Ende dieses Jahres.
Ich bitte um die Diskussion bzw.
Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wünscht jemand dazu zu sprechen? Das ist
nicht der Fall. Gegenteilige Auffassungen?
Stimmhaltung? Ebenfalls keine,
einstimmig so beschlossen.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung
angelangt. Wir kommen zur Aktuellen Stunde
und ich frage die sozialistische Fraktion, ob
ein Beitrag gewünscht wird? Keine

Wortmeldung. ÖVP? Keine Wortmeldung.
GAL? Bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT
ZAGLER:

Entschuldigung, ich wollte mich nur bedan-
ken, entschuldige lieber Oskar, nachdem das
meine Premiere war, daß hier ohne
Diskussion Einstimmigkeit erzielt wurde.
Danke sehr.

Beginn der Aktuellen Stunde: 17.45 Uhr

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Es fällt mir sehr schwer, so nachträglich
zuzustimmen, daß man von den Steyr-Werken
City-Busse kauft. Das möchte ich wie folgt
begründen. Es geht nicht nur um den
Hintergrund des Rechnungshofberichtes, wie
heute in den Medien gestanden ist, wo
wirklich ganz unvorstellbare Privilegien vor
allem seitens des Vorstandes und auch der
Betriebsräte bekannt geworden sind. Aber
auf das möchte ich gar nicht näher eingehen,
sondern nur darauf, daß - darüber sind die
Medien anscheinend nicht informiert -
Vizebürgermeister Leithenmayr letztes Mal
davon gesprochen hat, daß an dem
Wochenende nach Fronleichnam dieser histo-
rische Waffensaal demontiert worden ist und
nunmehr in der Schnitzerei Röder liegt. Das
ist für mich einmal ein Punkt.

Der zweite Punkt ist, heute habe ich einen
Anruf erhalten, und zwar soll der Park
jenseits des Direktionsgebäudes - es handelt
sich angeblich um eine Fläche von ungefähr
4.000 Quadratmeter alter Baumbestand -
einem Parkplatz weichen. Da ist schon
abgesteckt und am Montag soll mit den
Bauarbeiten begonnen werden. Jetzt möchte
ich nur grundsätzlich sagen, daß ich einfach
mich frage, was sich dieses Unternehmen
anmaßt, das einerseits regelmäßig
Förderungen seitens der Stadtgemeinde
beantragt und auch von der Stadtgemeinde,
und andererseits über Beschlüsse bzw.
Vorschläge aller politischen Parteien, der
Arbeitnehmer und der Bevölkerung sich hin-
wegsetzt.

Das möchte ich feststellen und meiner Emo-
tionalität Ausdruck verleihen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Zum Waffensaal kann Kollege Leithenmayr kurz Auskunft geben namens der sozialistischen Fraktion.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Die Sache mit dem Parkplatz ist mir unbekannt, ich weiß nicht, was da ist. Ich weiß auch nicht, ob die baurechtlichen Voraussetzungen dafür vorhanden sind. Das ist neu, wir werden das prüfen und uns darum kümmern, was geschieht.

Zum Waffensaal darf ich sagen, das ist in der Tat eine Vorgangsweise, die ihresgleichen sucht. Normalerweise hätte zumindest noch einmal ein weiteres Gespräch stattfinden sollen oder können, bei den vielen Anliegen, die das Unternehmen auch immer wieder an die Stadt hat. Dem pflichte ich bei. Wir haben im nachhinein erst erfahren, daß dieses verlängerte Wochenende vor 14 Tagen dazu benutzt wurde, um von der Waffenabteilung einer Firma, einer Steyrer Firma, den Auftrag zu erteilen, daß die Verschalung, die das Wertvolle an diesem Waffensaal dargestellt hat, abzumontieren. Diese ist derzeit gelagert bei dieser Steyrer Firma und soll zu einem späteren Zeitpunkt im Wälzlagerwerk in der Halle 5 oder 6 aufgebaut werden. Die Vorgangsweise ist jedenfalls ungewöhnlich. Es ist nur das Problem, daß dieser Saal niemals öffentlich zugänglich war und daher hat sich offenbar der Landeskonservator oder das Denkmalamt nicht so einschalten können, wie das bei anderen Dingen der Fall war. Unter Schutz wurde das meiner Meinung nach nicht gestellt. Es wurde unterstützt, daß dieser Saal erhaltenswert ist, soweit bin ich informiert, aber mehr ist nicht geschehen.

Im großen und ganzen sind wir uns da einig. Zum City-Bus darf ich bemerken und berichten, daß hier eine Aufregung über einen Auftrag an Steyr überflüssig ist. Die Bussparte wurde mittlerweile an Volvo, den größten Bushersteller Europas verkauft. Die Herren von Volvo haben allerdings sofort gesagt, daß gerade der City-Bus ein interessantes Produkt ist, dessen sie sich annehmen

werden, das sie mit einem stärkeren Motor versehen werden und den sie ebenfalls zu vermarkten gedenken. In einem viel höheren Ausmaß wahrscheinlich als dies Steyr gelungen ist. Es zeigt sich wieder, gute Produkte, gute Facharbeiter, gute Ingenieure alleine sind zu wenig, wir brauchen auch Manager, die über den Zaun schauen, die in der Lage sind, diese guten Produkte auf den Weltmärkten zu verkaufen. Gelegenheit dazu würde es genug geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Entschuldigung, bitte Kollege Tatzreiter.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:
Das Parkplatzproblem ist angesprochen worden. Der Park hinter dem Zaun oder direkt angrenzend an das Direktionsgebäude. Es ist ganz neu, bei uns sind die Parkplätze eingeschränkt worden durch bauliche Maßnahmen, klarerweise durch SNF, die jetzt ausbauen und es sind andere Parkflächen weggekommen. Es war ein derartiges Parkplatzgedränge und jetzt hat sich die Firma überlegt, wo können wir diesen zusätzlichen Parkraum schaffen. Es ist so, daß dieser Park dazu benützt wird, das stimmt, das ist jetzt im Planungsstadium und es wird wahrscheinlich am Montag damit begonnen werden. Die Bäume fallen nicht, das ist eine Tatsache, diese Bäume bleiben. Es wird nur die Abstellfläche restauriert und zwar so, daß man Autos abstellen kann. Aber sonst passiert nichts. Der Baumbestand bleibt bestehen. Das wollte ich nur zur Aufklärung sagen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich danke für diese Aufklärung.
Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Ordnung halber möchte ich noch bekanntgeben, daß der Gemeinderat heute Beschlüsse vom Stadtsenat im Ausmaß von S 1.454.300,- zur Kenntnis genommen hat und bei den heutigen Verhandlungsgegenständen Beträge im Ausmaß von S 20.772.200,- freigegeben wurden.

Ich danke für die Mitarbeit. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 17.55 Uhr

DER VORSITZENDE:



DIE PROTOKOLLFÜHRER:



Gerda Gugenberger

DIE PROTOKOLLPRÜFER:



Bilmin